

G8 - 2007

HEILIGENDAMM



GLOBALISIERUNG UND KRIEG

Antimilitaristische Positionen zum Gipfel in Heiligendamm



Inhalt

Mehr als nur dagegen sein!	3
G8 und die Militarisierung der Welt <i>Tobias Pflüger</i>	5
Konzernmacht G8 Eine Kritik der Konzernagenda der deutschen G8-Präsidentschaft <i>Lydia Krüger</i>	9
Die „Friedenspolitik“ der G8 Verarmen – Aufrüsten - Intervenieren <i>Claudia Haydt</i>	19
Neoliberale Geopolitik Transatlantische Konzepte zur militärischen Absicherung der Globalisierung <i>Jürgen Wagner</i>	25
Gipfel der Repressionen <i>Andrea Anton</i>	36
G8 und Migration Der aktive Abbau der Menschenrechte und die militärische Kontrolle der Armut <i>Christoph Marischka</i>	39
Von der Heide bis zum Strand G8 und Militarisierung <i>Aktivistinnen der Berliner</i> <i>Koordinierung „G8 + Krieg“</i>	48

Mehr als nur dagegen sein!

Seit zwei Jahren werden nun bereits die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm vorbereitet. Lange bevor die Sperranlage um das Fünf-Sterne-Hotel Kempinski aufgebaut wurde, vernetzten sich AktivistInnen aus ganz Deutschland und dem Ausland, um zu mobilisieren, Infrastruktur vorzubereiten und aktionsfähige Bündnisse zu schmieden. In allen möglichen Städten, nicht nur den üblichen Protesthochburgen, gab es Vorbereitungstreffen und Mobilisierungsveranstaltungen. Viel wurde diskutiert in den letzten Monaten - über den Sinn und Unsinn von Gipfelprotesten, über die Aktionsformen, über Nutzen und Grenzen der Kooperationen und über die Schwerpunktthemen, das Motto der Proteste.

Insofern kann man den Gipfel fast als Segen betrachten, weil er als gemeinsamer Angriffspunkt linke Debatten angestoßen hat und womöglich in eine vielfältige Praxis mit gemeinsamer Stoßrichtung mündet. Dabei ist es explizit nicht so, dass sich die Aufrufe zu Protesten auf ein bloßes Dagegen-sein reduzieren würden. Im Gegenteil wurden ins Zentrum der Mobilisierung Themen gerückt, die auf der offiziellen Agenda der G8 überhaupt nicht oder nur am Rande vorkommen.

2005 in Gleneagles war das noch anders: Während drinnen die Staatsoberhäupter über die „Entwicklung Afrikas“ diskutierten, wurde draußen gefordert „make poverty history“ - „macht, dass Armut zur Geschichte wird“. An wen sich diese Forderung genau richtete, blieb unklar, doch man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren (und die Presse interpretierte das natürlich auch so), dass sich diese Forderung an die politischen Gegner richtete. Wenn dem so war, dann wurde damit dem Anspruch der G8-Vertreter, als eine - wenn auch ungeliebte - Weltregierung akzeptiert zu werden, bereits entsprochen.

Als erster Termin der Gipfelproteste wird in den Kalendern meist der 1. Juni benannt, an dem das Bombodrom - ein als Truppenübungsplatz vorge-

sehenes Gelände nordöstlich von Berlin - wieder angeeignet werden soll. Noch bevor die Herren und Damen Politiker anreisen, wird es am 2. Juni eine internationale Großdemonstration in Rostock geben, mit der das breite G8-Widerstandsbündnis die gemeinsamen Gipfelproteste einläuten wird. Am 3. und 4. Juni folgen Aktionstage zum Thema Landwirtschaft und Migration. Zum Auftakt des eigentlichen Gipfels ist dann eine Blockade des Flughafens Rostock-Laage angekündigt, der nicht nur während des Gipfels als Infrastruktur für die Gipfelteilnehmer dient, sondern Teil ihres militärischen Machtapparates ist. Der 5. Juni steht also unter dem Schwerpunkt „Antimilitarismus“.

In doppelter Hinsicht hat die Schwerpunktsetzung der Linken die Legitimität der G8 untergraben. Erstens, indem sie die Themen der G8 nicht übernahm (notgedrungen freilich, denn die deutsche Regierung veröffentlichte erst vor wenigen Wochen die offizielle Agenda) und einfach überall ein „Anti-“ davor setzte. Zweitens, indem sie Themen wählte, von denen niemand auf die Idee kommen würde, dass die G8 sie lösen könnten: Militarismus und die rechtliche Prekarität von MigrantInnen.

Über Abrüstung, über eine Auflösung ihrer Armeen, werden die G8-Vertreter ganz sicher nicht diskutieren. Denn sie sind die Grundlage ihrer Macht. Das wird bei Gipfeln und den Protesten deutlich wie selten. Denn ohne militärische Infrastruktur, geheimdienstliche Bespitzelung der Gegner und ein Heer von Polizei könnten sie sich nicht einmal in Ruhe treffen. Die arrogante Haltung, sich in großen und prominenten Städten zu ihren Gipfeln zu verabreden, wurde den G8 bereits ausgetrieben. Mit Hilfe des Militärs wollen sie das durchsetzen, was sie Sicherheit nennen: Eine neoliberale Globalisierung, die ganze Regionen in Armut und Konflikte stürzt, die Menschen weltweit bedroht. Tobias Pflüger stellt



in seinem Beitrag die gemeinsamen Strategien der G8-Staaten dar, mit denen dem weltweiten Gestaltungswillen der G8 militärisch entsprochen werden soll, und gibt damit Hinweise auf die Gestalt der kommenden Kriege. Nach wie vor ist die Linke natürlich überzeugt, dass Armut zur Geschichte werden muss. Dass Entsprechendes von den G8 jedoch nicht zu erwarten ist, wird aus Lydia Krügers Überblick über die Geschichte der G8-Gipfel und die Agenda der deutschen Präsidentschaft deutlich. Claudia Haydt stellt dar, dass es eben die Armut ist, die für das gewalttätige Aufbrechen von Konflikten verantwortlich ist und dass die Interventionen der mächtigen Staaten lediglich deren Eigeninteressen folgen, nicht aber geeignet sind, dauerhaften und gerechten Frieden herzustellen. Tatsächlich geht es den Militärstrategen vielmehr um die kontinuierliche Wiedereingliederung und Kontrolle einer „nicht-integrierenden Lücke“ - Regionen, die „weitgehend abgekoppelt von der globalen Ökonomie“ und deren „Spielregeln“ sind - wie Jürgen Wagner auf Grundlage seiner Recherchen in den Papieren transatlantischer Thinktanks beschreibt. Doch nicht nur fernab des Gipfels und des Lebens der meisten angereisten DemonstrantInnen wird dieser neue Kolonialismus spürbar. Der schleichende Kriegszustand äußert sich durch die zunehmenden Repressionen im Kontext der Gipfelproteste, wie Andrea Anton darstellt - nicht ohne jedoch auch Gegenstrategien vorzuschlagen. Alltag ist er hingegen für diejenigen, die auf der Suche nach einem besseren Ort zum Leben und

Arbeiten illegalisiert und kriminalisiert werden. Christoph Marischka beschreibt die G8-Politik gegenüber MigrantInnen als aktiven Abbau der Menschenrechte und militärische Kontrolle von Armut.

Am Ende wird es wieder praktisch: Aktivistinnen der „Berliner Koordination G8 + Krieg“ liefern Hintergründe zum Bombodrom und dem Flughafen Rostock-Laage und berichten über Erfolge und Schwierigkeiten bei der Mobilisierung und Vernetzung von Protest zwischen ansässiger Bevölkerung und politischen AktivistInnen. Der Fahrplan für antimilitaristische Aktionen im Frühsommer 2007 steht damit fest: von der Heide an den Strand (oder einfach vor der eigenen Haustür). Viel Spaß bei der Lektüre und einen schönen Frühling wünschen bis dahin

Kay Schulze für die Attac-Projektgruppe G8

Christoph Marischka und Jürgen Wagner für die Informationsstelle Militarisierung

Die G8 und die Militarisierung der Welt

Tobias Pflüger

Auch wenn die G8-Staaten in einigen Gebieten in Konkurrenz zueinander stehen, gibt es in vielen Bereichen einen politischen Konsens. Der besteht einerseits darin, dass es für alle Beteiligten zu riskant wäre, diese konkurrierenden Interessen militärisch auszutragen. Andererseits funktioniert die „Sicherheitskooperation“ der G7-Staaten mit Russland hervorragend. Auf Grundlage vergleichbarer Bedrohungsszenarien wird von den G8-Staaten ein globaler „Krieg gegen den Terror“ geführt. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr legen auch für die Beziehungen zu Russland fest, „die gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bilden die Grundlage (!) für eine noch engere langfristige Kooperation“. Egal ob im Rahmen der russischen Militärdoktrin ein weiterer Zerfall durch Kampf gegen „Terroristen“ in Tschetschenien verhindert werden soll oder ob die westliche „Allianz gegen den Terror“ in Afghanistan und Irak interveniert - die Opfer sind überwiegend Zivilisten.

Bei den Militär- und Sicherheitsdoktrinen, die in den letzten Jahren entwickelt wurden, fällt auf, dass sie sich in vielen Punkten sehr ähnlich sind. Die Bedrohungsanalysen der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) und der National Security Strategy (NSS) der USA sehen in Terrorismus, zerfallenden Staaten und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen die wesentlichen Gefahren, die es auch militärisch zu bekämpfen gilt. Faktisch ermöglicht dies eine Aufteilung der Welt in einen „funktionierenden Kern“ und Interventionszonen, in denen wahlweise Staatlichkeit hergestellt, Terrorismus bekämpft oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindert wird.

Die Interessen der G8-Staaten werden, wenn möglich, politisch oder ökonomisch durchgesetzt, wenn es aber für notwendig erachtet wird, auch zunehmend militärisch. Die alte Zentrums-Peripherie-Theorie wird immer mehr politische Praxis: Die G8-Staaten als wirtschaftliche „Zentren“ der Welt unterstützen politische Eliten in den ärmeren Regionen der Welt, die bereit sind, zu den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der G8-Staaten mit ihnen zu kooperieren. So ist die Peripherie scheinbar in die Weltpolitik und die Weltwirtschaft eingebunden, in Wirklichkeit sind es aber nur die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Gesellschaften im Süden.

Ein Beispiel für dieses „Zentrums-Peripherie“-Vorgehen der G8-Staaten ist die Unterstützung vor allem der europäischen G8-Staaten - auch mit militärischen Mitteln - für die Wiederwahl des kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila.

Entsprechend dem Anspruch, eine Art „Weltregierung“ (global governance) darzustellen, versuchen die G8 eine weltweite Ordnungspolitik zu betreiben und erachten die von ihnen zu diesem Zwecke ausgeübte militärische Gewalt per se als legitim. Die UNO, in diesem Sinne eine Konkurrenz zu den G8, in der zumindest alle von ihr anerkannten Staaten vertreten sind, wird gezielt geschwächt und auf eine Rolle als Steigbügelhalter für die Interventionen der größten Wirtschaftsmächte reduziert.

Am deutlichsten haben natürlich die USA mit dem „Krieg gegen den Terror“ ihren globalen und dauerhaften Führungsanspruch formuliert. Die europäischen G8-Staaten haben sich jedoch sofort mit dem „Krieg gegen den Terror“ solidarisch erklärt und beteiligen sich entsprechend an den globalen militärischen Interventionen. Parallel zur Begründung durch den Terrorismus arbeitet die EU aber an einem weiteren Konstrukt um weltweit militärisch intervenieren, Länder besetzen, Protektorate errichten und lokale politische Führer festnehmen zu können. Mit der Human Security Doctrine wurde dies gar als Verpflichtung zum Schutz und zur Herstellung „menschlicher Sicherheit“ dargestellt. Dies geht in gewisser Weise sogar über das US-amerikanische Bild von der globalen Jagd auf Bösewichter a la Bin Laden hinaus, da hiermit ganzen Regionen die Fähigkeit zur Schaffung eigenständiger gesellschaftlicher Organisation ohne europäisch-transatlantische Hilfe abgesprochen wird.

Die Notwendigkeit militärischer Absicherung und „Hilfe“ von außen wird jedoch nicht nur moralisch-paternalistisch hergeleitet, sondern am Ende doch wieder aus nacktem Eigeninteresse. Denn: wo Europa keine „menschliche Sicherheit“ schaffen würde, entstünden wiederum nahezu zwangsläufig die von allen G8-Staaten identifizierten Bedrohungen: Terrorismus, zerfallende Staaten und Märkte für Massenvernichtungswaffen. Neueste Idee der EU-Trendsetter ist das so genannte „Human-Rights-Instrument“. Mit diesem politischen Mittel kann die EU-Kommission ab sofort überall auf

der Welt, alle politischen Gruppen - einschließlich Stiftungen und Parteien - auch gegen den Willen der jeweiligen Regierungen umfangreich finanziell und damit auch politisch unterstützen. Als Beispiel für die Möglichkeiten, die sich hierdurch böten, nannte der jüngst wiedergewählte Vizepräsident des Europäischen Parlaments, der zusammen mit der Grünen Hélène Flautre den entsprechenden Bericht im Europäischen Parlament verantwortet hatte, die Finanzierung von Oppositionsgruppen in Kuba durch die EU-Kommission.

Russland ist im transatlantischen Krieg gegen den Terror zwar nicht in erster Linie beteiligt, übernimmt aber dieselbe Terminologie, um auf brutale Weise seinen Hinterhof zu kontrollieren. In Tschetschenien demonstriert es blutig und kontinuierlich, was denjenigen passieren kann, die sich dem politischen Einfluss Russlands entziehen möchten. Tschetschenien dient dabei auch als Vorbereitung auf zukünftige Konflikte in den rohstoffreichen Gebieten Zentralasiens.

Welche Bedeutung der Zugang zu Ressourcen wie Öl in Zukunft haben wird, können wir gegenwärtig nicht nur an den Konflikten in der Peripherie Russlands erkennen, sondern auch in den Strategiepapieren der USA, der EU und Deutschlands, wo dieser allesamt als nationales Interesse definiert wird, das notfalls auch militärisch zu verteidigen sei.

Ein deutlicher Indikator für die Bedeutung militärischer Macht in einer Zeit zunehmender Konkurrenz der Wirtschaftsmächte, sind die intensiven Bemühungen der japanischen Regierung, sich seiner außenpolitischen Beschränkungen zu entledigen, die aus der Erfahrung zweier Atomwaffenangriffe und der Niederlage im Zweiten Weltkrieg stammen und Japan bis 2001 tatsächlich aus allen Kriegen herausgehalten hat. Im Zuge einer breit angelegten „Reformpolitik“ in Reaktion auf die Wirtschaftskrise der späten 1990er wurde nicht nur die japanische Variante des Sozialabbaus betrieben, welche Teile der Bevölkerung in zuvor nicht gekannte Armut stürzte, sondern auch gegen den Willen der Bevölkerung Außenpolitik militarisiert. Nach dem 11.9.2001 sprach die japanische Regierung von einem „japanisch-amerikanischen Bündnis“ und erließ Sondergesetze, um sich am Krieg gegen Afghanistan beteiligen zu können. 2002 entsandte sie hierfür einen Zerstörer in den Indischen Ozean und 2003 Soldaten in den Irak, im selben Jahr verabschiedete das Parlament Notstandsgesetze. 2004 schickte der frühere Außenminister Tamazawa ein Kriegsschiff Richtung Kuwait mit den Worten: „Es hängt von dieser Schlacht ab, ob das Kaiserreich aufsteigt oder untergeht“, fast als wollte er sagen: „Das Schicksal des Landes hängt davon ab, ob wir bereit sind, wieder Krieg zu führen.“ Wer global führen will, der muss auch bereit sein, militärisch zu handeln. Der Artikel 9 in der japanischen Verfassung, der einer Militarisierung der japanischen Außenpolitik entgegensteht, soll nun gestrichen werden. Dagegen gibt es Widerstand, der unterstützt werden muss.¹

¹ Einen sehr guten Überblick zur Remilitarisierung Japans liefert Eiichi Kido (2005): „Nach der Tragödie die Farce?“, in: Wissenschaft und Frieden 2/2005, Dossier Nr.49

Die neue Weltordnung

Durch die Festlegung auf einen Konsens der freien Marktwirtschaft und formale Demokratie, die jedoch durch Terrorgefahr in eine permanente Art Ausnahmezustand versetzt wird, ist es den G8 gelungen, weltweite Maßstäbe für „Good Governance“ zu setzen. Wenn gegen diese verstoßen wird - und dies die Interessen der großen Wirtschaftsnationen tangiert - so maßen sie sich an, militärisch zu intervenieren.

Am deutlichsten wird die Wirkungsmacht einer solchen - wenn nicht konzertierten, so zumindest abgestimmten - Politik an den Veränderungen, denen gegenwärtig das Völkerrecht unterworfen ist bzw. denen seine Interpretation unterworfen ist. Grundlage des Völkerrechts ist die staatliche Souveränität, das heißt, das Verbot von Einmischung, geschweige denn militärischer Intervention, durch andere Staaten und ihre Verbände. Hier sind in den letzten Jahren kontinuierlich Ausnahmen geschaffen und ausgeweitet worden. Dies gilt nicht nur für so genannte Blauhelme, deren Mandate immer „robuster“ werden und die zu einem überwiegenden Teil von den G8 finanziert (ironischerweise innerhalb der EU auch mal abgerechnet über den Entwicklungshilfe-Fonds) und kommandiert werden, deren Soldaten in der Masse aber aus wirtschaftlich schwächeren Staaten stammen.

Die Umformulierung des Völkerrechts als Friedensgarant zu einem Interventions-Passierschein erfolgt v.a. durch zwei Konzepte, die einerseits von den USA, andererseits von der EU und Kanada forciert, von der anderen Seite aber jeweils unterstützt werden. Von den USA wurde der Präventivkrieg als sozusagen vorausseilende Selbstverteidigung umdefiniert und damit versucht zu legitimieren. Die EU und Kanada setzen sich innerhalb der UN für eine „Verantwortung zum Schutz“ ein, die es ermöglichen soll, im vermeintlichen Interesse der ansässigen Bevölkerung gegen Regime zu intervenieren, die sich nicht an die Regeln der „good governance“ halten, sowie die Länder so lange besetzt zu halten, bis ihre politischen und polizeilich-militärischen Strukturen westlichen Ansprüchen entsprechend aufgebaut und sich die Bevölkerung an „Demokratie“ und v.a.: Marktwirtschaft gewöhnt hat.

Militärische Strategien/ Die kommenden Kriege

Betrachten wir vor diesem Hintergrund den gegenwärtigen Umbau der Armeen und „Sicherheitskräfte“ in den G8-Staaten, die Ausweitung des Aufgabenspektrums des Militärs (u.a. durch den erweiterten Sicherheitsbegriff) und die Haltung der G8 zu Atomwaffen, so können wir uns ein Bild von den kommenden Kriegen machen.

Massenarmeen, deren Schwerpunkt die territoriale Verteidigung war, wurden in den letzten Jahren umgebaut zu global einsetzbaren Interventionstruppen. Dies bedeutet einerseits hochflexible und verdeckt operierende Spezialeinheiten wie das Kommando Spezialkräfte, die notfalls auch ohne offiziellen Regierungsauftrag Kommandounternehmen durchführen können. Als Speerspitze offizieller Einsätze fungieren dann schnell verleg-

bare, ebenfalls gut ausgerüstete Einheiten, wie sie gerade für die multinationalen „Battlegroups“ der EU aufgestellt und beispielsweise in der DR Congo eingesetzt und erprobt wurden. Für den dauerhaften Einsatz in besetzten Gebieten können dann auch (länger dienende) Wehrpflichtige (wie im Falle der EU und Russlands) oder US-amerikanische Nationalgardisten zum Einsatz kommen.

Wichtiger als diese „einfachen Soldaten“ sind aber fast noch die zivil-militärischen Komponenten von Besatzungsregimen, Gendamerieeinheiten wie Bundespolizei und Carabinieri, aber auch Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Entwicklungshelfer, Ausbilder etc., die explizit für die Zusammenarbeit mit dem Militär im Ausland geschult wurden und bereit stehen. Hierfür werden insbesondere in der EU (Deutschland hat mit dem ZIF eine entsprechende Institution geschaffen) und den USA Kapazitäten aufgebaut. Bislang war es nämlich oft schwierig, für so genannte „Friedensmissionen“ Zivilisten zu finden, die einerseits bereit waren, mit dem Militär zu kooperieren und sich in dessen Struktur einzugliedern, andererseits kompetent und willens, ihre Karriere für kurzfristige Projekte im Ausland zu unterbrechen.

Diese zivil-militärischen Kooperationen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der klassische Angriffskrieg nach wie vor eine Option bleibt und der Nuklearschlag gleichzeitig wieder zur Option gemacht wird.

Dabei wird auf absolute Dominanz gesetzt, die sich v.a. durch einen Vorsprung an ebenfalls oft unter zivilem Deckmantel entwickelter Informationstechnologie ergibt. Die Ausgaben für Rüstungsforschung steigen in allen G8-Staaten, auch der Wettlauf um die Eroberung des Weltraums hat sich wieder beschleunigt. Die EU hat in ihrem neuen 7. Forschungsrahmenprogramm dazu extra einen neuen Titel „Sicherheitsforschung“ mit 1,4 Milliarden Euro geschaffen und den Titel Weltraumforschung mit vielen militärischen Komponenten erweitert.

Insbesondere für die Überlegenheit im Luftraum und die schnelle Verlegbarkeit auch schwereren Geräts werden Großprojekte wie der A400M durch die Staaten in Auftrag gegeben, die zu höheren Gewinnen und gleichzeitig einer Konzentration auf dem Rüstungsmarkt führen. Die Europäische Rüstungsagentur soll diesen Prozess bewusst forcieren.

Nicht zuletzt gewinnen auch die atomare Dominanz und die Option eines Atomschlags wieder an Brisanz. Abrüstung und Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gelten nur für die jeweils anderen. Die G8-Staaten (mit Ausnahme Italiens, Japans und Kanadas sowie eingeschränkt: Deutschlands, die über keine Atomwaffen verfügen) verletzen kontinuierlich den Atomwaffensperrvertrag, der sie zu Verhandlungen über die vollständige Abrüstung ihrer Nukle-



Japans Außenminister und NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, Foto: NATO

arsenale verpflichtet. Im Gegenteil wurde in letzten Jahren die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen gesenkt. Die US-Regierung erwog 2002 im Rahmen der Nuclear Posture Review den „präventiven“ Einsatz von Atomwaffen und im Januar 2006 verkündete Jacques Chirac eine Herabsetzung der Einsatzschwelle für französische Atomwaffen. Wenn eine Gefährdung „in das Feld unserer vitalen Interessen“ fallen sollte, dann sei der Rückgriff auf Atomwaffen möglicherweise gerechtfertigt. Das aktuelle Weißbuch der Bundeswehr bezieht sich positiv auf die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO und damit mehr oder weniger direkt auf diese offensive Einsatzoption, die im Übrigen auch im Entwurf für ein europäisches Weißbuch erwogen wird. Im European Defence Paper werden Szenarien für künftige Einsätze präsentiert, „in welchen die nationalen Nuklearstreitkräfte europäischer Mitgliedstaaten (Großbritannien und Frankreich) entweder explizit oder implizit in die Planung mit einfließen könnten.“ Die Entwicklung euphemistisch genannter „Mini - Nukes“ sollen den Einsatz von Atomwaffen realistischer werden und leichter legitimierbar machen und wurde bereits mehrfach gegen den Iran angedacht.

Interessant ist in diesem Kontext, dass die G8-Staaten „natürlich“ auch die Staaten sind, die mit großem Abstand am meisten Waffen exportieren. Die EU ist seit 2005 Weltwaffenexporteur Nummer 1 noch vor den USA und Russland. Innerhalb der EU sind Frankreich,

Deutschland und Großbritannien führend.

Diese neue Rüstungswelle ist nur im globalen Kontext zu verstehen. Nach der Blockkonfrontation blieben die USA als einzige Weltmacht übrig. Wir erleben nun die Neuaushandlung zukünftiger globaler und regionaler Machtpositionen. Hierbei wollen die EU und ihre Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle spielen. Machtpositionen sind nicht unabhängig von Marktpositionen. Der strategische Dreh- und Angelpunkt zum Erhalt und Ausbau von Marktpositionen liegt (zumindest zurzeit noch) im Zugang zu fossilen Rohstoffen. Womit die strategische Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens, Zentralasiens aber auch bestimmter afrikanischer und lateinamerikanischer Regionen deutlich wird. Nicht zufällig sind (mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten) die verschiedenen G8-Staaten in diesen Regionen offen oder verdeckt militärisch aktiv. Die G7- oder wahlweise G8-Staaten bilden im Wettlauf um strategische Rohstoffe ein Zweckbündnis. Mittel- und langfristig birgt die Frage, welche globale Bedeutung die EU als neue Großmacht und welche Stellung Russland noch oder wieder haben wird, mehr als genug Sprengstoff. Vorläufig sind die Hoffnung auf die gemeinsame Eliminierung störender regionaler Machtfaktoren (Iran), die globale Durchsetzung vorteilhafter Terms of Trade und die Erhaltung eines relativen Vorsprungs vor China und Indien jedoch gemeinsame Interessen und damit Anreize genug für Kooperation.



Foto: indymedia

Konzernmacht G8

Eine Kritik der Konzernagenda der deutschen G8-Präsidentschaft

Lydia Krüger

2007 ist die deutsche Regierung ein wichtiger Akteur in der internationalen Politik. Nicht nur, dass die Bundesrepublik von Januar bis Ende Juni die EU-Ratspräsidentschaft innehat und damit die Agenda der europäischen Politik wesentlich mitbestimmen kann. Darüber hinaus hat die deutsche Regierung für ein Jahr die G8-Präsidentschaft übernommen und ist Gastgeber des Weltwirtschaftsgipfels, der im Juni 2007 in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste stattfinden wird.

Laut deutschem Wirtschaftsministerium handelt es sich bei der G8 um eine „*informelle Allianz von Nationalstaaten, die auf den gemeinsamen Grundwerten von Freiheit und Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Freihandel Verantwortung für globale Fragen übernimmt*“ (BMW i 2006). Neben den Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und (seit 1997) Russlands nimmt auch die Europäische Kommission an den jährlichen Gipfeltreffen teil, um die herum sich ein dichter politischer Abstimmungs- und Verhandlungsprozess entwickelt hat.

Zwar sind die G8 nur ein informelles Gesprächsforum, sie verfügen über keinen festen Sitz, keine eigene Verwaltung, keine Statuten – von einer völkerrechtlich verbindlichen Vertragsbasis ganz zu schweigen (Wahl 2006a: 22f). Dennoch sollte der Einfluss der G8 nicht unterschätzt werden. Gerade der informelle Charakter der Weltwirtschaftsgipfel macht es möglich, sensible Probleme anzusprechen und gemeinsame Strategien zu entwickeln, die auf offizieller Ebene noch nicht verhandlungsreif sind und/oder der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt werden sollen. Hinzu kommt, dass die Gipfel einen großen Symbolwert haben, da in vielen Medien der Eindruck erweckt wird, dass die Regierungschefs der reichen Staaten alle Probleme im Griff haben.

Allerdings wächst die Zahl der Menschen, die sich von der medialen Inszenierung nicht beeindrucken lassen und die G8 für die Verschärfung globaler Probleme verantwortlich machen. Für diese Menschen ist die G8 zu einem zentralen Symbol der neoliberal-imperialistischen Globalisierung geworden und es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Weltwirtschaftsgipfel zu wichtigen Kristallisationspunkten des Protestes gegen Krieg, weltweite Armut und Umweltzerstörung entwickelt haben. Die Kritik an der G8 richtet sich zum einen gegen den

undemokratischen Charakter dieser Institution: In den Staaten der G8 leben nur 13 Prozent der Weltbevölkerung (vgl. Tabelle); die Verabredungen, die in diesem Club der Reichen und Mächtigen getroffen werden, betreffen jedoch die ganze Welt: So bestimmt die G8 die Politik der wichtigsten internationalen Organisationen (IWF, Weltbank, WTO) und kann daher – sowie aufgrund ihrer ökonomischen Stärke – die Regeln bestimmen, nach denen in der Weltwirtschaft gespielt wird.

Die G8 im Vergleich

	Bevölkerung		Bruttoinlandsprodukt*	
	In Mio.	In %	in Bio. US\$	In %
G8	859	13,340	28,667.355	63,73
USA	296	4,598	12,969.561	28,83
Kanada	32	0,497	1,051.873	2,34
Großbritannien	71	0,932	2,263.731	5,03
Frankreich	61	0,947	2,177.670	4,84
Italien	57	0,885	1,724.894	3,83
Deutschland	82	1,274	2,852.337	6,34
Japan	128	1,988	4,988.209	11,09
Russland	143	2,221	0,639.080	1,42
China	1304	20,255	2,263.825	5,03
Indien	1095	17,008	0,793.017	1,76
Afrika und Naher Osten	1046	16,247	1,236.777	2,75
Lateinamerika	551	9,876	2,209.710	4,91
Rest der Welt	1583	24,588	9,812.652	21,81

World Bank: World Development Indicators

* nach Kaufkraftparitäten

Das Problem liegt nun darin, dass die von der G8 gestaltete Weltwirtschaftsordnung die Starken auf Kosten der Schwachen begünstigt. So dient der Abbau von Handelsschranken, die Durchsetzung des freien Kapitalverkehrs, Privatisierung und Deregulierung in erster Linie den transnationalen Konzernen, die in den letzten Jahrzehnten immer größer und mächtiger geworden sind. Die Armen sind dagegen arm geblieben, in einigen Weltregionen sogar noch ärmer geworden. Lediglich in Ländern wie China, wo man die neoliberalen Ratschläge von IWF, Weltbank, G8 in den Wind geschlagen hat, scheint es gelungen zu sein, die Armut deutlich zu verringern.

In jedem Fall hat die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte zu einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich geführt: Zu Beginn der siebziger Jahre war das Bruttosozialprodukt (pro-Kopf) in den 20 reichsten

Ländern¹ etwa 19mal so groß wie das BSP pro-Kopf in den 20 ärmsten Ländern.² Im Jahr 1980 war das BSP pro-Kopf in den reichsten Ländern bereits 31mal so hoch, im Jahr 1990 82mal so hoch und im Jahr 2000 131mal so hoch wie in den 20 ärmsten Ländern (Global Policy Forum 2006). Nach dem Bericht über menschliche Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) ist das Einkommen der 500 reichsten Menschen dieser Welt inzwischen ebenso groß wie das Einkommen der 416 Millionen ärmsten Menschen (UNDP 2006: 269) und während auf die reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung etwa 86 Prozent des globalen Konsums entfallen, muss sich das ärmste Fünftel mit einem Anteil von etwas über einem Prozent zufrieden geben (United Nations 2005: 9).

Dabei ist die globale Vermögensverteilung noch weitaus ungerechter als die Einkommensverteilung: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt etwa 40 Prozent des weltweiten Vermögens, die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung besitzen mehr als 85 Prozent – dagegen kommt die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur auf einen Anteil von knapp einem Prozent. (UNU-WIDER 2006: 26ff.) Und während auf der einen Seite der Konsum von Luxusgütern zunimmt, hat über eine Milliarde Menschen kein Zugang zu sauberem Wasser, sterben jährlich 1,8 Mio. Kinder an Durchfall aufgrund schlechter Wasserqualität (UNDP 2006: V) und sind ca. 842 Mio. Menschen – zu 95% in Entwicklungsländern – unterernährt (Hamm 2006: 160).

Wie die oben genannten Zahlen nur andeuten können, führt die strukturelle Gewalt, die von der herrschenden Weltwirtschaftsordnung ausgeht, zur Vernichtung von zahlreichen Existenzen auch ohne direkte Anwendung physischer Gewalt. Häufig genug ziehen wirtschaftliche Destabilisierung und soziale Desintegration jedoch Kriege und Bürgerkriege nach sich (vgl. hierzu Haydt/Pflüger/Wagner 2003, S. 8 und die folgenden Beiträge in dieser Broschüre). Hinzu kommt, dass die reichen Staaten auch vor Kriegen nicht zurückschrecken, wenn es darum geht, den Zugang zu Märkten und Rohstoffen zu sichern bzw. die Kontrolle über wichtige Ressourcen zu erlangen.

Vor diesem Hintergrund grenzt es an Heuchelei, wenn in den Medien der Eindruck erweckt wird, die G8 würde sich ernsthaft um die Bekämpfung der Armut in Afrika (das zentrale Thema des Weltwirtschaftsgipfels 2005 in Schottland) oder die Entschuldung der Dritten Welt (das zentrale Thema des Weltwirtschaftsgipfels 1999 in Köln) kümmern.³ Tatsächlich geht es der G8

1 Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Hongkong/China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Island, Irland, Japan, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Singapur, Schweden, Schweiz, Großbritannien und USA.

2 Burkina Faso, Burundi, Zentralafrikan. Republik, Tschad, Äthiopien, Ghana, Guinea-Bissau, Kenia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mosambik, Myanmar, Nepal, Niger, Nigeria, Ruanda, Sierra Leone, Tansania und Uganda.

3 Zwar kann man es als Erfolg werten, dass diese Themen überhaupt auf die Tagesordnung der Weltwirtschaftsgipfel gekommen sind. Man sollte sich aber darüber im Klaren sein, dass die Vertreter der G8 diese Themen allenfalls zur persönlichen Profilierung

seit ihrer Gründung um die Aufrechterhaltung einer Weltwirtschaftsordnung, die in erster Linie den Interessen großer Konzerne dient. Dies zeigt sowohl ein Blick auf die *Geschichte der G8* als auch die kritische Analyse der *Agenda der deutschen G8-Präsidentschaft*, denen sich die folgenden Abschnitte widmen werden.

1. Zur Geschichte der G8

Der erste Weltwirtschaftsgipfel fand im Jahr 1975 auf Initiative des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing im französischen Rambouillet statt. Die Agenda des Gipfels war einerseits bestimmt durch finanz- und währungspolitische Probleme, die mit dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods – einem internationalen Regelwerk für die Währungsbeziehungen – akut geworden waren. Damit verbunden spielte der so genannte „Ölpreisschock“ des Jahres 1973 eine Rolle, der den westlichen Industrienationen ihre Abhängigkeit von Rohstofflieferungen aus dem Süden drastisch vor Augen geführt hatte.

1.1 Dollarkrise und kollektives

Krisenmanagement

Der erste Weltwirtschaftsgipfel war ein Versuch europäischer Staaten, die Folgen der Erosion US-amerikanischer Hegemonie auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet durch die Schaffung eines multipolaren kapitalistischen Machtblocks zu bewältigen. Die Notwendigkeit eines solchen Machtblocks ergab sich dabei aus dem Ost-West-Konflikt, d.h. aus dem gemeinsamen Interesse der westlich-kapitalistischen Länder an der Bekämpfung des sozialistischen Lagers, das seit dem Zweiten Weltkrieg an Stärke und globalem Einfluss gewonnen hatte. Verschärft wurde diese Notwendigkeit durch die erste große Weltwirtschaftskrise seit 1929, die in den Jahren 1973/74 ihren Höhepunkt erreichte. Entsprechend stand das *kollektive Krisenmanagement* der kapitalistischen Staaten im Mittelpunkt des ersten Gipfels. Durch eine abgestimmte Wirtschaftspolitik der führenden Industrieländer sollte der weltweiten Wirtschaftskrise begegnet und ein nachhaltiger Aufschwung initiiert werden. Um dies zu erreichen, sollten die USA zu einer vertieften Kooperation mit Westeuropa und Japan bewegt werden, die an ökonomischer Stärke gegenüber den USA gewonnen hatten. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Währungspolitik: So hatte die USA 1971 - ohne vorherige Abstimmung mit anderen Ländern - die Golddeckung des Dollars aufgehoben, um eine eigenständige Währungspolitik betreiben und eine Abwertung des Dollars zulassen zu können. Die Währungsordnung der Nachkriegszeit, die auf fixen Wechselkursen mit dem US-Dollar als Leitwährung beruht hatte, war damit zerstört. Für die Stabilität der Weltwirtschaft bzw. die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den führenden Industriestaaten hatte dies schwer wiegende Folgen.

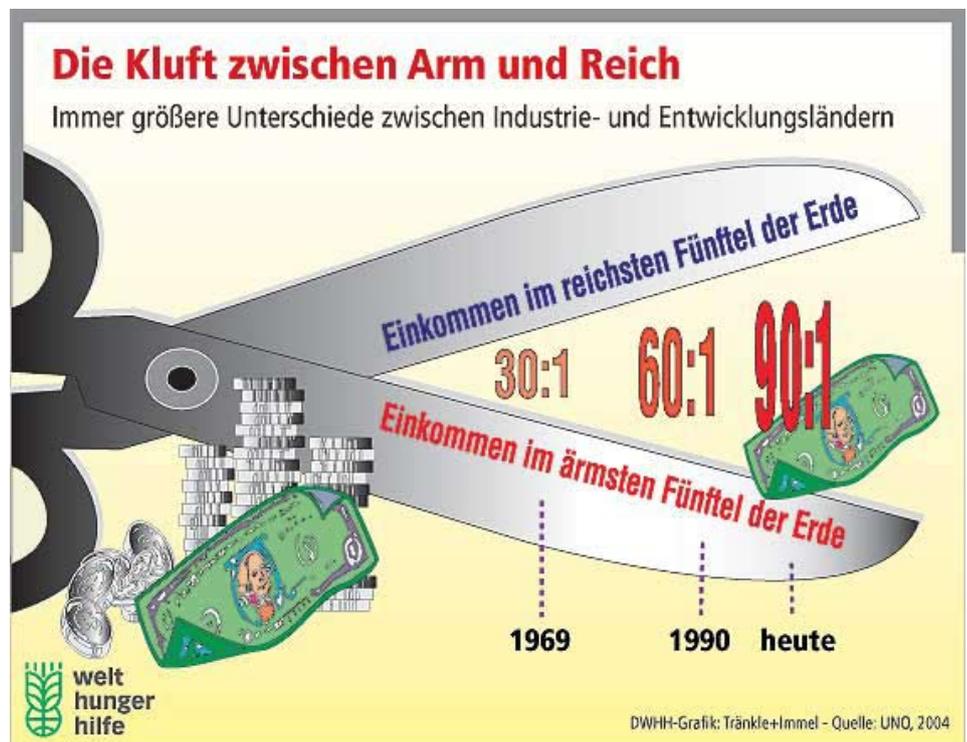
bzw. zur Ablenkung von innenpolitischen Problemen nutzen. Man denke etwa an den britischen Regierungschef Tony Blair, der sich auf dem G8-Gipfel in Schottland medienwirksam als Vorreiter in Sachen globaler Armutsbekämpfung inszenieren wollte, um von der umstrittenen Kriegspolitik im Irak abzulenken.

Beispielsweise drohten die Handelsströme durch stark schwankende Wechselkurse gefährdet zu werden; in Staaten wie der Bundesrepublik führte der immense Zustrom an Devisen zu Ungleichgewichten in der Zahlungsbilanz und beförderte die Inflation; außerdem bedrohte die Aufwertung der DM den deutschen Export. Es war daher im Interesse der BRD und anderer Staaten, die USA zur verstärkten Zusammenarbeit zu bewegen, um die Ungleichgewichte, die aus dem Verfall des US\$ bzw. der plötzlichen Aufwertung der japanischen und europäischen Währungen resultierten, zu verringern. Das zweite gemeinsame Interesse, welches die G7 miteinander verbinden sollte, lag von Anfang an in der *Unterordnung des Südens*. Es ging nicht zuletzt um die Aufrechterhaltung einer Weltwirtschafts- und Finanzordnung, die von den Ländern des Südens zunehmend in Frage gestellt wurde.

1.2 G7 versus G77

Der Nord-Süd-Konflikt zwischen reichen, westlichen Industrieländern und so genannter „Dritter Welt“ befand sich in jener Zeit auf dem Höhepunkt. Wenige Monate vor dem ersten Weltwirtschaftsgipfel hatten die USA den Vietnamkrieg verloren und ihre Truppen von dort abgezogen. Dieser Sieg eines kleinen Landes über die stärkste Militärmacht der Welt beflügelte linke Bewegungen auf der ganzen Welt und stärkte das Selbstbewusstsein der Länder des Südens, die sich zum Teil am sozialistischen Machtblock anlehnten, zum Teil auf die Bildung einer blockfreien Bewegung orientierten.

Auch wenn die Entwicklungsländer schon damals eine sehr heterogene Gruppe darstellten, hatten die gemeinsamen Erfahrungen im Kampf gegen den Kolonialismus dennoch zur Ausbildung gemeinsamer Positionen und Institutionen geführt. Bereits 1960 hatten sich fünf Erdöl exportierende Staaten (Iran, Irak, Kuwait, Saudi Arabien und Venezuela) zur OPEC zusammengeschlossen, der sich in der Folgezeit auch Qatar (1961), Indonesien und Libyen (1962), Algerien (1969) und Nigeria (1971) anschlossen. Im Jahr 1961 wurde die erste Konferenz der blockfreien Staaten durchgeführt, die sich schließlich in der Gruppe der 77 (G77) zusammenfanden und gemeinsame Positionen entwickelten. Zu einem wichtigen Forum für die Forderungen der Entwicklungsländer avancierte die United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), die 1964 gegründet wurde und sich mit Fragen des Welthandels und Investitionsregimes beschäftigen sollte (Krüger 2004: 85f.). Auf der dritten Konferenz der UNCTAD in Santiago de Chile 1972 erhoben die Staaten des Südens erstmals die Forderung nach einer *Neuen Weltwirtschaftsordnung*, die



den Interessen der ehemaligen Kolonien gerecht werden und zur Überwindung von Abhängigkeit und Unterentwicklung beitragen sollte. Auf einer Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde im Mai 1974 eine entsprechende Deklaration sowie ein konkretes Aktionsprogramm zur Errichtung der Neuen Weltwirtschaftsordnung verabschiedet. Im Dezember 1974 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten“ an. Schon die ersten Artikel dieser Charta verweisen auf die bis heute zentralen Konfliktfelder zwischen Nord und Süd:

UN-Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten

Artikel 1

Jeder Staat hat das uneingeschränkte und unveräußerliche Recht, sein Wirtschaftssystem wie auch sein politisches, soziales und kulturelles System in Übereinstimmung mit dem Willen seines Volkes zu wählen, ohne äußere Einmischungen, Zwänge oder Drohungen irgendeiner Art.

Artikel 2

Jeder Staat besitzt eine volle dauerhafte Souveränität, einschließlich Besitz, Nutzung und Verfügung über sein gesamtes Vermögen, seine natürlichen Ressourcen und seine wirtschaftlichen Aktivitäten und soll diese frei ausüben.

(General Assembly of the United Nations 1974: 4).

Und es blieb nicht bei schönen Erklärungen, die nach einigen Jahren öffentlicher Diskussion wieder in Vergessenheit geraten sollten. Der Versuch der OPEC, durch Absprachen auf die Preisentwicklung des Rohstoffs Erdöl Einfluss zu nehmen und einen höheren Anteil der Profite für sich selbst zu sichern, inspirierte viele

Entwicklungsländer dazu, vergleichbare Absprachen auch für andere Rohstoffe sowie für landwirtschaftliche Produkte zu treffen. Für die Industrieländer, die viele Jahrzehnte lang von der Zufuhr billiger Rohstoffe aus den Kolonien und Halbkolonien profitiert hatten, war dies eine Kampfansage, auf die es mit einer intelligenten Strategie zu antworten galt.

Die Formierung der G7 war ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie. Da sich die Machtverhältnisse bei den Vereinten Nationen im Zuge der Entkolonialisierung immer stärker zugunsten des Südens verschoben hatten, versuchte man, die Vereinten Nationen zu schwächen bzw. deren Autorität durch Schaffung eigener Institutionen der „global governance“ in Frage zu stellen. Aus dieser Perspektive sind die G7 sowohl Ausdruck als auch Folge des sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikts. Der verstärkten Süd-Süd-Kooperation im Rahmen der G77 bzw. der Vereinten Nationen folgte die Etablierung eines exklusiven Clubs der reichsten und mächtigsten Industrieländer: die G7 (ab 1997 G8).

2. Die Agenda der deutschen G8-Präsidentschaft

Der Weltwirtschaftsgipfel 2007 steht unter dem Motto „Wachstum und Verantwortung“ und wird sich mit diversen weltwirtschaftlichen Fragen sowie der Situation in Afrika beschäftigen. Was die *wirtschaftspolitische Agenda* des G8-Gipfels betrifft, so umfasst diese nach Angaben der Bundesregierung „Fragen von elementarer Bedeutung für stabile Rahmenbedingungen in den globalen Handels- und Finanzbeziehungen.“ Konkret geht es um:

- „Neue Impulse beim Austausch über Strategien zum **Abbau der globalen Ungleichgewichte** (Leistungsbilanzdefizit in den USA, unzureichende Binnendynamik in Europa und Japan und das Anwachsen der Währungsreserven in Asien).

- Austausch über Maßnahmen zur Verbesserung der **systemischen Stabilität und Transparenz der Finanz- und Kapitalmärkte.**

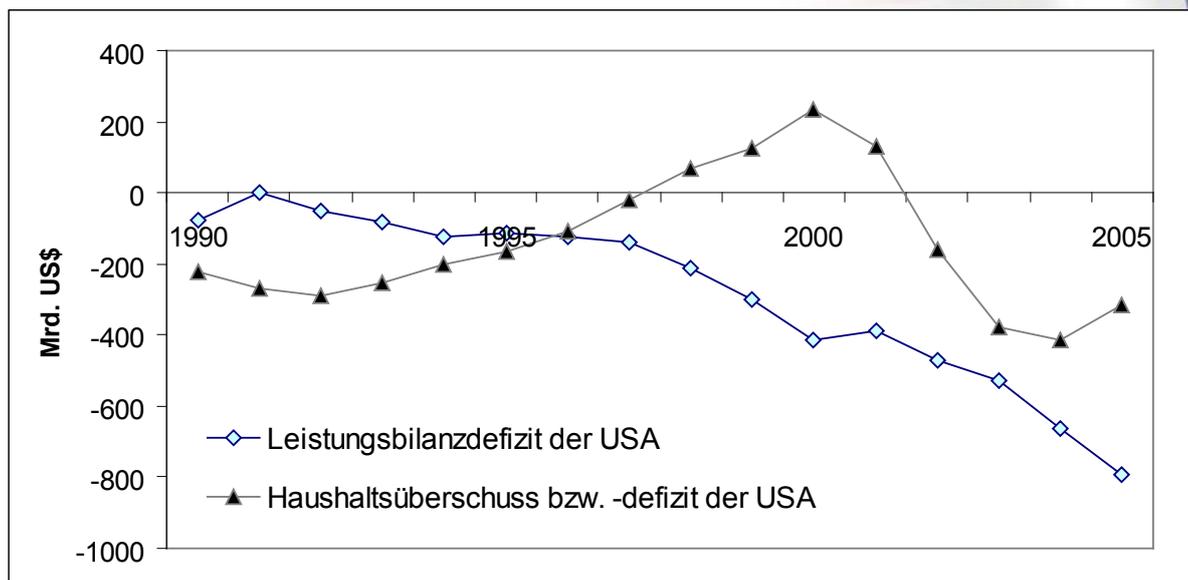
- Bekenntnis der G8 zur **Investitionsfreiheit** in Industrie- und Schwellenländern. Thematisierung weltweiter **Investitionsbedingungen.** Behandlung der sozialen Dimension der Globalisierung.

- Dialog über die zentrale Bedeutung von **Innovationen** in wissensbasierten Gesellschaften und Verstärkung des **Schutzes von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie.**

- Herausforderungen des **nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen:** Das Thema **Energieeffizienz** wird einen hohen Stellenwert bekommen. Der weltweite **Klimaschutz** und der Kyoto-Prozess werden eine gewichtige Rolle spielen“ (Deutsche Bundesregierung 2006).

Im Folgenden soll auf der Grundlage eines Papiers von Staatssekretär Bernd Pfaffenbach, dem persönlichen Beauftragten der Bundeskanzlerin für den G8-Gipfel, analysiert werden, welche Agenda sich hinter diesen Überschriften jeweils verbirgt. Ich beschränke mich dabei auf die ersten drei Themen, die in Pfaffenbachs Papier „Deutsche G8-Präsidentschaft 2007. Schwerpunkte des G8-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm am 6. – 8. Juni 2007“ vom 10. Oktober 2006 angesprochen werden: Die globalen Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen (*Kapitel 1: Globale Ungleichgewichte gemeinsam abbauen*, S.4f.), die weltweiten Kapitalströme und grenzüberschreitenden Investitionen als „Katalysatoren der Globalisierung“ (*Kapitel 2: Weltweite Investitionen – offene Märkte, gleiche Wettbewerbsbedingungen und Verantwortung der Unternehmen*, S. 5ff) sowie die Frage der Verletzung der Rechte des geistigen Eigentums (*Kapitel 3: Innovationen fördern – Innovationen schützen*, S.8f.).

Die Haushalts- und Leistungsbilanz der USA, 1990-2005



Quellen: 1) US Department of Commerce/Bureau of Economic Analysis U.S. International Transactions Accounts Data: Balance of Payments. URL: <http://bea.gov/bea/interactive.htm> 2) Congressional Budget Office: Historical Budget Data. URL: <http://www.cbo.gov/budget/historical.pdf,Table 11>.

2.1 Globale Ungleichgewichte abbauen

„Eine der großen Herausforderungen für die Weltwirtschaft besteht in den globalen Ungleichgewichten der Leistungsbilanzen. Dem Leistungsbilanzdefizit in den Vereinigten Staaten stehen Überschüsse in einer Vielzahl von Ländern gegenüber, darunter Japan, asiatische Schwellenländer und zunehmend auch Öl exportierende Länder, deren Überschüsse dank der gestiegenen Ölexporterinnahmen steigen.“ (Pffaffenbach 2006: 4)

Globale Ungleichgewichte, die in der Erosion US-amerikanischer ökonomischer Macht begründet sind, standen schon beim ersten Weltwirtschaftsgipfel 1975 in Rambouillet im Vordergrund. Damals wie heute sorgt man sich um die Stabilität des US-Dollars, die angesichts der wachsenden Leistungsbilanzdefizite und der wachsenden Verschuldung der USA gefährdet erscheint.

Wie die folgende Abbildung zeigt, hat das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der USA seit 2001 rapide zugenommen. Im Jahr 2005 erreichte das *Leistungsbilanzdefizit* mit 791 Mrd. US\$ (=6,4% des BIP) einen Rekordwert; die Nettoauslandsverbindlichkeiten der USA dürften mittlerweile einen Wert von über 25% des BIP erreicht haben (BIZ 2006: 98). Leistungsbilanzsalden verweisen auf die Differenz zwischen inländischer Ersparnis und inländischen Investitionen: Ist die inländische Ersparnis niedriger als die Investitionen, muss die Differenz durch Kapitalimporte ausgeglichen werden, was wiederum die Auslandsverschuldung erhöht.

Eine Ursache der niedrigen US-amerikanischen Sparquote liegt dabei - neben der enormen Verschuldung der privaten Haushalte - im steigenden Defizit der öffentlichen Haushalte. Wie die Abbildung verdeutlicht, hat sich der US-amerikanische Haushaltsüberschuss in Höhe von 236 Mrd. US\$ aus dem Jahr 2000 innerhalb kurzer Zeit in ein Rekorddefizit von 413 Mrd. US\$ (2004) verwandelt. Auch wenn sich das Haushaltsdefizit seitdem etwas verringert hat, ist die Frage, ob das anhaltende Doppeldefizit („twin deficit“) mittel- bis langfristig das Vertrauen ausländischer Anleger in den Investitionsstandort USA untergraben wird.

„Je stärker die globalen Ungleichgewichte wachsen, umso größer wird die Gefahr, dass es bei einer ungeordneten Anpassung zu Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten und einer Beeinträchtigung des weltweiten Wachstums kommen könnte,“ heißt es im Papier zu den Schwerpunkten der deutschen G8-Präsidentschaft (Pffaffenbach 2006: 4f.). Zwar scheinen Investoren aus aller Welt nach wie vor bereit zu sein, das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA (durch Portfolioinvestitionen in Schuldtitel, Direktinvestitionen und den Aufbau von Währungsreserven in US\$) zu finanzieren – allerdings würde schon ein moderater Rückzug aus US-amerikanischen Finanzanlagen ausreichen, um die Wechselkurse erheblich zu beeinflussen (BIZ 2006: 162). Und wie die Finanzkrisen der Vergangenheit in Asien, Lateinamerika und Russland demonstriert haben, kann einem „moderaten Rückzug“ eine panikartige Kapitalflucht folgen, was im Fall der USA zweifellos dramatische Konsequenzen für die Weltwirtschaft mit sich brächte.

Wie will man dieser Gefahr begegnen? Pffaffenbach empfiehlt den USA, ihren Haushalt zu konsolidieren und ihre gesamtwirtschaftliche Sparquote zu erhöhen, Japan und Westeuropa sollen strukturelle Reformen vorantreiben, um ihr Wirtschaftswachstum anzukurbeln und asiatischen Schwellenländern wie China wird geraten, ihre Wechselkurse freizugeben und ihre Inlandsnachfrage zu stärken, um auf diese Weise die Exportüberschüsse zu verringern.

Dass nicht nur China, sondern auch Länder wie Deutschland oder Japan durch ihre außenwirtschaftlichen Überschüsse zu den strukturellen Ungleichgewichten beitragen, bleibt unerwähnt. Dabei müsste auch die Rolle Deutschlands als „Exportweltmeister“ kritisch analysiert werden, wenn man die globalen Ungleichgewichte ernsthaft verringern will (Falk 2006).

Und warum sind die US-amerikanischen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite seit 2001 eigentlich so rapide gewachsen? Spielt hier nicht auch die US-amerikanische Kriegspolitik eine Rolle, die jede Woche Milliarden US-Dollar⁴ verschlingt? Einer Studie des Centers for Strategic and Budgetary Assessments in Washington zufolge, werden die Kosten des so genannten „Kriegs gegen den Terror“ in diesem Jahr die Kosten für den Vietnamkrieg überschreiten: Mindestens 670 Mrd. US\$ werden die USA von 2001 bis Ende 2007 für die Kriege in Afghanistan, im Irak u.a. ausgegeben haben – dies ist mehr als die 662 Mrd. US\$, die der zehnjährige Krieg in Vietnam gekostet hat (Musharbash 2007). Darin nicht eingerechnet sind die Kosten für die Ansprüche verwundeter Soldaten sowie Zusatzkosten, die aus dem gestiegenen Ölpreis herrühren. Würde man diese mit einrechnen käme man auf Beträge zwischen 1 und 2,2 Billionen US\$ (so die Schätzung des Ökonomie-Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz) oder gar 3 Billionen US\$ (so die Schätzung von Linda Bilmes, Wirtschaftsprofessorin an der Harvard-Universität) – wobei sich diese Zahlen allein auf die Kosten des Irak-Krieges beziehen (Musharbash 2007).

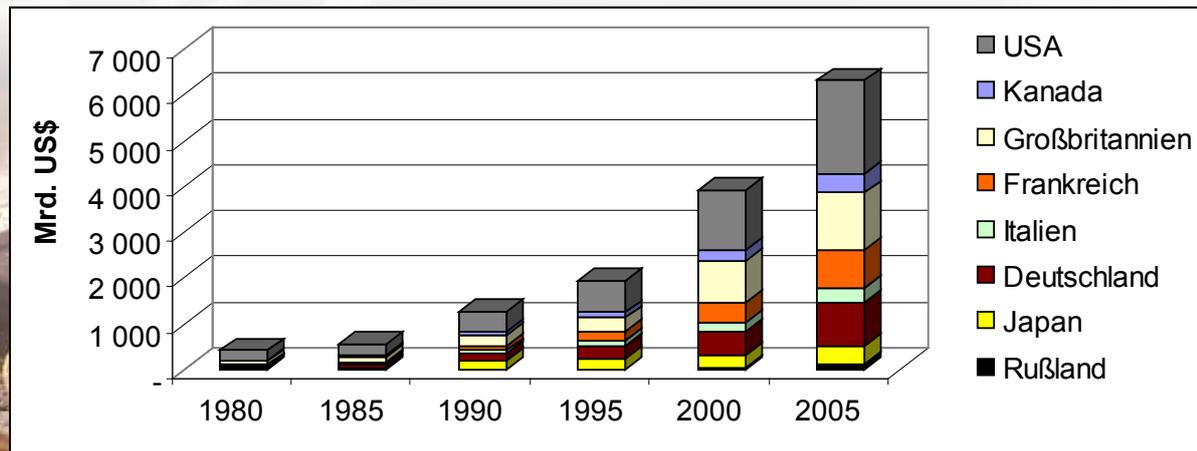
Dennoch ist mehr als fraglich, ob der G8-Gipfel genutzt wird, um die USA zu einem Rückzug ihrer Truppen aus Irak und Afghanistan zu drängen. Wahrscheinlich ist es nicht nur diplomatischer Rücksichtnahme geschuldet, dass man die eskalierenden Kosten der US-amerikanischen Kriegspolitik ausblendet. Denn solange Westeuropa und Japan nicht über ausreichend eigene militärische Kapazitäten verfügen, um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten in aller Welt notfalls auch mit Gewalt durchsetzen zu können, sind sie diesbezüglich auf die USA angewiesen und werden deren Kriegsabenteuer – mehr oder weniger öffentlich – unterstützen.

2.2 Weltweite Investitionen, offene Märkte und freier Kapitalverkehr

„Die G8 tragen eine besonders hohe Verantwortung für freie Märkte und freien Welthandel. Die G8 sollten sich deshalb auf dem Gipfel in Heiligendamm zur Kapitalver-

⁴ Nach einem Bericht der Tagesschau kostet allein der Irak-Krieg die USA mittlerweile rund 2 Mrd. US\$ pro Woche (Tagesschau v. 31.10.2006).

Bestände an ausländischen Direktinvestitionen der G8 in Mrd. US\$



Quelle: UNCTAD (2006): World Investment Report.

kehrsfreiheit als einer wichtigen Grundlage des Wohlstandes bekennen.“ (Pfaffenbach 2006: 6)

Auf die G8 entfallen 41 Prozent der weltweiten Exporte (WTO 2006: 17) und sie halten 58 Prozent aller Bestände an ausländischen Direktinvestitionen. Im Interesse der G8 ist es daher, ein „liberales“ Welthandels-, Finanz- und Investitionsregime zu erhalten, um die internationalen Aktivitäten der großen Konzerne, Banken und institutionellen Anleger zu befördern. Eine vollendete Freiheit des Kapitalverkehrs würde es den Investoren ermöglichen, ihr Kapital zu jeder Zeit, in jeder Form und an jedem beliebigen Ort anzulegen bzw. von dort wieder abzuziehen.

Tatsächlich ist die Kapitalverkehrsfreiheit eine wichtige Grundlage des „Wohlstands“ – allerdings nur für die großen Konzerne, Banken und Investmentgesellschaften, denen der Aufkauf von Unternehmen im Ausland erleichtert sowie der problemlose Rücktransfer der Gewinne garantiert wird, die ihr Kapital jederzeit in profitablere Anlagen leiten und über Holding- und Tochtergesellschaften in Steuerparadiesen enorme Summen an Steuern sparen können. Für die Entwicklungsländer stellt der freie Kapitalverkehr dagegen eine massive Bedrohung dar. Mit der Öffnung ihrer Kapitalmärkte liefern sie sich den Launen weltweit tätiger Investoren und Portfoliomanager aus, die zwar einerseits – wenn die Zinsen in den Industrieländern niedrig sind – enorme Summen in „aufstrebende Märkte“ investieren, andererseits aber durch den Abzug ihres Kapitals eine schwere Finanzkrise bewirken können. Dies hat sich unter anderem 1994 in Mexiko und 1997ff. in Südkorea, Thailand, Indonesien und Brasilien gezeigt, als die panikartige Flucht ausländischer Anleger jeweils einen Zusammenbruch der Währung und eine schwere Wirtschaftskrise nach sich zog. Seit 1980 hatten mehr als 70 Entwicklungsländer mit schweren Bankenkrisen zu kämpfen. Um die Bankenkrise zu bewältigen, mussten diese Staaten zwischen 1980 und 2000 über 1 Bio. US\$ aus ihrem Staatshaushalt aufbringen (Honohan/Klingebiel (2000): 3) – Geld, das zur Finanzierung tausender Schulen und Krankenhäuser gereicht hätte. Es ist vor

dem Hintergrund dieser Erfahrungen kein Wunder, dass viele Entwicklungsländer in den letzten Jahren ihre Devisenreserven massiv aufgestockt haben. Schließlich kann eine spekulative Attacke auf die Währung eines Landes innerhalb weniger Tage einige Milliarden US\$ kosten, und wenn die Devisenreserven nicht ausreichen, kommt der Internationale Währungsfonds ins Spiel, der dem betroffenen Land Unterstützungskredite gewährt, dafür aber u.a. ein radikales Sparprogramm, die Streichung staatlicher Sozialprogramme und die Privatisierung von Vermögenswerten verlangt.

Während sich im Zuge der Asienkrise in der entwicklungspolitischen Diskussion die Auffassung durchgesetzt hat, dass die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die damit verbundene Öffnung der Märkte für kurzfristige Kapitalströme (Portfolioinvestitionen) für Entwicklungsländer sehr gefährlich sind, werden *ausländische Direktinvestitionen* nach wie vor als Königsweg für nachholende Entwicklung propagiert. So sieht der Weltentwicklungsbericht der Weltbank aus dem Jahr 2005 in der Verbesserung des Investitionsklimas den entscheidenden Schlüssel für Wachstum und Armutsbekämpfung (World Bank 2005). Dass auch das Engagement transnationaler Konzerne in Entwicklungsländern mitunter zu großen Konflikten führt, bleibt dabei unerwähnt.

Wie die folgende Abbildung zeigt, haben sich die Bestände an ausländischen Direktinvestitionen der G8 in den letzten 15 Jahren fast versechsfacht: Von 1,2 Billionen US\$ im Jahr 1990 auf 6,2 Bio. US\$ 2005. Dabei fließt ein wachsender Anteil der Ströme ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländer: Allein auf China, Brasilien und Mexiko entfielen zwischen 1990 und 2005 knapp 15 Prozent der weltweiten Zuflüsse an Auslandsdirektinvestitionen.⁵

In der folgenden Tabelle werden sowohl die Bestände an ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2005 als auch die Ausgaben für (bzw. Erlöse aus) grenzüberschreitenden Fusionen und Übernahmen für die Periode

⁵ Eigene Berechnung nach UNCTAD (2006): World Investment Report: Inward FDI flows by Host Region and Economy (1970-2005), 16/10/06.

1987-2005 miteinander verglichen. Dabei zeigt sich zum einen, dass die auswärtigen Bestände an ausländischen Direktinvestitionen (ADI) der G8 weitaus höher sind als die einheimischen Bestände (d.h. die Summe der Direktinvestitionen, die von ausländischen Konzernen in den Staaten der G8 getätigt wurden). Bei den Entwicklungsländern ist dies umgekehrt, d.h. ihre ADI-Bestände im Ausland sind mit 1,27 Bio. US\$ (=11,9 %) deutlich geringer als ihre einheimischen ADI-Bestände (2,76 Bio. US\$ bzw. 27,2%). Nun sind Investitionen transnationaler Konzerne nicht per se gut oder schlecht und es wird zu Recht darauf ver-

wiesen, dass immer mehr Entwicklungsländer durch Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen versuchen, mehr ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Diese verschärfte Konkurrenz um ADI reduziert allerdings auch den Nutzen, den Entwicklungsländer aus der Ansiedlung transnationaler Konzerne ziehen können. Bis auf wenige mächtige Schwellenländer wie China oder Brasilien sind Entwicklungsländer kaum noch in der Lage, ausländische Konzerne zur Einhaltung entwicklungspolitischer Auflagen (wie der Verpflichtung zur Nutzung einheimischer Vorprodukte oder zum Technologietransfer) zu zwingen.

Ein besonderes Konfliktpotenzial ergibt sich bei ausländischen Direktinvestitionen, die nicht auf den Aufbau neuer Produktionsstätten, sondern auf die *Übernahme* bereits existierender Unternehmen oder Banken in Entwicklungsländern abzielen. Wie die Tabelle verdeutlicht, haben die Entwicklungsländer seit Mitte der achtziger Jahre Unternehmen im Wert von über 730 Mrd. US\$ an ausländische Investoren verkauft. Dabei handelt es sich häufig um ehemalige Staatsbetriebe in strategisch wichtigen Wirtschaftszweigen, deren Privatisierung von internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank erzwungen wurde. Als wichtiger Hebel für den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums erwies sich dabei die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer, die eine Einmischung des Internationalen Währungsfonds in Form von „Strukturanpassungsprogrammen“ nach sich zog (Krüger 2004: 98ff., 142ff). Der IWF schätzt selbst, dass für jeden Dollar, den er zu Beginn der Schuldenkrise als Kredit gewährt hat, anschließend Staatsvermögen im Wert von ca. 50 Cent privatisiert worden ist (Brune/Garrett/Kogut 2004: 195).

Allerdings wächst in vielen Ländern des Südens der Widerstand gegen die Privatisierung und anschließende Verschleuderung von Unternehmen und natürlichen Ressourcen an ausländische Konzerne. In Lateinameri-

	Bestände an ausländischen Direktinvestitionen, 2005				Grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen, 1987-2005			
	im Ausland		Im Inland		Käufe		Verkäufe	
	Mrd. US\$	in %	Mrd. US\$	in %	Mrd. US\$	In %	Mrd. US\$	in %
USA	2 051	19,22	1 626	16,05	1 331	20,90	1 852	29,08
Kanada	399	3,74	357	3,52	304	4,78	302	4,75
Großbritannien	1 238	11,60	817	8,06	1 367	21,46	1 017	15,97
Frankreich	853	7,99	601	5,93	581	9,11	281	4,42
Italien	293	2,75	220	2,17	139	2,19	160	2,51
Deutschland	967	9,06	503	4,96	480	7,53	585	9,18
Japan	387	3,62	101	1,00	147	2,31	88	1,38
Russland	120	1,13	132	1,31	18	0,29	22	0,35
G8	6 189	58,00	4 224	41,70	4367	68,56	4308	67,64
Entwicklungsländer	1 274	11,93	2 757	27,22	498	7,81	735	11,54
Industrieländer	9 272	86,88	7 117	70,26	5841	91,71	5565	87,37
EU	5 475	51,30	4 499	44,42	3564	55,96	2937	46,12
Welt	10 672	100	10 130	100	6369	100	6369	100

Quelle: UNCTAD (2006): World Investment Report, Key Data from WIR Annex Tables: Outward FDI stock by Host Region and Economy (1980-2005), Inward FDI stock by Host Region and Economy (1980-2005), Cross-border M&A purchases by region/economy of purchaser (1987-2005), Cross-border M&A sales by region/ economy of purchaser (1987-2005), URL: <http://www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=3277&lang=1>

ka sind in den letzten Jahren mehrere Regierungen an die Macht gelangt, die – wie in Venezuela oder Bolivien – den Reichtum an natürlichen Ressourcen für die eigene Bevölkerung nutzbar zu machen versuchen. Und wie die Entwicklung im Irak zeigt, kann der Widerstand gegen den Ausverkauf der heimischen Ölreserven auch durch eine brutale Kriegs- und Besatzungspolitik nicht gebrochen werden.

Statt zu fordern, dass die „Absorptionskapazität von Entwicklungsländern für ausländische Direktinvestitionen ... gesteigert werden“ muss (Pfaffenbach 2006: 7) und die Schwellenländer zu einer weiteren Öffnung für ausländisches Kapital zu drängen, wären die G8 also gut beraten, wenn sie das Recht der Entwicklungsländer auf freie Nutzung ihrer Ressourcen und Reichtümer endlich respektieren würden.

2.3 Innovationen schützen, geistige Eigentumsrechte sichern

„[...] Unsere besondere Aufmerksamkeit wird der verbesserten Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums gewidmet sein.“ (Pfaffenbach 2006: 8)

Die deutsche Bundesregierung setzt mit dem „Schutz von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie“ ein Thema auf die Tagesordnung des nächsten G8-Gipfels, bei dem die Interessengegensätze zwischen etablierten Industrieländern und aufstrebenden Volkswirtschaften besonders ausgeprägt sind (Falk 2006). Auf der einen Seite beschwerten sich westliche Konzerne bitter über die Nachahmung von Produkten und Produktionsverfahren sowie die Missachtung von Markenrechten durch Entwicklungsländer; diese verweisen wiederum auf die Aneignung von traditionellem Wissen und genetischen Ressourcen durch westliche Konzerne (Biopiraterie), auf Versorgungsengpässe in der Medizin (z.B. bei Medikamenten), die durch ein striktes Patentrecht verschärft werden sowie auf die extrem ungleiche Verteilung von

Internationale Patentanmeldungen* nach Ländern

	2000		2005**	
	Anzahl	In %	Anzahl	in %
USA	38,007	40,7	45,111	33,6
Kanada	1,801	1,9	2,315	1,7
Großbritannien	4,795	5,1	5,115	3,8
Frankreich	4,138	4,4	5,522	4,1
Italien	1,394	1,5	2,309	1,7
Deutschland	12,582	13,5	15,87	11,8
Japan	9,567	10,3	25,145	18,7
Russland	k.A.	k.A.		
G8	72,284	77,5	101,387	75,6
China	0,784	0,8	2,452	1,8
Insgesamt	93,24	100	134,073	100

*PCT International Applications = Patentanmeldungen über den Patent Cooperation Treaty (PCT) der World Intellectual Property Organisation (WIPO) – ein Vertrag, den 128 Länder unterzeichnet haben.

**Schätzungen

Quelle: World Intellectual Property Organisation: Press Release Nr. 403/2005 v. 09.03.2005 und Nr. 436/2006 v. 03.02.2006.

geistigen Eigentumsrechten zwischen Nord und Süd. Wie die folgende Tabelle andeutet, ist der Wettbewerbsvorsprung der Industrieländer beim Handel mit geistigem Eigentum sehr ausgeprägt. Etwa drei Viertel aller internationalen Patentanmeldungen stammen aus den G7, mehr als die Hälfte aller Patente entfällt auf nur drei Länder (die USA, Japan und Deutschland).

Dabei sind es in erster Linie große Konzerne, die für ihre Produkte und Produktionsverfahren nach Patentschutz suchen: Die meisten Patente hat im Jahr 2005 der niederländische Konzern Philips Electronics eingereicht, gefolgt von Matsushita (Japan), Siemens (Deutschland), Nokia (Finnland), Bosch (Deutschland), Intel (USA), BASF (Deutschland), 3M (USA), Motorola (Deutschland) und Sony (Japan) (World Intellectual Property Organisation 2006). In den letzten Jahren hat sich die Konkurrenz bei der Anmeldung von Patenten verschärft; vor allem asiatische Schwellenländer wie Südkorea oder China können auf starke Wachstumsraten bei ihren Patentanmeldungen verweisen. Inzwischen liegt Südkorea auf dem sechsten Platz, was die Zahl der Patentanmeldungen bei der WIPO betrifft, China nimmt den 10. Platz ein – noch vor G8 Staaten wie Kanada oder Italien (WIPO 2006).

Auf internationaler Ebene wacht die 1995 gegründete Welthandelsorganisation WTO über die Einhaltung von Mindeststandards für geistige Monopolrechte. Im Abkommen über handelsbezogene Rechte geistigen Eigentums „Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS)“ sind Rechtsgebiete wie das Urheber-, Marken- und Patentrecht geregelt, bei Verstößen gegen die Bestimmungen des TRIPS-Abkommens kann ein WTO-Schiedsgericht millionenschwere Strafzölle verhängen.

Durch das TRIPS-Abkommen wurde der geistige Eigentumsschutz auf hohem Niveau international ange-

glichen – die meisten Entwicklungsländer mussten den Schutz geistiger Eigentumsrechte deutlich verschärfen und die Privatisierung von Biodiversität und traditionellem Wissen vorantreiben, um den Bestimmungen des Abkommens Genüge zu tun. Es gibt Schätzungen, nach denen die vollständige Umsetzung des TRIPS-Abkommens für die Entwicklungsländer mit Mehrkosten von rund 60 Mrd. US\$ verbunden ist (Ermert 2006).

Die Befürworter eines strikten Schutzes von geistigen Eigentumsrechten argumentieren, dass man über Patente, Urheberrechte und Lizenzen für eine ausreichende Vergütung der Produzenten geistigen Eigentums sorgen muss. Nur auf diesem Weg könnten Innovationen gedeihen und sichergestellt werden, dass möglichst viele Menschen von den neuen Technologien und Produkten profitieren. Die hohen Ausgaben, die z.B. für die Entwicklung neuer Medikamente aufgewendet werden, müssten demzufolge durch entsprechende Gewinne über einen längeren Zeitraum gesichert werden, da sonst alle Anreize zu langfristigen Investitionen in Forschung und Entwicklung entfallen würden. Aus betriebswirtschaftlicher Perspektive ist es demnach wichtig, dass Erkenntnisse und Informationen, die sich einmal „auszahlen“ könnten, exklusiv gesichert - monopolisiert - werden, was allerdings nichts anderes bedeutet, als dass alle anderen von der (kostenlosen) Nutzung des Wissens ausgeschlossen werden.

Was dies konkret bedeuten kann, lässt sich am Beispiel von Medikamenten gut zeigen. Für Menschen aus Entwicklungsländern sind patentierte Medikamente schlicht nicht bezahlbar, d.h. sie sind zur Behandlung von verschiedenen Krankheiten auf den Import von weitaus günstigeren Nachahmungen (Generika) angewiesen – diese Importe werden durch einen starken Patentschutz jedoch enorm erschwert. Die meisten Entwicklungsländer sind daher gegen einen starken Schutz von Eigentumsrechten, da dieser den Transfer neuer Technologien und Kenntnisse von Nord nach Süd erschwert und damit gerade *verhindert*, dass möglichst viele Menschen von neuen wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen profitieren.

Hinzu kommt, dass die Patentierungsmöglichkeiten auf Druck interessierter Konzernlobbies enorm ausgeweitet wurden: So sieht das TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation vor, dass nicht mehr nur technische Erfindungen, sondern auch Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere und menschliche Gene nun durch Patente geschützt werden können. Damit hat man den Pharmakonzernen ein weites Expansionsfeld eröffnet. Da über die Hälfte aller pharmazeutischen Wirkstoffe pflanzlichen Ursprungs und die überwiegende Mehrzahl aller Pflanzen in den artenreichen Staaten des Südens beheimatet sind, schwärmen westliche Forscherteams in Scharen aus, um sich die Rechte an Pflanzen anzueignen – besonders Medizinpflanzen aus tropischen Regenwäldern versprechen dabei hohe Renditen (SZ, 27.03.98). Viele Entwicklungsländer befürchten, dass ihnen das Recht zur künftigen Nutzung einheimischer Ressourcen durch Patente auf biologische Organismen beschnitten

Biodiversität im Vergleich

	Anzahl Pflanzenarten	Pflanzenarten pro 1000 qkm	Endemische Pflanzenarten
Brasilien	56215	6,6	k.A.
Kolumbien	51220	45	15000
China	32200	3,4	18000
Indonesien	29375	15,3	17500
Mexiko	26071	13,2	12500
USA	19473	2,1	4036
Frankreich	4630	10	133
Deutschland	2682	7,5	6

Quelle: Brouns, Bernd (2004): Was ist gerecht? Nutzungsrechte an natürlichen Ressourcen in der Klima- und Biodiversitätspolitik. Wuppertal Papers, Nr. 146, August 2004, S. 25.

URL: http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WPI146.pdf



wird. Die Rede ist von Biopiraterie – der strategischen Aneignung von traditionellem Wissen und genetischen Ressourcen, die eigentlich in Entwicklungsländern beheimatet sind, über Patente nun aber von großen Konzernen beansprucht werden. Zwar verlangt die UN-Konvention über biologische Vielfalt, dass die Entwicklungsländer vorher gefragt werden, ob sie mit der Nutzung ihres traditionellen Wissens und ihrer natürlichen Ressourcen einverstanden sind; allerdings ist es sehr schwer und teuer, einmal vergebene Patente juristisch anzufechten. So kostet die Annullierung eines Patents in den USA mindestens eine halbe Mio. US\$ und dauert etwa fünf Jahre (SZ vom 27.03.98).

Besonders gravierende Auswirkungen hat die Durchsetzung des TRIPS-Abkommens für die bäuerliche Landwirtschaft in Entwicklungsländern. Denn mit der Durchsetzung der geistigen Eigentumsrechte auf Pflanzensorten werden die Rechte des Züchters (bzw. die Rechte großer Saatgutkonzerne wie DuPont, Monsanto, Syngenta oder Bayer/Aventis) gestärkt und die Bauern dazu gezwungen, für jede neue Aussaat Lizenzgebühren an die Inhaber der Agropatente abzuführen. Dies fördert eine kapitalintensive Landwirtschaft sowie die Ausbreitung von genmanipulierten Sorten. Mitunter wird sogar die Hungerhilfe von Seiten der reichen Geberländer an die Bedingung geknüpft, dass Importbeschränkungen für genmanipulierten Weizen und Sojabohnen aufgehoben werden – was seinerseits eine Gefährdung der Artenvielfalt darstellt.

Nicht nur Menschen in Entwicklungsländern leiden unter der zunehmenden Kommerzialisierung und Monopolisierung von geistigem Eigentum. Auch für viele Menschen in Industrieländern ist die Frage der freien Nutzung von Informationen, Wissen, Software u.ä. von großer Bedeutung. Gerade bei diesen immateriellen Gütern zeigt sich sehr deutlich, wie die Entwicklung von Wissenschaft, Forschung und Kunst an Grenzen stößt, die durch kapitalistische Eigentumsverhältnisse gesetzt werden. Die Sicherung geistiger Eigentumsrechte setzt die Kommerzialisierung von Wissen voraus - und dieser wachsende Druck zur ökonomischen Verwertung von Wissen kann sich auf den Wissenschaftsbetrieb insofern negativ auswirken, als Konkurrenzdenken und Verheimlichung von Ergebnissen an die Stelle des freien ge-

danklichen Austauschs treten. Damit wird nicht nur die Dynamik der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung insgesamt gebremst, sondern auch der öffentliche Diskurs über mögliche Vor- und Nachteile technologischer Entwicklungen behindert.

Dies ist umso gefährlicher, als mittlerweile auch Patente auf Leben zugelassen sind, was nichts anderes bedeutet, als dass das Wissen über die genetische Lebensgrundlage aller Menschen monopolisiert wird. Es ist daher höchste Zeit, im Süden wie im Norden die Frage der öffentlichen Kontrolle und demokratischen Steuerung des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts aufzuwerfen, statt für die weltweite Sicherung von Monopolrechten an geistigem Eigentum einzutreten – zumal diese Sicherung von Monopolrechten in einigen Fällen (man denke an Microsoft) die Herausbildung von realen Monopolen befördert.

Fazit

Sowohl die Geschichte der G8 als auch die Analyse der Agenda der deutschen G8-Präsidentschaft zeigt, dass es diesem Club der Reichen und Mächtigen nur um eins geht: Die Interessen großer Konzerne zu befördern und eine Weltwirtschaftsordnung zu stabilisieren, die auf der Unterordnung und Ausplünderung des Südens basiert. Schon in der Erklärung von Rambouillet kommt dieses gemeinsame Interesse der reichen Länder zum Ausdruck, wenn es heißt: „Das Wachstum der Weltwirtschaft ist klar mit der Verfügbarkeit von Energieressourcen verbunden. Wir sind entschlossen, die Energiequellen, die unsere Volkswirtschaften für ihr Wachstum benötigen, zu sichern“ (zit. nach Wahl 2006: 16).

Zwar hat die globalisierungskritische Bewegung entscheidend dazu beigetragen, dass die Agenda der G8-Gipfel um entwicklungspolitische Fragen wie AIDS, Armut und Hunger in Afrika, Klima- und Umweltpolitik sowie Überschuldung von Entwicklungsländern u.ä. erweitert wurde. Zu einer Lösung dieser drängenden Probleme haben die G8 allerdings keinen Beitrag geleistet und sie werden es auch so lange nicht tun, wie sie dem neoliberalen Fetisch von freiem Kapitalverkehr, freiem Handel und freien Märkten verpflichtet sind.

Auch wenn es sich bei den G8 nur um ein informelles Gesprächsforum und um keine internationale Organisa-

tion mit eigener Verwaltung handelt: Es ist wichtig und richtig, den G8 die Legitimität abzuspochen, Beschlüsse zu fassen, die für die Mehrzahl der Entwicklungsländer von Nachteil sind. Dabei würde sich an dem Demokratiedefizit des Clubs auch nur wenig ändern, wenn die G8 um diverse Schwellenländer erweitert würde, wie von Großbritannien oder Deutschland anvisiert wird. Denn mit einer solchen vermeintlichen „Demokratisierung“ der G8 verbinden die reichen Länder lediglich die Hoffnung, auch die großen Schwellenländer zu einer neoliberalen Politik im Interesse der transnationalen Konzerne zu drängen.

„Die Verfügbarkeit von Rohstoffen bildet eine der zentralen Grundlagen für die Weltwirtschaft“, heißt es im Papier zur deutschen G8-Präsidentschaft. Damals wie heute geht es also um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten in Ländern des Südens. Und damals wie heute müssen Entwicklungsländer mit Sanktionen, Militärputschen und Kriegen rechnen, wenn sie transnationalen Konzernen die Ausbeutung ihrer Rohstoffe verweigern. Es gilt, diese blutige Grundlage der herrschenden Weltwirtschaftsordnung aufzudecken und gemeinsam mit Bewegungen im Norden und Süden für eine friedliche und solidarische Weltordnung zu streiten, in der die Souveränität und die Rechte aller Staaten uneingeschränkt geachtet werden.

Literatur

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) (2006): 76. Jahresbericht. Basel.

Brouns, Bernd (2004): Was ist gerecht? Nutzungsrechte an natürlichen Ressourcen in der Klima- und Biodiversitätspolitik. Wuppertal Papers, Nr. 146, August 2004. URL: http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP146.pdf

Brune, Nancy; Garrett, Geoffrey; Kogut, Bruce (2004): The International Monetary Fund and the Global Spread of Privatization, IMF Staff Papers, Vol. 51, No.2, pp. 195-219.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2006): Die Gruppe der G8.

URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Aussenwirtschaft/Weltwirtschaftsgipfel/die-gruppe-der-g8.html>

Deutsche Bundesregierung (2006): Schwerpunkte der deutschen G8-Präsidentschaft, 18.10.2006.

URL: http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2006/10/2006-10-18-schwerpunkte-deutsche-g8-pr_C3_A4sidentschaft.html

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) (2001): Der Schutz geistiger Eigentumsrechte in der Welthandelsordnung: Entwicklungspolitischer Reformbedarf für das TRIPS-Abkommen, in: DIE (Hrsg.): Analysen und Stellungnahmen, Nr. 1, 2001. URL: [http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/0/e17da11ba8a24069c1256eb500294f69/\\$FILE/TRIPS-3.pdf](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/0/e17da11ba8a24069c1256eb500294f69/$FILE/TRIPS-3.pdf)

Ermert, Monika (2006): G8-Gipfel: geistiges Eigentum vs. Entwicklung und Verbraucherinteressen? Heise online news v. 30.11.2006. URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/81815/from/rss09>

Falk, Rainer 2006: Verantwortlich, verlässlich, nachhaltig? Die deutsche G8-Agenda für Heiligendamm. Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 11/2006.

General Assembly of the United Nations (1974): Resolution 3281 (xxix): Charter of Economic Rights and Duties of States. (29th Session, Supp. No. 31 (1974) 50. URL: <http://www.vilp.de/Enpdf/e162.pdf>

Global Policy Forum (2006): Average GDP per Capita In 20 High Income Countries And 20 Low Income Countries. URL: <http://www.globalpolicy.org/socecon/inequal/tables/gdpcompare.htm>

Hamm, Bernd (2006): Die soziale Struktur der Globalisierung. Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft, Berlin.

Haydt, Claudia; Pflüger, Tobias; Wagner, Jürgen (2003): Globalisierung und Krieg, Hamburg.

Honohan, Patrick; Klingebiel, Daniela (2000): Controlling the fiscal costs of banking crises. World Bank Policy Research Working Paper No. 2441.

Kastan, Klaus (2006): „Irak-Krieg kostet zwei Milliarden Dollar pro Woche“, Tagesschau vom 31.10.2006. URL: http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,,OID6050136_REF1,00.html

Krüger, Lydia (2004): Forcierte Deregulierung, Finanzkrisen und Denationalisierung in Schwellenländern. Frankfurt a.M. et al.

Musharbash, Yassin (2007): Neue Schätzungen: Krieg gegen den Terror teurer als Vietnam-Krieg, in: Der Spiegel v. 15.01.2007. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,459765,00.html>

Pfaffenbach, Bernd (2006): Deutsche G8-Präsidentschaft 2007. Schwerpunkte des G8-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm am 6. – 8. Juni 2007. Papier vom 10. Oktober 2006.

United Nations 2005: The Inequality Predicament. Report on the World Social Situation 2005.

UNCTAD (2006): World Investment Report. Geneva.

UNDP (2006): Human Development Report.

Wahl, Peter (2006a): G8: PR-Show oder Weltregierung. AttacBasis Texte 21. Hamburg

Wahl, Peter (2006b): Wie die Spinne im Netz, in: Buchholz, Christine; Kipping, Katja (Hrsg.): G8:Gipfel der Ungerechtigkeit. Hamburg, S.16.

World Bank (2005): World Development Report. A Better Investment Climate for Everyone. Washington, D.C.

World Institute for Development Economics Research of the United Nations University (UNU-WIDER) 2006: The World Distribution of Household Wealth. December 2006.

World International Property Organisation (WIPO) (2006): Press Release Nr. 436/2006 v. 03.02.2006.

World International Property Organisation (WIPO) (2005): Press Release Nr. 403/2005 v. 09.03.2005. URL: http://www.wipo.int/edocs/prdocs/en/2005/wipo_pr_2005_403.html

WTO (2006): World Trade in 2005 – Overview. URL: http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2006_e/its06_overview_e.pdf

Die „Friedenspolitik“ der G8

Verarmen – Aufrüsten - Intervenieren

Claudia Haydt

Erklärtes Ziel des G8 Gipfels von 2007 ist es, unter anderem „Frieden und Sicherheit“ zu fördern – besonders in Afrika. Doch ist die Gruppe der Acht als selbst erklärte Weltregierung wirklich willens und in der Lage, wesentlich dazu beizutragen? Die versammelten Staaten sind direkt (durch Interventionen, Waffenlieferungen oder Ausbildung von Militärs) und indirekt (Durchsetzung neoliberaler Handelsregime und damit Verarmung in vielen Staaten) verantwortlich für die Gewaltverhältnisse in vielen Teilen der Welt. Die G8 vereint die wesentlichen globalen machtpolitischen Akteure. Die ursprüngliche Definition der Zugehörigkeit über wirtschaftliche Stärke wurde bei der Ausweitung der G7 um Russland aufgeweicht. „Es geht nicht nur um das Wirtschaftspotential Russlands“ erklärte das G8-Information Center vor dem Gipfel in Petersburg, „sondern um seinen Einfluss auf die globale Situation.“¹ Dieser politische Einfluss wird mehr und mehr definiert über militärische Stärke, die von allen G8 Staaten derzeit ausgebaut wird.

Die westlichen Staaten, allen voran die USA, aber auch viele europäische Staaten, haben eine Doktrin des globalen Interventionismus entwickelt, die die Welt in immer neue und unbegrenzte Kriege zu reißen droht. Die Auswirkungen dieser neuen Gewaltwelle auf globaler Ebene sind noch nicht vollständig absehbar. Immer deutlicher wird aber der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Globalisierung und militärischer Gewaltausübung. Kriege werden zum Zwecke der Durchsetzung ökonomischer Interessen bewusst herbeigeführt, oder sie „brechen aus“ als Folge sozialer Desintegration und wirtschaftlicher Destabilisierung, die mit der Durchsetzung ökonomischer Interessen gerade in ärmeren Ländern oft einhergeht. Zugespitzt könnte man formulieren: Der Imperativ der neoliberalen Globalisierung heißt Krieg. Warum diese Fixierung auf militärpolitische Stärke die globale Kriegsgefahr verstärkt und an welchen Punkten mehr oder weniger direkt Unruhen und Bürgerkriege durch die G8 Staaten ermöglicht und verstärkt werden, soll im Folgenden erläutert werden.

Die Struktur der Bürgerkriege

Gerne werden die Ursachen für das Ausbrechen von Gewalt in Ländern, deren Entwicklung durch Kolonialis-

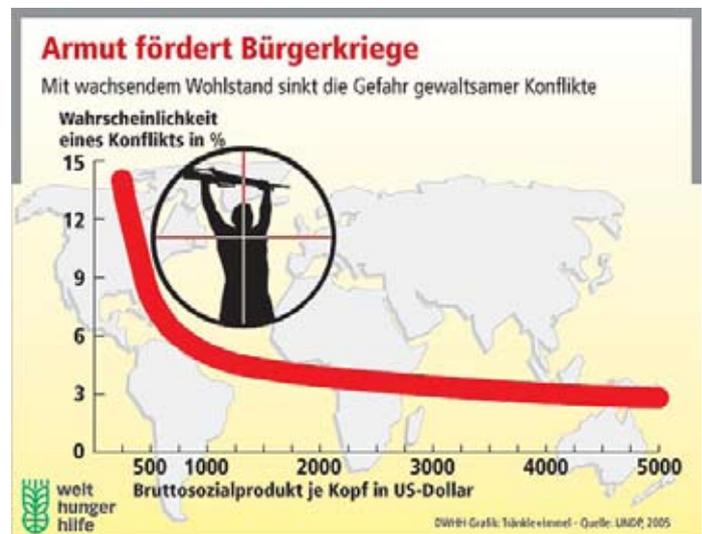
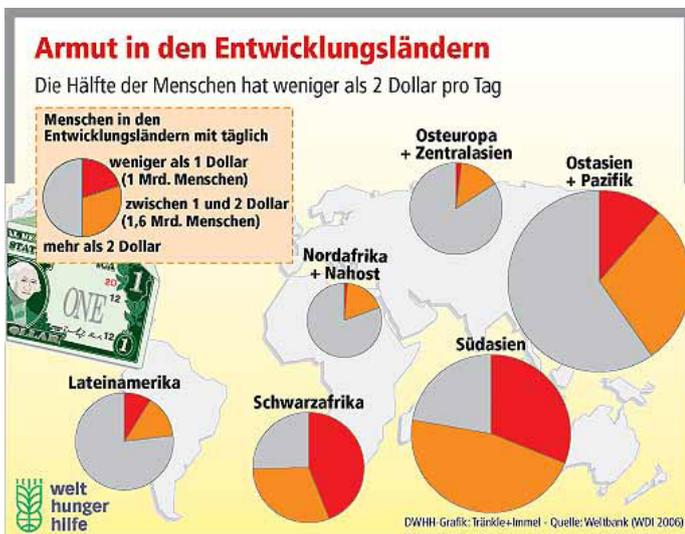
mus und aktuelle internationale Politik behindert wurde und wird, auf irrationale ethnische oder religiöse Konflikte zurückgeführt. Neuere Studien kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass das heute vorherrschende Bild - und damit auch die politischen Schlussfolgerungen - von Konfliktursachen grundlegend revidiert werden muss. Armut und damit die derzeitige Weltwirtschaftsordnung kommen immer stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Armut als Kriegsgrund Nummer 1!

Für die Armut in vielen Ländern ist die Kolonialpolitik der westlichen Staaten genauso mit verantwortlich wie die Funktionsweise der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung. Diese führt auf verschiedene Weise zu einer dramatischen Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung (siehe auch Lydia Krügers Beitrag). Mittels so genannter Strukturanpassungsprogramme erzwungene Maßnahmen der Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung, die Kernelemente neoliberaler Globalisierung, tragen direkt zur Verarmung bei. Auch der Verfall von Rohstoffpreisen (Terms of Trade) hat für die überwiegend von Rohmaterialexporten abhängigen Entwicklungsländer verheerende Folgen. Selbst der Klimawandel, der vor allem durch die reichen Industriestaaten und deren fahrlässige Politik zu verantworten ist, tötet. Der Klimawandel führt zur Ausbreitung von Wüsten. Alle 10 Tage geht Land in der Größe Berlins für die Bewirtschaftung verloren und eine Fläche, die etwa 3,5mal die Europas umfasst, ist von Verödung bedroht. Rund eine Milliarde Menschen vor allem in Afrika sind dadurch in ihrer Lebensgrundlage gefährdet. Dies wiederum führt zu Hunger, Armut, Migration und eben auch Konkurrenz um die verblieben Ressourcen. Der Konflikt in Darfur etwa ist auch ein Konflikt zwischen Viehzüchtern und Ackerbauern um immer weniger Wasser.

Angesichts dieser dramatischen Entwicklungen können es sich selbst die G8-Staaten nicht mehr leisten, tatenlos zu erscheinen, weshalb auf allen Gipfeln der letzten Jahre Armutsbekämpfung zum Ziel erklärt wurde. Konkrete Veränderungen folgen jedoch selten. Oft verschlechtert sich sogar die Situation. So wird im Rahmen der EU-Haushaltsplanung sichtbar, dass bis 2013 der Budgetanteil des Beitrags der EU zu den Millenniums-Entwicklungszielen, die eine Halbierung der Armut

¹ G8 Informationszentrum; <http://www.g7.utoronto.ca/> Startseite am 12.6.2006



zum Ziel haben, sinken wird, gleichzeitig soll der Anteil für „sicherheitsorientierte“ Instrumente zunehmen. Entwicklungshilfegelder werden vermehrt für Militär und Polizei ausgegeben (z.B. im Kongo). Es verwundert deswegen nicht, wenn die Finanzmittel für konkrete Entwicklungshilfe reduziert werden. Im Haushaltsplan der Kommission wurde entsprechend der Ansatz für die Bekämpfung armutsbedingter Krankheiten im Jahr 2006 auf 76 Millionen gekürzt. 2005 waren es noch 102 Millionen.² Die Kürzung von Geldern für die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose ist mehr als befremdlich, erklärten EU-Politiker doch (z.B. auf dem G8-Gipfel in Edinburgh 2005), dass sie ihre Anstrengungen in diesen Bereichen steigern werden. Dazu kommt, dass AIDS auch massive sicherheitspolitische Implikationen hat. Steigende Zahlen von AIDS-Waisen lassen die Menge von sozial und ökonomisch nicht versorgten Kindern und Jugendlichen wachsen, führen vermehrt zur Bildung von (klein)kriminellen Jugendgangs und machen die Rekrutierung von Kindersoldaten verhältnismäßig einfach.

Die Tatsache, dass von den G8-Staaten keinerlei ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, die strukturellen Ursachen von Armut zu beseitigen, macht sie direkt für das Aufbrechen von Kriegen und Konflikten in der Dritten Welt verantwortlich. So zeigt sich etwa, dass zahlreiche Konflikte unmittelbare Folge einer durch Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds verursachten Verarmung sind, wie beispielsweise Michel Chossudovsky anhand zahlreicher Beispiele belegt hat.³ Selbst die Weltbank hat inzwischen den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Armut und Krieg in einer bemerkenswerten Studie eingeräumt: „Empirisch ist das auffälligste Muster, dass sich Bürgerkriege besonders auf arme Staaten konzentrieren. Krieg verursacht Armut, aber wichtiger noch für diese Konzentration ist, dass Armut die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen erhöht. Somit kann unser zentrales Argument bündig zusammengefasst werden: die zentrale Konfliktursache (central root cause of conflict) ist

das Scheitern ökonomischer Entwicklung.“⁴ Die Weltbank kommt damit zu einem völlig anderen Kausalzusammenhang zwischen Armut, Kriegen und Konflikten als das interventionistische Credo der G8-Staaten, beispielsweise der Europäischen Sicherheitsstrategie, in der es heißt: „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“. Der Schwerpunkt der EU-Außenpolitik auf dem Sicherheitsaspekt führt zu einer Einschränkung der Ressourcen für entwicklungspolitische Programme, wie etwa für die oben erwähnten Millenniums-Entwicklungsziele zugunsten machtpolitischer Erwägungen.

Die Feststellung, dass Armut der wichtigste einzelne Faktor für den Ausbruch bewaffneter Konflikte ist, deckt sich mit den meisten derzeitigen Studien zur Konfliktursachenforschung. So erschien beispielsweise Ende 2006 ein Bericht der ebenfalls linker Ambitionen unverdächtigen Bertelsmann Stiftung, der zu dem Ergebnis kommt, dass „die weitaus überwiegende Zahl von politischen Gewalttaten auf lokale Ursachen wie Hunger, Ungleichheit oder Entrechtung zurückzuführen“ sind.⁵ Auch die Welthungerhilfe bestätigt diese Erkenntnisse (siehe auch Grafik): „Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen eindeutig: Je ärmer ein Land, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass in diesem Land ein Bürgerkrieg ausbricht. Je höher das Nationaleinkommen, desto geringer wird die Gefahr eines Waffengangs. Statistisch betrachtet lässt ein Einbruch des Wirtschaftswachstums um fünf Prozent die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts um 50 Prozent ansteigen. Verdoppelt sich das Bruttosozialprodukt von 250 auf 500 US-Dollar pro Einwohner, halbiert sich die Wahrscheinlichkeit, dass es den nächsten fünf Jahren zum Bürgerkrieg kommt. [...] Die entwicklungspolitische Konsequenz ist klar: Wer Bürgerkriegen vorbeugen will, muss die Armut bekämpfen.“⁶

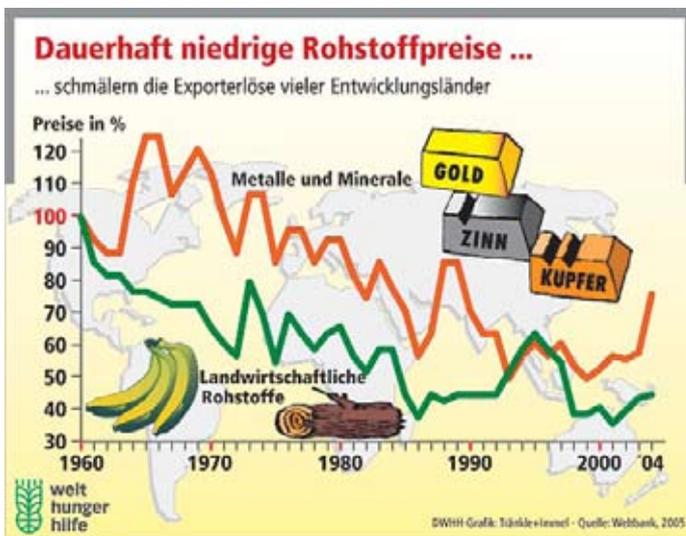
4 Collier, Paul: Breaking the conflict trap (World Bank Policy Research Report), 2003, S.46., S. 53.

5 Croissant, Aurel/Hartmann, Hauke, Der Kampf der Kulturen findet nicht statt, Frankfurter Rundschau, 21. November 2006; Vgl. auch Bertelsmann Stiftung (Hg.), Political Violence, Extremism and Transformation, Gütersloh 2006.

6 Immel, Karl-Albrecht: Armut fördert Bürgerkriege, Welthungerhilfe, Januar/Februar 2006, URL: <http://www.welthungerhilfe.de/1029.html>

2 Haushaltsplan der Kommission, Titel 21020702.

3 Vgl. Chossudovsky, Michel: Global Brutal, Frankfurt 2002.



Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist jedoch das nötige Wachstum für die Verliererstaaten der Globalisierung kaum zu erzielen und so bewegen sich diese in einer „Konfliktfalle“, in der aus Hoffnungslosigkeit leicht Kriege werden können und diese Kriege – nach ihrem Ende – oft die ökonomische und politische Grundlage für neue Kriege bilden. So produziert Armut Krieg und Krieg produziert Armut.

Ethnisch-religiöse Kriege?

Entgegen gängiger Wahrnehmungsmuster ist ethnische und religiöse Vielfalt kein Bürgerkriegsgrund. Im Gegenteil, wiederum ist es die bereits erwähnte Weltbank-Studie, die mit diesem Klischee gründlich aufräumt: „Substantielle ethnische und religiöse Diversität reduziert das Risiko von Bürgerkrieg deutlich“⁷

Homogenität auf der anderen Seite reduziert das Risiko nicht, wie etwa in Somalia (mit einer ethnisch und religiös äußerst homogenen Bevölkerung) zu beobachten ist. Multiethnische und multireligiöse Gesellschaften sind oft weniger atomistisch als homogene Gesellschaften. Ethnische oder regionale Zugehörigkeit wird häufig dann beschworen, wenn in der entsprechenden Region wertvolle Ressourcen gefunden werden. Das Risiko eines Bürgerkrieges verdoppelt sich, wenn es in einer Region relevante Rohstoffe gibt. Doch auch wenn die Akteure in solchen Ressourcenkriegen „die Sprache historischer ethnischer Unterdrückung benutzen, wäre es doch sicher naiv Ethnizität als tatsächliche Wurzel des Konfliktes zu betrachten.“⁸

Billige Ressourcen und westliche Brandstifter

In Regionen mit ökonomisch interessanten Ressourcen ist nicht nur das Risiko des Ausbruchs eines Bürgerkriegs höher, sondern dies ist oft auch die Grundlage für lang anhaltende Konflikte, in denen „der Krieg den Krieg nährt“. In vielen Regionen versuchen (Bürger-)Kriegsparteien ihren Kampf durch den Verkauf von Ressourcen auf weltweiten (Schwarz-)Märkten zu finanzieren. Das funktioniert durch illegale Exporte z.B. im

Bereich der Drogenökonomie (Kolumbien oder Afghanistan) genauso wie auf legalen Märkten durch den Verkauf von Erdöl (Nigeria, Sudan), Holz (Kambodscha) oder Erzen (Indonesien). Diese ökonomischen Machtkämpfe werden häufig angeheizt durch internationale Unternehmen, die mit einer der Konfliktparteien Verträge abschließen und so die Konflikte finanzieren und motivieren. Die G8-Staaten hätten es hier in der Hand, durch ihre Importpolitik ein Beispiel zu geben und die Finanzierung von Konflikten weit gehend zu unterbinden, leider ist auch hier das Gegenteil der Fall.

Es gibt ein großes internationales Interesse an sicherer Rohstoffversorgung und viele westliche Industriestaaten haben dies auch in ihren nationalen Strategiepapieren als vitales Interesse formuliert.⁹ Das Interesse gilt aber nur der Versorgung der eigenen Industrie und der eigenen Märkte mit Rohstoffen und verbindet sich häufig mit einem eklatanten Desinteresse an den Bedingungen, unter denen sie gewonnen werden. „Ressourcenbasierte Konflikte in Gegenden wie Kongo, Aceh oder Bantai mögen weit entfernt von den Einkaufszentren der westlichen Welt liegen, die Ressourcen jedoch, derentwegen so viel Blut vergossen wird, sind schlussendlich für die Verbraucher der wohlhabenden Länder der Welt bestimmt ...“¹⁰

Geradezu exemplarisch für die Verschränkung von westlicher Konsumwelt und Ressourcenkonflikten ist der Rohstoff Coltan. Der Handy-Boom Ende der 1990er Jahre hat den Preis für Kolumbit-Tantalit (kurz: Coltan) teilweise um das Zehnfache ansteigen lassen. 400 \$ wurden für ein Kilo des für die Elektronikindustrie ungemein wichtigen Werkstoffs im Jahr 2000 bezahlt. Der Bürgerkrieg in der demokratischen Republik Kongo wird auch um den Zugriff auf diesen Rohstoff geführt. Schon als 1998/99 ruandische Truppen mit den verbündeten Rebellen der RCD (Rally for Congolese Democracy) in den Kongo eindringen, erbeuteten sie u.a. mindestens 1000 Tonnen bereits abgebautes Col-

⁹ Entsprechende Passagen finden sich sowohl im Bundeswehr-Weißbuch, dem European Defence Paper und natürlich ebenfalls in sämtlichen US-amerikanischen Strategiepapieren.

¹⁰ Worldwatch Institute Report: Zur Lage der Welt 2002; 2002, S. 254f.

⁷ Collier 2003, S.57.

⁸ Collier 2003, S. 61.

tan. Zusätzlich förderten sie weiteres Coltan auf dem beschlagnahmten Land kongolesischer Bauern. Nach Angaben der RCD-Rebellen bauten sie monatlich 100 bis 200 Tonnen ab. Auch wenn der Preis für Coltan zwischenzeitlich wieder etwas gefallen ist, so sind die Einnahmen aus diesem Geschäft nach wie vor ein bedeutender Faktor bei der militärischen Auseinandersetzung im Kongo. Die verschiedenen EU-Einsätze sind deshalb sicher nicht völlig unabhängig von den dort vorhandenen Rohstoffen zu verstehen.¹¹

Viele Länder sind rohstoffreich, aber ihre Bevölkerung bettelarm. Vom Abbau und Verkauf der Rohstoffe profitieren nur die internationalen Investoren sowie eine kleine Elite aus Unternehmern und Regierungsmitarbeitern, während die Bevölkerungsmehrheit bestenfalls leer ausgeht und im schlechteren Fall unter den Bedingungen des Abbaus erheblich zu leiden hat. Umweltverschmutzung, Landenteignung, Zerstörung traditioneller Lebensräume und Zwangsarbeit sind nur einige der negativen Auswirkungen.

Selten werden beim Abbau der Rohstoffe demokratische Spielregeln eingehalten. Betroffene werden oft weder bei der Ausgestaltung der Rohstoffnutzung beteiligt noch werden sie informiert.

„Sicherheitskräfte“ und Waffenhandel

„Hilfe“ für destabilisierte Regionen sieht nicht selten so aus, dass Armeen und Polizei gestärkt werden. Ausbildung, Beratung und Ausrüstung von „Sicherheitskräften“ diente zu Zeiten des Kalten Krieges vor allem der „Eindämmung“ des jeweiligen Gegners. Die neuen „Argumente“ klingen nun bei allen G8 Staaten (inklusive Russland) gleich: „Bekämpfung von Terrorismus“, „Eindämmung von Drogenhandel“ oder schlicht „Festigung der Staatsgewalt“. Demokratische Ansätze in ärmeren Regionen werden dadurch meist geschwächt, während gleichzeitig eine Zunahme des Militarismus befördert wird. Auch empirisch lässt sich belegen, dass eine Steigerung der Militärausgaben (und der Hilfe dafür aus dem Ausland) auch bei bürgerkriegsgefährdeten Ländern keinerlei effektive Reduzierung des Konfliktrisikos darstellt. Hohe Militärausgaben erzielen auch keinen Abschreckungseffekt auf Rebellen. Es kann eindeutig nachgewiesen werden, dass das Kriegsrisiko mit der Höhe der Militärausgaben steigt. Dieser Effekt ist auch dann nachweisbar, wenn man berücksichtigt, dass die Ausgaben dort höher sind, wo die Unsicherheit größer ist.

11 So gab der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung an, im Kongo gehe es „um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes. [...] Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.“ Der CDU-Abgeordnete Andreas Schockenhoff schreibt: „Kongo ist eines der ressourcenreichsten Länder der Welt und verfügt vor allem über strategische Rohstoffe, die für Europa wichtig sind: Wolfram, Mangan- und Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Coltan, Beryllium. Europa und Deutschland haben ein Interesse daran, dass der Abbau dieser Ressourcen legal und nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt.“ Vgl. Pflüger Tobias: Kongo-Militäreinsatz: Es geht um EU-Interessen, in: Wissenschaft und Frieden 3/2006.

Tabelle: Zusammenhang von Militärausgaben und Bürgerkriegsrisiko

Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt	Risiko eines Bürgerkriegs
3,5%	10%
4,3%	30%
5,1%	50%

(Quelle: World Bank: *Breaking the Conflict Trap*, 2003, S. 72ff.)

Regierungen, deren Prioritäten in einer sozialen Politik liegen, die allen Bevölkerungsteilen zugute kommt, signalisieren damit ein Interesse an Ausgleich und Frieden. Hohe Militärausgaben signalisieren das Gegenteil und lassen Vereinbarungen mit Rebellen oder sozialen Bewegungen als völlig unglaubwürdig erscheinen. „Hilfe“ westlicher Staaten zur Herstellung von „Ordnung und Sicherheit“ versucht teilweise, die problematische Stärkung des Militärs dadurch zu vermeiden, dass lokale Polizei unterstützt oder aufgebaut wird. Doch auch diese Maßnahmen bringen für die Bevölkerung nicht unbedingt mehr Sicherheit, wenn nicht gleichzeitig zivile Mitspracherechte und Einflussmöglichkeiten entstehen. Mord oder Misshandlung durch staatliche „Sicherheitskräfte“ bedeuten für Teile der Bevölkerung oft ein höheres Risiko als die Gefahren durch eine Rebellenarmee oder „normale Kriminelle“. Das Fazit einer Untersuchung zur Frage der Bedrohungslage von Menschen in Südostasien ist hier symptomatisch: „Es ist wichtig zu betonen, dass die meisten Gemeinden sich durch die Exzesse der Sicherheitskräfte und der Polizei bedroht fühlten. In einigen Fällen wurden die Staatsorgane im Vergleich zu den bewaffneten ‚Militanten‘ als gefährlicher empfunden.“¹²

Ausgaben für zivile Infrastruktur, für Bildung und medizinische Versorgung sind für viele Länder nur möglich durch eine radikale Umverteilung ihrer Ressourcen und mit zielgerichteter Hilfe von außen. Doch die Hilfe von außen besteht häufig genug in einem breiten Angebot an Waffensystemen. In Südasien nahmen Militärausgaben von 1991 bis 2000 um 59% zu. In Afrika (südlich der Sahara) nahm zwar in den 90er Jahren der Waffenimport offiziell ab, er stieg aber 1999 und 2000 wieder drastisch an. So hat z.B. Angola 2004 4,2% des Bruttoinlandsproduktes für Militär ausgegeben aber nur 2,7% für den Bildungsbereich.¹³

Der internationale Waffenhandel ist fest in der Hand der G8-Staaten. Sechs der acht Länder gehören zu den Top10 der globalen Waffenexporteure. Den ersten Platz nehmen die USA ein, gefolgt von Großbritannien, Frankreich, Russland, Deutschland und Italien. Besonders auffällig ist, dass Waffen - trotz anderer Gesetzeslage - schwerpunktmäßig in Krisengebiete geliefert werden. Im Mittel der letzten Jahre gingen jährlich Waffen im Wert von 15 Milliarden US\$ in die Region

12 Banerjee, Dipankar/Muggah; Robert: *Small Arms and Human Insecurity*, Colombo, 2002, S. 57

13 SIPRI Yearbook 2006, Oxford 2006.

Naher Osten, mit dem Ergebnis, dass im Libanonkrieg im Sommer 2006 nicht nur deutsche Waffen auf beiden Seiten der Front eingesetzt wurden. Frankreich und Deutschland haben trotz eines EU-Embargos Waffen z.B. nach China, Myanmar und den Sudan exportiert. Deutsche Kleinwaffen gingen in den letzten Jahren u.a. nach Ägypten, Kasachstan, Kuwait, Malaysia, Mexiko, Thailand und Nepal. Vor allem die letztgenannten Länder sind Unruhegebiete in denen davon auszugehen ist, dass die Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Gerade der Bereich der Klein- und Leichtwaffen ist besonders wichtig, da sie in 46 von 49 innerstaatlichen Konflikten der jüngsten Vergangenheit das vorrangige Gewaltmittel gewesen sind und für die meisten Opfer verantwortlich waren. Sie kommen dabei v.a. dann zum Einsatz, „wenn die Konfliktparteien die Ausbeutung einmal erobeter Rohstoffvorkommen sicherstellen wollen.“¹⁴ Laut dem Small Arms Survey 2006 zählen zu den wichtigsten acht Exporteuren solcher Waffen neben Brasilien und China vier G8-Staaten, die Vereinigten Staaten, Russland, Italien und Deutschland.¹⁵ Insgesamt behauptet Deutschland beim Wert der Kleinwaffenexporte weltweit einen unrühmlichen dritten Platz.¹⁶

Der Gesetzestext des Kriegswaffenkontrollgesetzes ist zwar restriktiv, aber das deutsche Außenwirtschaftsgesetz fördert faktisch den Export von Waffen. Eines der wichtigsten rechtlichen Schlupflöcher ist der Export von Komponenten. So werden z.B. Deutzmotoren in der Ukraine in gepanzerte Fahrzeuge eingebaut und dort mit Granatwerfern oder Ähnlichem ausgestattet. Ein weiteres Problem ist die Lizenzvergabe. Besonders berüchtigt ist hier Heckler und Koch, deren Sturmgewehre in allen Krisengebieten der Welt zu finden sind. Auch der Weitervertrieb von Waffen in Drittländer wird kaum kontrolliert. Ganz offensichtlich sind die Gesetze sowie deren Umsetzung wenig adäquat. Auch neuere Versuche, wie das EU-Grünbuch für Rüstungsexport, versprechen keine Abhilfe, da sie im wesentlichen an der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Rüstungsindustrie orientiert sind. Durch diese Politik tragen die beteiligten Staaten Verantwortung für politische Spannungen, Ausbeutung und Gewalt an Zivilistinnen.

Die G8-Länder, als größte Waffenexporteure, tragen hier bei der Reduktion von Rüstungsexporten die zentrale Verantwortung. Ein weiteres Ressort, das öffentliche Ausgaben im sozialen Bereich drastisch erschwert, ist der Bereich der Schuldentilgung, Schulden, die nicht selten dadurch entstehen, dass Industriestaaten mit Bürgschaften Waffenexporte in verarmte Länder absichern.

¹⁴ Wisotzki, Simone: Kleinwaffen ohne Grenzen: Strategien jenseits der Rüstungskontrolle gefordert, HSFK-Report 15/2005, S. 4.

¹⁵ Small Arms Survey 2006, Kapitel 3.

¹⁶ Controll arms 6/2005.



Kredite, Ausbeutung und internationaler Waffenhandel

„Export Kreditanstalten“ (EKAs), Exportbürgschaften und Exportversicherungsagenturen (in Deutschland z.B. Hermes Kreditversicherungs-AG) sind ein zentrales Strukturelement vieler Geschäftsbeziehung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Durch öffentliche Einrichtungen werden die Risiken privater Unternehmen bei ihren Auslandsgeschäften abgesichert. Es handelt sich dabei in der Regel um industrielle oder militärische Großprojekte, die zum Teil verheerende regionale und globale Auswirkungen haben. Das Finanzvolumen, das über EKAs abgewickelt wird, ist wahrscheinlich doppelt so hoch wie das Finanzvolumen der Weltbank und anderer multilateraler „Entwicklungshilfebanken“ zusammen.¹⁷ Es geht dabei um ein jährliches Finanzvolumen von 50 bis 70 Milliarden Dollar. Finanziert werden u.a. Straßenbauprojekte durch unberührte Urwälder, gigantische Staudammprojekte, Öl-Pipelines, riesige Kraftwerke und Minenprojekte. Diese Projekte sind für die biologische wie auch für die soziale Umwelt oft katastrophal. Gleichzeitig ist ihre Durchführung so riskant (nicht zuletzt wegen des absehbaren Widerstands der Bevölkerung), dass sie in der Regel nur durch staatliche Kreditabsicherung rentabel werden.

Besonders übel ist die Rolle der EKAs im Bereich Waffenhandel. Waffenlieferungen in Krisengebiete (z.B. nach Kolumbien, Algerien, Indonesien oder noch in den 1980er Jahren aus Deutschland in den Irak) wurden und werden regelmäßig durch Exportbürgschaften abgesichert. So wird die Wahrscheinlichkeit und die Intensität bewaffneter Auseinandersetzungen zusätzlich erhöht. Außerdem bilden die Kredite für Waffenverkäufe sicher das Musterbeispiel für unproduktive Investitionen. Häufig schaffen EKAs genau so die Risiken, gegen die sie ihre Auftraggeber versichern. Ohne den nahezu barrierefreien Zugang zu teilweise extrem billigen Waffen wären viele Konflikte nicht möglich.

Mehr als dreißig deutsche Unternehmen sind in diese Geschäfte verwickelt. Da Waffen, wenn sie einmal produziert, und Lizenzen, wenn sie einmal vergeben sind,

¹⁷ Norlen, Doug u.a.: Unusual Suspects (ECA Watch), 2002.

offensichtlich kaum kontrolliert werden können, bleibt das Verbot von jeglichem Waffenexport und jeglicher Lizenzvergabe sowie eine Abrüstung auch der Armeen der G8 die einzig politisch konsequente Forderung. Ergänzt werden muss dies durch verstärkte Anstrengungen beim Einsammeln und Zerstören von Waffen und Munition, die sich im Umlauf befinden, sowie weltweite Abkommen zur Nichtverbreitung von Kleinwaffen.

Militärische Interventionen sind keine Lösung

Ein Teil der globalen Militärintervention wird als so genannte humanitäre Intervention zur Hilfe der Bevölkerung in Bürgerkriegen deklariert. Unter Begriffen wie „Stabilitätsexport“ und „Demokratisierung“ werden militärische Interventionen als - einziges - Allheilmittel zur Bekämpfung von Kriegen und Konflikten in der Dritten Welt propagiert. Liegt die „Lösung“ der Konflikte wirklich in militärischen Interventionen? Einmal abgesehen davon, dass solche Interventionen meist nur dann stattfinden, wenn hier auch handfeste ökonomische, politische oder strategische Interessen involviert sind, bleibt die Frage spannend, ob es für die Bevölkerung nicht wenigstens einen positiven Nebeneffekt haben könnte. Verkürzen Interventionen tatsächlich die Auseinandersetzung und damit das Leiden der Zivilbevölkerung? Wiederum liefert die Weltbank hierauf eine eindeutige Antwort: „Die Ergebnisse sind enttäuschend.“¹⁸

Mit militärischen Mitteln zivile Ordnung herzustellen scheint – vorsichtig formuliert – ein schwieriges Unterfangen zu sein. „Die einzige militärische Intervention, die systematisch effektiv war, war Unterstützung auf Seiten der Rebellen: offensichtlich kann externe militärische Unterstützung eher eine Regierung besiegen als eine Rebellenorganisation.“¹⁹ Die wiederholten „Interventionen“ in Afghanistan unterstreichen dieses Phänomen anschaulich. Die Sowjetunion konnte trotz massiver militärischer Präsenz, die Kabuler Regierung nicht stützen, während die USA und Pakistan durch die Unterstützung der Mudschaheddin schlussendlich den militärischen Sieg erringen konnten. Dieser konnte allerdings nicht in politische Stabilität umgesetzt werden. Das entstandene Machtvakuum füllten die Taliban. 2001 gelang es den USA und ihren Alliierten zwar wiederum – diesmal mit der Nordallianz – die Taliban-Regierung zu stürzen. Am Aufbau eines Friedens durch Intervention auf Seiten der Karsai-Regierung scheitern aber sowohl US-Militärs als auch die ISAF-Truppen. Militärischer „Demokratieexport“ so zeigen nicht nur die Beispiele Afghanistan und Irak, ist sogar kontraproduktiv, wie auch die Studie der Bertelsmann-Stiftung unterstreicht: „Eine primär extern gestützte Demokratisierung hingegen, soviel haben die Entwicklungen in den letzten Jahren gezeigt, hat wenig Aussicht auf Erfolg und wirkt eher destabilisierend.“²⁰

Es gibt zwar durchaus Interventionen, die abschließend eine stabilere Lage hinterlassen haben, dieses Ergebnis

ist allerdings auch (und häufiger!) in Situationen zu beobachten, bei denen es keine Interventionen gab. Auch neutrale oder multilaterale Interventionen verkürzen die Konfliktdauer nicht. „Unabhängig davon, wie die Intervention konzipiert ist ... es scheint keinen Strategie-Mix zu geben, der zu einer kürzeren Dauer führt. Selbst ein neutraler Ansatz oder die Organisation der Intervention unter multilateraler Federführung reicht nicht aus für ein effektives Konfliktmanagement.“²¹ Leider ziehen die reichen westlichen Staaten (plus Russland) aus solchen Fakten nicht den Schluss, Militär als Instrument zur Herstellung von „Sicherheit und Ordnung“ in ihrer Außen- und Innenpolitik kritisch zu hinterfragen, sondern verstärken ihre militärischen Aktivitäten – frei nach dem Motto: wo Gewalt nicht hilft, ist eben noch mehr Gewalt nötig.

Fazit

Ein Plädoyer gegen militärische Interventionen darf nicht gleichgesetzt werden mit Nicht-Einmischung. Es gibt zahlreiche Ansatzpunkte an denen – neben der rein humanitären Hilfe (Nahrung, medizinische Hilfe etc.) – die Konfliktdynamiken unterbrochen werden können. Kein Krieg funktioniert ohne Soldaten, ohne Geld und ohne Waffen. Verbote von Rüstungsexporten, Druck auf Staaten, die Krisengebiete beliefern, internationale Kontrolle von Finanzströmen (aus Ressourcenverkauf oder von militanten Exil-Gruppierungen) und Hilfe für Deserteure (z.B. Asyl) wären sehr effektive Möglichkeiten der Konflikteindämmung. Hier hätten die G8-Staaten viele Möglichkeiten zur Deeskalation in der Hand. Es steht zu befürchten, dass die versammelten Staats und Regierungschefs weiterhin ihre Verantwortung für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Kriegen und Bürgerkriegen weit gehend ausblenden und stattdessen ihre aggressive Politik fortsetzen werden.

Alle G8-Staaten (auch Russland) tragen bei zur globalen Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik die über militärische Stärke abgesichert wird. Gerade der unmittelbare Zusammenhang zwischen Neoliberalismus, Verarmung und daraus resultierenden Konflikten zeigt, dass die G8-Staaten immer stärker zu einer militärischen Absicherung dieser Weltwirtschaftsordnung übergehen (müssen). Wer aber effektiv Krisen und Konflikten begegnen möchte, der muss endlich gewillt sein, diese Wirtschaftsordnung grundlegend zu kritisieren. Notwendig ist endlich eine konsequente Armutsbekämpfung statt der Bekämpfung der Armen!

18 Collier S.46.

19 Collier S. 46.

20 Aurel/Hauke 2006.

21 Regan, Patrick M.: Third Party Interventions and the Duration of Intrastate Conflicts; 2002, S. 31.

Neoliberale Geopolitik

Transatlantische Konzepte zur militärischen Absicherung der Globalisierung

Jürgen Wagner

Zwei eng miteinander in Verbindung stehende Phänomene prägen die internationalen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges: Zum einen die fortschreitende Globalisierung in Gestalt einer Ausweitung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung und zum anderen ein sich beschleunigender Trend zu westlichen Militärinterventionen. Dieser Artikel soll aufzeigen, dass und inwieweit sich diese beiden Phänomene gegenseitig bedingen. Dabei wird argumentiert, dass die wachsenden Widersprüche neoliberaler Politik sich in Form zunehmender Konflikte in und mit Ländern der Peripherie ausdrücken. Dies erfordert aus Sicht westlicher »Sicherheitspolitiker« zwingend den Übergang zu einer immer militaristischeren und letztlich offen neokolonialen Politik, da weder die USA noch die Länder der Europäischen Union zu einer grundsätzlichen Beendigung bestehender Ausbeutungsverhältnisse bereit sind. Dies schlägt sich in einer radikalen Transformation westlicher Militärstrukturen nieder, dem augenblicklich sichtbarsten Ausdruck für einen grundlegenden Wandel im »Muster staatsgelenkter Liberalisierung. Die ökonomischen Axiome der Strukturanpassung, der finanzpolitischen Austerität und des Freihandels sind jetzt, so scheint es, um die direkte Anwendung militärischer Gewalt ergänzt worden.«¹ Im Folgenden werden die zentralen Merkmale dieses westlichen Globalisierungsinterventionismus herausgearbeitet, der sich mit dem Begriff »Neoliberale Geopolitik« treffend beschreiben lässt. Begründet wie auch legitimiert wird diese Politik derzeit über eine verquere, aber Kapitalinteressen äußerst dienliche Sicherheits- und Bedrohungsanalyse, die nicht nur in den USA, sondern auch in Europa den Strategiediskurs dominiert und zynischerweise zusätzlich noch als einzig effektive Form der Armutsbekämpfung verkauft wird. Da hiermit aber lediglich versucht wird, ein System zu stabilisieren, das permanent zur Eskalation von Krisen und Konflikten führt, soll aus diesem Grund abschließend eine alternative Sichtweise präsentiert werden, die zum Ziel hat, die gängige sicherheitspolitische Bedrohungsanalyse vom Kopf auf die Füße zu stellen.

I. Neoliberalismus als transatlantische Ideologie

Die Tatsache, dass die Globalisierung häufig wertfrei als zwangsläufiger Prozess zunehmender internationaler Verflechtung verstanden wird, verfehlt den tatsäch-

lichen Gehalt dieser Entwicklung. Denn worum es wirklich geht, ist die gezielte politische Umsetzung einer Strategie, die auf eine maximale Durchsetzung der Marktkräfte setzt und damit nur als neoliberale Globalisierung zu beschreiben ist.² Als wesentliche Mittel hierfür fungieren Privatisierung, Deregulierung, Abbau staatlicher Sozialleistungen, Öffnung der Märkte bzw. Freihandel, welche von den westlich dominierten Organisationen wie IWF, Weltbank und WTO durchgesetzt werden. Obwohl inzwischen wohl jedem bekannt sein dürfte, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen zu einer massiven Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt hat,³ ist der Neoliberalismus weiterhin das ideologische Fundament amerikanischer wie auch europäischer Strategiepapiere, eben weil er ein geeignetes Mittel zur Ausbeutung der Dritten Welt darstellt.

So propagiert George W. Bush im Vorwort der amerikanischen *Nationalen Sicherheitsstrategie* vom September 2002, es gebe nur »ein einziges haltbares Modell für nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum«.⁴

Auch die Europäische Union setzt außenpolitisch voll auf neoliberale Politiken, wie sich beispielhaft anhand des EU-Verfassungsvertrags zeigen lässt, dessen allgegenwärtige Diskrepanz zwischen hehren Zielen und neoliberalen Mitteln von Ulrich Duchrow folgendermaßen zusammengefasst wird: »Zwar wird hier als Hauptziel »die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut« festgestellt (III.218). Die Erreichung dieses Hauptziels kann aber nur scheitern, wenn man die zwei fundamentalen Widersprüche ins Auge fasst, die ihm im Rahmen dieser Verfassung entgegenstehen. Der erste besteht in der überragenden, die ganze Verfassung durchziehenden Priorität der Liberalisierung. Denn die Entwicklung von schwächeren Ländern im Rahmen der Weltwirtschaft kann nur mit Hilfe von Schutzmaßnahmen der eigenen Wirtschaft gelingen. Das ist eine Binsenweisheit, die in der Geschichte des Kapitalismus hundertfach belegt werden kann. Der zweite Widerspruch besteht darin, dass die Entwicklungszusammenarbeit im gleichen Artikel III.218 ausdrücklich an die Politik der zuständigen internationalen Organisationen gebunden wird, d.h. u.a. an IWF, Weltbank und WTO. Auch hier ist empirisch feststellbar, dass deren Politik Armut schafft, statt sie zu beseitigen.«⁵ Trotz dieser Binsenweisheit wird augenblicklich ausgerechnet von Ver-

tretern der Wirtschaft die Ausweitung und militärische Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung zu einem entwicklungspolitischen Projekt erhoben.

2. Die moralisch-militärische Flankierung westlicher Profitinteressen

Da Konflikte sich negativ auf die Fähigkeit und die Bereitschaft zu Kapitalinvestitionen und die daraus resultierenden Profitmöglichkeiten auswirken, ist westlichen Großkonzernen (meist) an deren Vermeidung gelegen: »Die unter der Führung der internationalen Wirtschaftsinstitutionen vorangetriebene ›Globalisierung‹ hat dem Finanzkapital neue Horizonte eröffnet, doch macht sie auch den Schutz und die Sicherheit der ›Eigentumsrechte‹ auf natürliche Ressourcen, auf Land, aber auch der Finanztitel (Aktien, Obligationen, Schuldtitel) notwendig.«⁶ Diese Überlegung verbirgt sich nicht selten hinter dem Diktum der »gescheiterten Staaten« (failed states), denen mittels westlichen Militärs »Stabilität« und »Demokratie« beigebracht werden müsse.

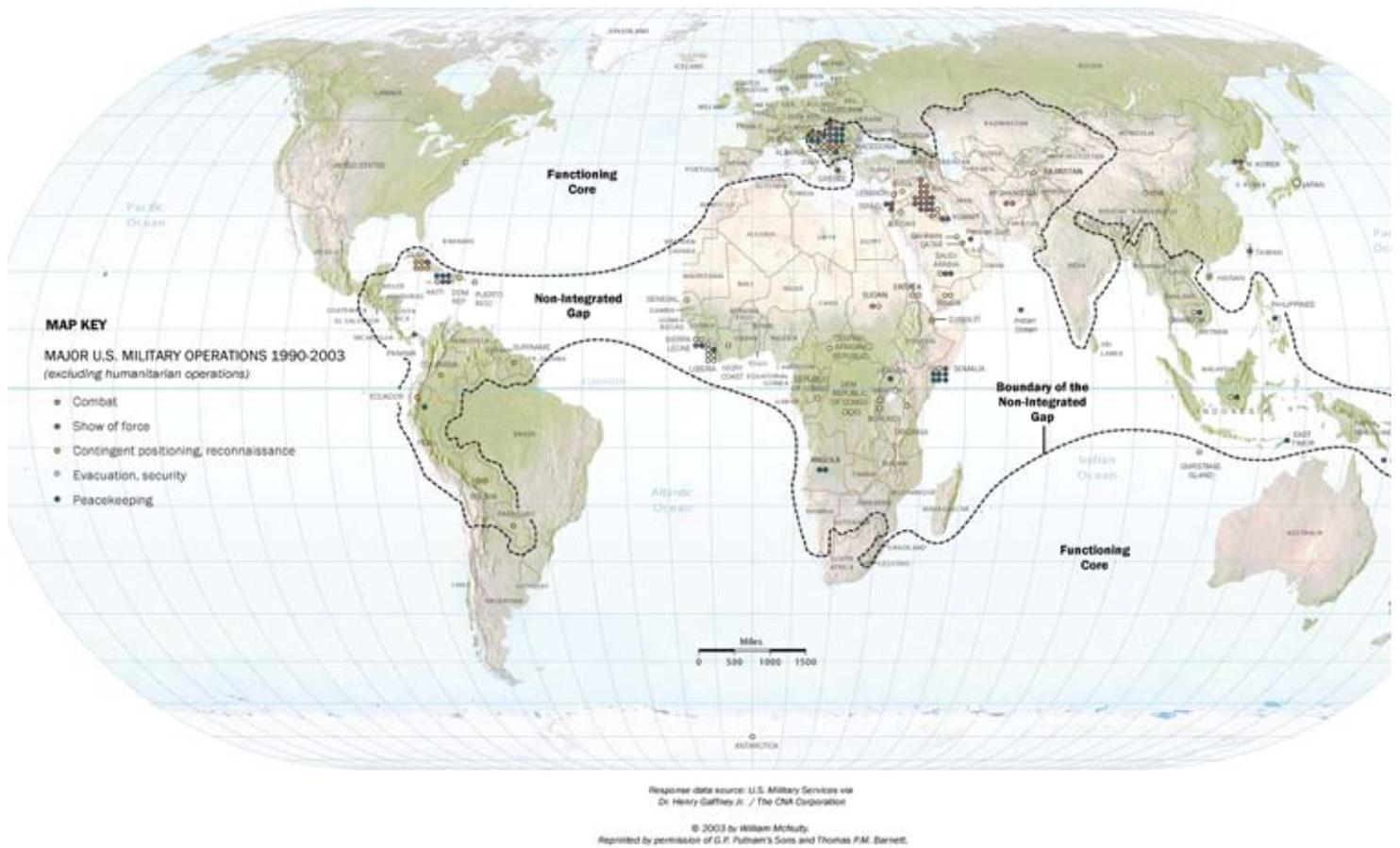
Hin und wieder wird diesbezüglich auch von Seiten der Herrschenden Klartext geredet, in diesem Fall von der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (ÖMZ): »Die zunehmend globalisierte Welt ist anfällig geworden gegenüber unbeabsichtigten Störungen. Dies hat wieder zur Folge, dass Konflikte und Kriege an Orten, die vergleichsweise weit entfernt liegen, ein Spill-over-Potenzial auch auf Wohlstands- und Friedensregionen der Welt besitzen. Da im Rahmen der Globalisierung Grenzen und Schutzwälle abgebaut wurden, liegt es nunmehr an den einzelnen Akteuren der Weltpolitik [...], die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um ein derartiges Überschwappen von Konflikten auf sonst konfliktfreie Zonen zu verhindern. Zu diesen Maßnahmen gehört auf jeden Fall auch die Option, im Bedarfsfall auf Streitkräfte und damit auf gewaltsame Mittel zurückgreifen zu können.«⁷

Entlarvend und richtungsweisend waren diesbezüglich die Ausführungen während der NATO-Sicherheitskonferenz Anfang 2005 in München. Dass auf der Tagung neben dem Ex-IWF-Chef und heutigen Bundespräsidenten Horst Köhler der damals frisch gewählte Vorsitzende des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI), Jürgen R. Thumann, die wichtigsten Impulse setzte, ist bezeichnend. Ganz im Sinne des EU-Verfassungsvertrages werden die Auswirkungen der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung auf perfide Weise verdreht: »Es liegt im Grundinteresse eines jeden funktionierenden Staates, der Privatwirtschaft breite Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Handel ist die beste Hilfe zur Selbsthilfe«, äußerte sich Köhler. »Zwischen Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung besteht ein Zusammenhang. Das ist fast schon eine Binsenweisheit. Ohne Sicherheit kann es keine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung geben. Umgekehrt zeigt die Erfahrung auch, dass anhaltende Armut breiter Bevölkerungsschichten die staatliche Stabilität bedrohen kann.«⁸

Einen Tag vor der Tagung fand die 1. Finanzierungskonferenz Nordafrika Mittelost im Rahmen der Nordafrika

Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI) mit dem bezeichnenden Titel »Mehr Sicherheit durch Investitionen« statt. Dieser Titel wurde laut BDI-Erklärung gewählt, »weil spezifische Sicherheitsrisiken und politische Unsicherheiten Handel und Investitionen in der Region Nordafrika und Mittelost behindern«, weshalb die NMI-Tagung laut Veranstalter auch bewusst an die Sicherheitskonferenz angekoppelt wurde.⁹ Dort, wie auch auf der eigentlichen Münchner Sicherheitskonferenz, ging es primär darum, die Forderung nach einer Absicherung westlicher Profitinteressen und die Herstellung eines investitionsfreundlichen Umfeldes zu einer militärischen Aufgabe zu machen: »Zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit gibt es eine klare Wechselwirkung«, so BDI-Chef Jürgen Thumann. »Investitionen in Entwicklungsländern schaffen Jobs und Einkommen. [...] Dort wo unsere Unternehmen aktiv sind, stärken sie die Wirtschafts- und Finanzstrukturen. Aber die Wirtschaft braucht sichere Rahmenbedingungen. Mangelnde Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit machen Investitionen schwer verantwortbar.« Thumann kommt dann auch folgerichtig zu dem Ergebnis: »Die Grundhypothese ›ohne Entwicklung keine Sicherheit‹ stellt sich häufig genau anders herum dar. ›Ohne Sicherheit keine Entwicklung‹.«¹⁰ Ohne militärischen Stabilitätsexport mitsamt anschließender Etablierung neoliberaler Systeme sei also keine Bekämpfung der Armut möglich, so die These. Auch die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) stellt zwar fest: »Eine Reihe von Ländern und Regionen bewegen sich in einem Teufelskreis von Konflikten, Unsicherheit und Armut.« Die entscheidende Frage ist aber, wie aus diesem Teufelskreis ausgebrochen werden kann: »Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung.« (ESS: S. 2) Aus dem Bestreben, militärisch die Realisierung von Profitinteressen zu garantieren, wird somit schamlos ein entwicklungspolitisches Projekt gemacht, indem der Neoliberalismus als die Lösung, nicht als das Problem der Dritten Welt dargestellt wird. Dies führt zu der »logischen« Schlussfolgerung, dass die militärische Erweiterung und Absicherung, nicht die Abkehr von diesem System, das Gebot der Stunde sei. Tatsächlich geht mit der zunehmenden Interdependenz im Zuge der Globalisierung eine Erweiterung staatlich-privatwirtschaftlicher Interessen einher, die es gegen Bedrohungen jedweder Art zu »verteidigen« gilt: »Die Globalisierung verändert also die traditionellen Ansätze im Bereich der Sicherheit grundlegend. Als Folge davon bedeutet inzwischen die Sicherheit einer Nation nicht mehr nur die Unverletzlichkeit ihres Territoriums, wie es seit Jahrzehnten der Fall war, sondern ebenfalls die Lebensfähigkeit – das reibungslose Funktionieren – ihrer globalen Systeme.«¹¹ Dies erfordert den militärischen Schutz westlicher Profitinteressen, aber auch von entsprechenden vitalen Ressourcen und Handelswegen. Bundespräsident Horst Köhler fasste dies zusammen, indem er forderte, dass »der Sicherheitsbegriff wesentlich umfassender« verstanden werden müsse. Es gehe heute um »einen stärkeren Einstieg in die Gestaltung der Globalisierung.«¹²

The Pentagon's New Map: War and Peace in the Twenty-First Century



Die gesamte Argumentation, man müsse die Menschen der Dritten Welt militärisch aus ihrer angeblich selbstverschuldeten Lage »befreien«, wird derzeit wesentlich aus der Theorie der »Neuen Kriege« abgeleitet, die westlichem Überlegenheitsdenken einen quasi-theoretischen Unterbau verleiht.

3. Liberaler Imperialismus und die Theorie der Neuen Kriege

Die Theorie der »Neuen Kriege«, deren führende Vertreter Mary Kaldor und Herfried Münkler sind, besagt im Kern, dass klassische zwischenstaatliche Kriege (weitgehend) der Vergangenheit angehören. An ihre Stelle sei aber eine rasant steigende Zahl innerstaatlicher Gewaltkonflikte getreten, die primär endemische Ursachen hätten. Regionalspezifische Umstände, seien es ethnische oder religiöse Rivalitäten, Stammesfehden o.ä. seien ihre hauptsächlichlichen Triebfedern, die letztlich zur Erosion jeglicher Ordnung und damit zu »gescheiterten Staaten« (failed states) führen.¹³

Mit diesem Konstrukt stellt sich erst gar nicht mehr die Frage, ob und inwieweit der »Westen« bzw. seine Politik eine erhebliche Verantwortung für diese Konflikte trägt. Im Gegenteil, damit diese Staaten ihre angeblich selbstverschuldeten Konflikte dauerhaft beilegen können, seien sie, so Münkler, »auf den Import von Staatlichkeit angewiesen«.¹⁴ Da die Länder der Dritten Welt selbst nicht in der Lage seien, ihrer Gewaltexistenz zu entkommen, ergibt sich hieraus geradezu eine mora-

lische Pflicht zur militärischen Intervention, um ihnen die Segnungen des offensichtlich überlegenen westlichen Gesellschaftsmodells zuteil werden zu lassen. Mit diesem Konstrukt wird versucht, die westliche Kriegspolitik vollständig ihres interessengeleiteten Charakters zu entkleiden, wenn zum Beispiel der Soziologe Ulrich Beck angibt, es entstehe »eine neuartige, postnationale Politik des militärischen Humanismus – des Einsatzes transnationaler Militärmacht mit dem Ziel, der Beachtung der Menschenrechte über nationale Grenzen hinweg Geltung zu verschaffen.«¹⁵

Damit liefert die Theorie der neuen Kriege den legitimatorischen Hintergrund für den von den USA und der EU gleichermaßen betriebenen liberalen Imperialismus: »Ein ›liberaler Imperialist‹ ist jemand, der glaubt, dass in einem mörderischen, fehlgeschlagenen Staat die Ordnung langfristig nur durch eine Intervention wiederhergestellt werden kann, bei der liberale Werte wie Toleranz, Pluralismus und Demokratie durchgesetzt werden. [Dies erfordert] solche Staaten in der Rolle eines wohlwollenden Diktators zu kontrollieren, bis die örtlichen Gruppen fähig und willens sind, von sich aus im Einklang mit diesen Werten zu handeln.«¹⁶

Zusätzlich zu dieser moralischen Legitimation westlicher Kriegspolitik wird derzeit versucht, die Ausbreitung und Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung auch noch als sicherheitspolitische Notwendigkeit zu verkaufen. Zwar ist tatsächlich genau das Gegenteil der Fall, dennoch steht dieser Gedankengang im Mittel-

punkt der strategischen Überlegungen auf beiden Seiten des Atlantiks, die im Folgenden dargestellt werden sollen.

4. Militärische Absicherung der Globalisierung I: Vereinigte Staaten

Der derzeit mit Abstand wichtigste Vordenker neoliberaler Geopolitik ist Thomas P. Barnett, dessen Konzept nicht von ungefähr in enger Abstimmung mit der Wall Street-Firma Cantor Fitzgerald entwickelt wurde, um »besser zu verstehen, wie die Globalisierung Amerikas Definition nationaler Sicherheit verändert.«¹⁷

Für ihn bedeutet Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung, der so genannten Bedrohungstriade frühzeitig militärisch zu begegnen. Diese bestehe aus dem Zusammenspiel zwischen der wachsenden Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln, dem Scheitern staatlicher Systeme und daraus resultierend der Zunahme des Terrorismus.¹⁸ Entscheidend ist, dass diese Bedrohungen laut Barnett ausschließlich in Ländern der sich »nicht-integrierenden Lücke« auftreten, die »weitgehend abgekoppelt von der globalen Ökonomie« und deren »Spielregeln« seien. »Es ist diese Isolierung, die eine Gefährdung definiert. [...] Somit ist die Ausmerzung dieser Abkoppelung die zentrale sicherheitspolitische Aufgabe unserer Zeit.«¹⁹ Der Pentagon-Strategie lässt dabei keinerlei Zweifel aufkommen, dass die globale Ökonomie neoliberalen Spielregeln folgt, wenn er schreibt, es gehe für die USA darum, die »Rolle als Systemadministrator hinsichtlich der ökonomischen Globalisierung wahrzunehmen. Damit meine ich, dass Amerika die Führung bei der Verkündung des umfassenden ökonomischen Regelsystems übernommen hat, das den Fortschritt der Globalisierung seit den 1990ern anleitet und das auch unter dem Begriff des Washingtoner Konsens bekannt ist. [...] Amerika muss nun einen Gang zulegen und eine ähnliche Rolle als Systemadministrator im Bereich der Sicherheit spielen.«²⁰

Hieraus leitet Barnett die sicherheitspolitische Notwendigkeit ab, Staaten in der sich »nicht-integrierenden Lücke«, die sich nicht in das Schema neoliberaler Globalisierung einpassen (lassen), militärisch einzugliedern: »Wo also soll die nächste Runde von Auswärtsspielen des US-Militärs stattfinden? Das Muster, das sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgeschält hat, legt eine einfache Antwort nahe: in der Lücke. [...] Wenn wir die militärischen Reaktionen der Vereinigten Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges auf einer Karte einzeichnen, dann konzentrieren sie sich ganz überwiegend auf Weltgegenden, die nicht zum wachsenden Globalisierungskern zählen. [...] Ziehen wir eine Linie um die Mehrzahl dieser militärischen Einsatzorte, haben wir im Grunde genommen die nicht-integrierte Lücke kartographiert. [...] In Anbetracht der Daten lässt sich allerdings kaum die grundlegende Logik des Bildes leugnen: Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele der Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich größere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen dorthin ent-

senden werden. Umgekehrt gilt: Funktioniert ein Land halbwegs im Rahmen der Globalisierung, dann sehen wir in der Regel keine Veranlassung, unsere Truppen zu schicken, um für Ordnung zu sorgen oder eine Bedrohung zu beseitigen.«²¹ Dass sich bei genauerer Betrachtung der Großteil der Welt innerhalb von Barnetts »Lücke« wiederfindet – wobei Russland und China von ihm als unsichere Kantonisten bezeichnet werden, die jederzeit wieder in die Lücke zurückfallen können – zeigt buchstäblich die Beschränktheit seines Weltbildes (siehe Grafik). Aufgrund der postulierten sicherheitspolitischen Kausalkette wird die Eingliederung von Staaten in die neoliberale Weltwirtschaftsordnung somit zu einer militärischen Aufgabe, einem sicherheitspolitischen Imperativ. Hiermit geht eine erhebliche Neudefinition sicherheitspolitischer Erfordernisse einher, denn »eine Abkoppelung von den globalen Systemen wird per se als Bedrohung definiert. Die Antwort neoliberaler Geopolitik hierauf ist wiederum, so scheint es, eine Wiedereingliederung zu erzwingen.«²²

Welch eine elementare Rolle dabei das Militär als Schutzmacht der neoliberalen Globalisierung spielt, hat niemand deutlicher formuliert als ihr größter und bekanntester Apologet, der ehemalige Albright-Berater und heutige Chefkolumnist der New York Times, Thomas Friedman. Für ihn beruht die Globalisierung »auf der Macht der USA und ihrer Bereitschaft, sie gegen jene einzusetzen, die das globalisierte System bedrohen – vom Irak bis Nordkorea. Die unsichtbare Hand des Marktes kann ohne eine unsichtbare Faust nicht arbeiten. McDonald's kann nicht gedeihen ohne McDonnell Douglas, die für die US Air Force die F-15 bauen. Die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Technologie des Silicon Valley blüht, besteht aus dem Heer, der Luftwaffe, der Marine und der Marineinfanterie der Vereinigten Staaten.«²³ Offensichtlich ist die militärische Abstrafung von Staaten, die sich auf die eine oder andere Weise nicht dem von den USA vorgegebenen Schema der Globalisierung unterwerfen, integraler Bestandteil neoliberaler Geopolitik. Mit dem Angriffskrieg gegen den Irak wurde hierfür ein Exempel statuiert, wie Barnett ausführt. Er bezeichnet die US-Aggression als »historischen Wendepunkt – den Moment, in dem Washington von der strategischen Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung tatsächlich Besitz ergreift.«²⁴

Der Einfluss, den Barnett mit seinem Konzept auf den US-amerikanischen Sicherheitsdiskurs bis hin zur konkreten Streitkräfteplanung ausübt, ist schwerlich zu überschätzen. So schreibt etwa der demokratische US-Senator Joseph Lieberman: »Die anzustrebende Politik für eine sicherere Zukunft ist deshalb, die Länder außerhalb des globalen ökonomischen Netzwerks zu integrieren, in denen anderenfalls islamische Terroristen – unsere gefährlichsten Feinde – heranwachsen werden. [...] Wenn Staaten einmal mit den globalen Finanz-, Handels- und Technologieströmen verbunden sind, wird Krieg zu verheerend, so dass rationale Staatenlenker ihn vermeiden.«²⁵

Barnett hatte lange seinen wichtigsten Förderer in dem im November 2005 verstorbenen Arthur K. Cebrowski, der ihm auch bereits im März 2002 ein – ungewöhnlich langes – Briefing der damaligen Pentagon-Spitze um Donald Rumsfeld und Paul Wolfowitz verschaffte.²⁶ Cebrowski wurde 2001 von Rumsfeld zum Chef des Office of Force Transformation ernannt, womit er praktisch mit der Umstrukturierung des US-Militärs für die »Aufgaben des 21. Jahrhunderts« betraut wurde. Da Cebrowski selbst angab, er beziehe sich in seiner Arbeit primär auf Barnetts Analysen,²⁷ überrascht es nicht weiter, dass sich ihre Ausführungen wie ein Ei dem anderen gleichen: »Es gibt viele Nationen, die innerhalb der Globalisierung funktionieren. Das sind die Staaten, die die Regeln akzeptieren«, so Cebrowski. »Wer die Globalisierung bekämpft, wer die Regeln zurückweist [...] wird möglicherweise das Interesse des amerikanischen Verteidigungsministeriums auf sich ziehen.« Für ihn muss das US-Militär folgerichtig künftig ebenfalls als »Systemadministrator« der Globalisierung fungieren.²⁸

Die Frage, wie sich angesichts dieser aggressiven Strategie das Verhältnis zu den anderen kapitalistischen Großmächten gestalten soll, beantwortet Barnett kurz und bündig mit einem Verweis auf Thukydides: »Was gibt Amerika das Recht, solche Entscheidungen zu treffen? Die einfachste Antwort ist, dass ›Macht macht Recht‹. [...] Wenn andere Mächte ein größeres Mitspracherecht darüber haben wollen, wie wir unsere Macht ausüben, müssen sie schlicht mehr für die Rüstung ausgeben.«²⁹ Europas Eliten haben sich dies zu Herzen genommen, weshalb diese spezielle Form einer nationalen (Un)Sicherheitsstrategie tragischerweise auch zunehmend den Diskurs auf der anderen Seite des Atlantiks dominiert.

5. Militärische Absicherung der Globalisierung 2: Europäische Union

Wie bereits eingangs erwähnt, kommt die Europäische Sicherheitsstrategie, sowohl, was die Bedrohungsanalyse als auch die hieraus abgeleiteten sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen anbelangt, zu denselben Ergebnissen wie ihr US-amerikanisches Pendant, da sie ebenfalls die Bedrohungstriade ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt: »Bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente – extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, Schwächung staatlicher Systeme und Privatisierung der Gewalt – ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernststen Bedrohung ausgesetzt sein könnte.« (ESS: S. 5) Wenn man sich auch scheut, das Kind direkt beim Namen zu nennen, leitet die ESS hieraus dennoch, wiederum analog zur US-Doktrin, die Notwendigkeit und das Recht zur Führung von Präventivkriegen ab: »Beide Konzeptionen decken sich [...] in der Aussage, dass das Prinzip der Abschreckung unter diesen neuen strategischen Rahmenbedingungen nur noch sehr bedingt funktioniert. Vielmehr müsse über neue aktivere Formen der Sicherheitspolitik nachgedacht

werden.«³⁰ Ähnlich argumentiert Herfried Münkler, der angibt, dass die »Ausbildungslager und Rückzugsgebiete [von Terroristen] vorzugsweise dort liegen, wo im Verlauf eines innergesellschaftlichen Krieges die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind. [Weshalb] es in einer globalisierten Welt keine Regionen mehr gibt, in denen die staatlichen Strukturen zusammenbrechen können, ohne dass dies schwer wiegende Folgen für die weltpolitische wie weltwirtschaftliche Ordnung hätte.«³¹

Entscheidend ist, welches Weltbild sich hinter der Europäischen Sicherheitsstrategie verbirgt. Sie basiert im Wesentlichen auf einem Entwurf von Javier Solanas Büroleiter Robert Cooper,³² der folgende Strategie empfiehlt: »Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Die erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt [...] Diese Institutionen bieten Staaten, die ihren Weg zurück in die globale Ökonomie und in den tugendhaften Kreis von Investitionen und Prosperität finden wollen, Hilfe an. Im Gegenzug stellen sie Forderungen auf, von denen sie hoffen, dass sie die politischen und ökonomischen Versäumnisse beheben, die zu der ursprünglichen Notwendigkeit für Unterstützung beitrugen.«³³ Dieses kalt-schnäuzige Bekenntnis zur neoliberalen Globalisierung mitsamt ihren katastrophalen Konsequenzen wird vom zweiten Bestandteil ergänzt, der sich mit ihrer militärischen Absicherung befasst: »Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.«³⁴

In diesem Punkt befinden sich die Vordenker transatlantischer Sicherheitspolitik auf derselben Wellenlänge, da offensichtlich Coopers »Dschungel« und Barnetts »Lücke« ein und dasselbe sind: »Kurz gesagt, wenn wir die Lücke überqueren, betreten wir ein Universum, das nach anderen Spielregeln funktioniert«, schwadroniert Barnett in enger Anlehnung an Coopers doppelte Standards. »Wir werden notwendigerweise zwischen unserer Rolle für die Sicherheit innerhalb der aufkeimenden Sicherheitsgemeinschaft innerhalb des Kerns und der unterscheiden, die uns erwartet, wann immer wir militärisch in der Lücke intervenieren. Zwei unterschiedliche Regelsätze für diese verschiedenen Sicherheitsrollen anzustreben, ist nicht heuchlerisch, sondern ehrlich.«³⁵ Kein Wunder, dass Coopers Konzept von amerikanischer Seite her explizit begrüßt wird: »Coopers Argument richtet

sich an Europa und ist richtigerweise verbunden mit der Aufforderung an die Europäer, ihre Verteidigungsfähigkeit »sowohl physisch als auch psychisch« nicht mehr zu vernachlässigen. Aber was Cooper wirklich beschreibt, ist nicht Europas Zukunft, sondern Amerikas Gegenwart. [...] Die USA handeln bereits gemäß dem doppelten Standard Coopers und auch genau aus den Gründen, weshalb er ihn vorschlägt. Die US-Führer glauben ebenfalls, dass globale Sicherheit und eine liberale Ordnung – ebenso wie Europas »postmodernes« Paradies – nicht lange überleben können, wenn die Vereinigten Staaten nicht ihre Macht in dieser Hobbes'schen Welt, die außerhalb der Grenzen Europas immer noch gedeiht, benutzen.«³⁶ Selbst der Sprachgebrauch gleicht sich dabei immer weiter an, wenn etwa zwei Stanford-Professoren der Bush-Administration wohlwollend attestieren, sie bewege sich in Richtung »einer neuen Form internationaler Herrschaftsausübung, die als Neo-Treuhandenschaft, oder provokanter, als postmoderner Imperialismus, bezeichnet werden könnte.«³⁷

Coopers Forderung, dass Staaten, die sich nicht an die kapitalistischen Spielregeln halten, unter Umständen auch militärisch gemaßregelt werden, findet sich auch in der ESS (S. 10): »Eine Reihe von Staaten hat sich von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt. Einige haben sich isoliert, andere verstoßen beharrlich gegen die internationalen Normen. Es ist zu wünschen, dass diese Staaten zur internationalen Gemeinschaft zurückfinden, und die EU sollte bereit sein, sie dabei zu unterstützen. Denen, die zu dieser Umkehr nicht bereit sind, sollte klar sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen, auch was ihre Beziehungen zur Europäischen Union anbelangt.« Solche Sätze sind als eindeutige Drohungen an all jene Länder zu verstehen, die Coopers Begeisterung für den »freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie« aus verständlichen Gründen nicht teilen. Wer nicht nach der europäischen Pfeife tanzt, dem wird offen gedroht, wie eine Stellungnahme zur Europäischen Sicherheitsstrategie der damaligen rot-grünen Bundesregierung verdeutlicht: »Die ESS bleibt der Identität und den Werten der EU als »Macht des Rechts« treu. Sie unterstreicht gleichzeitig, dass die EU eine »Zivilmacht mit »Zähnen« ist – willens zu handeln, wenn Regeln gebrochen werden.«³⁸ Unerwähnt bleibt, dass diese Regeln von und für Europa aufgestellt und zurechtinterpretiert werden. Wer diese Regeln bricht, was von europäischer und US-amerikanischer Seite im Übrigen permanent geschieht, der verliert auch jeglichen Anspruch auf physische Unversehrtheit, völkerrechtsgemäße Behandlung usw. – so sehen doppelte Standards aus. Der von Robert Cooper propagierte liberale Imperialismus steht dabei keineswegs im Widerspruch zu den USA, er ist lediglich Ausdruck des europäischen Abschieds aus dem »postmodernen Paradies«: »Robert Cooper hat die herrschende Meinung westlicher Sicherheitspolitiker über den Umgang mit fernen Chaoszonen auf den Punkt gebracht.«³⁹ Diese weitgehende Übereinstimmung erklärt auch die derzeit beobachtbare Renaissance des Imperialismusbegriffs.

Problemursache: Abwesenheit marktliberaler demokratischer Strukturen

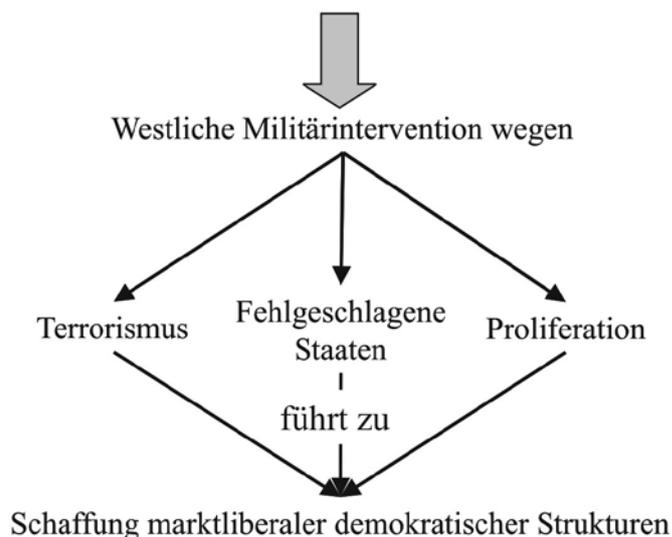


Schaubild 1: Bedrohungsanalyse der europäischen und amerikanischen Sicherheitsstrategien

6. Logische Konsequenz eines verqueren Denkens: Europas Imperium

Parallel zu dem global reklamierten Geltungsanspruch westlicher Ordnungsvorstellungen wird in den USA inzwischen die Errichtung eines amerikanischen Imperiums und, damit verknüpft, die Verfolgung einer imperialen Strategie, von wichtigen Mitgliedern des außenpolitischen Establishments als *conditio sine qua non* amerikanischen Wohlstands, aber vor allem auch amerikanischer Sicherheit, propagiert.

Gleichzeitig wird dieser Neokolonialismus als Segen für die Dritte Welt verkauft, wie etwa von dem einflussreichen Neokonservativen Max Boot: »Afghanistan und andere unruhige Gebiete schreien heute nach der Art aufgeklärter ausländischer Verwaltung, die einstmals von selbstbewussten Engländern in Reiterhosen und Tropenhelmen bereitgestellt wurde.«⁴⁰ Die Antwort, was dies im Klartext bedeutet, bleibt er keineswegs schuldig: »Aufgrund der historischen Belastung des Begriffs »Imperialismus« gibt es für die US-Regierung keine Notwendigkeit, ihn zu übernehmen. Aber er sollte definitiv die Praxis bestimmen.« Für den Irak bedeute dies, »Eigentumsrechte, Rechtssicherheit und andere Garantien durchzusetzen, wenn es sein muss mit Waffengewalt.«⁴¹ Die zuvor beschriebenen gravierenden Überschneidungen der sicherheitspolitischen Analysen wie auch Schlussfolgerungen geben nicht viel Anlass zur Hoffnung, dass Europa auf die Ausübung imperialer Politik verzichten wird. Zumindest nicht, wenn die derzeit dominierende verquere Logik weiter den sicherheitspolitischen Diskurs bestimmt. Denn wer nicht bereit ist, die mit heutigen Konflikten elementar zusammenhängende Weltwirtschaftsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen, dem wird wenig anderes übrig bleiben, als diese mittels imperialer Politik abzusichern.

Dementsprechend wird, wie etwa im European Defence Paper (EDP), immer unverhohlener die weltweite Übernahme westlicher Ordnungsvorstellungen gefordert, indem man nur wenig verschleiert auf die Einhaltung »universell akzeptierter Normen und Werte« pocht. Generell ziele europäische Außenpolitik auf »die Stärkung einer regelbasierten internationalen Ordnung.« Dies wird inzwischen explizit zu einer militärischen Aufgabe erhoben, die folgende »Missionen« beinhaltet: »Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung fundamentaler Normen und Freiheiten; humanitäre Hilfe; Friedenserhaltung; friedensschaffende Maßnahmen.«⁴²

Wenn Linksliberale wie Jürgen Habermas oder Mary Kaldor von der Notwendigkeit einer militärisch zu bewerkstellenden kosmopolitischen Rechtsdurchsetzung reden, machen sie sich lediglich zum Steigbügelhalter westlicher Interessenpolitik. Wie im klassischen Kolonialismus wird hinter moralischen Floskeln letztlich imperiale Politik gefordert und betrieben. »Was wäre schlecht an einem neuen Imperium?«, so die inzwischen häufig gestellte Frage, hier vom Chefkolumnisten der Welt am Sonntag, der die moralisch-sicherheitspolitisch legitimierte Ausweitung der europäischen Einflusszone sogar zu einem »Modernisierungsprojekt« hochstilisiert: »Wenn aber Europa seine imperiale Bestimmung realisiert, so ist eben diese Ausdehnung einerseits schlicht und einfach notwendige Bedingung seiner Sicherheit, andererseits ein zivilisatorischer Auftrag, der Europas müde Eliten neu beleben könnte.«⁴³

Ganz offen wird inzwischen also auch in Europa versucht, dem Imperialismusbegriff eine positive Konnotation beizumischen, wie sich anhand von Herfried Münklers Ausführungen exemplarisch zeigen lässt. »Im Gefolge der ökonomischen Imperialismustheorien haben wir uns daran gewöhnt, Imperien mit Unterdrückung und Ausbeutung zu identifizieren. Genauso lassen sich Imperien aber auch als Friedensgaranten, Aufseher über politische und kulturelle Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen begreifen.«⁴⁴ Letztlich spricht Münkler lediglich offen aus, was implizit im europäischen Verfassungsvertrag, der Sicherheitsstrategie und im European Defence Paper angelegt ist. Denn für ihn bedingen die moralische Überlegenheit und die friedensfördernden Aspekte westlicher Ordnungsvorstellungen, dass den »Systemadministratoren«, ähnlich der Polizei im Inland, ein legitimes Gewaltmonopol in Gestalt ihres Militärs zukommt. Nur so könne die Ordnung aufrechterhalten und der »Sturz ins Chaos« verhindert werden: Krieg wird zu einer Fra-

ge der inneren Sicherheit umdefiniert.⁴⁵ In die gleiche Kerbe schlägt der Politikwissenschaftler Ulrich Menzel: »So wie in einem demokratischen Rechtsstaat hinter jedem Gesetz im Fall der Regelverletzung auch ein Polizist stehen muss, der das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen hat, so bedarf auch eine multilaterale, auf Frieden, Demokratie und Menschenrechte verpflichtete Weltordnung der Macht, die diese Werte zu schützen bzw. durchzusetzen vermag.«⁴⁶

Die logische Konsequenz hieraus ist, Staaten, die nicht wie gewünscht »funktionieren«, unter ein westliches Kuratel zu stellen, wie Menzel bestätigt: »Im Falle der ›Failed States‹ kann die Einrichtung von ›liberalen Protektoraten‹ erforderlich sein, um treuhänderisch das Gewaltmonopol herzustellen.«⁴⁷ Fast genauso klingt Mary Kaldor: »Wo noch keine legitimen örtlichen Behörden existieren, können treuhänderisch Mandate oder Protektorate in Erwägung gezogen werden.«⁴⁸ Tatsächlich ist es erschreckend, wie radikal derzeit alle Kapazitäten auf die Ausweitung des neoliberalen Modells und die hierfür erforderliche langfristige Besetzung angeblich fehlgeschlagener Staaten ausgerichtet werden.

7. Die Streitkräfte der Globalisierung

Da mit wachsenden Konflikten sowohl im Innern als auch mit Staaten der Peripherie gerechnet wird, die es gegebenenfalls zu »befrieden« gilt, verläuft die gegenwärtige Transformation der US-Streitkräfte in zwei Richtungen. Zum einen orientiert sie sich an dem Bedarf, jederzeit schnell und durchsetzungsfähig militärisch auf Krisen in der sich nicht-integrierenden Lücke reagieren zu können. Zu diesem Zweck sollen künftig zahlreiche kleinere Militärbasen (»lily pads«) auf der ganzen Welt eingerichtet werden. Diese Basen verfügen über eine geringe Besetzung, aber ausreichend Kapazitäten für einen schnellen Ausbau im Bedarfsfall, weshalb sich hierfür Häfen und Flughäfen besonders eignen. Weiter wird den neuen Informationstechnologien zur Verbesserung von schneller Verlegefähigkeit und Waffenletalität (Tödlichkeit) hohe Bedeutung beigemessen.

Da die Administratoren nie wissen, wo sich der nächste Virus einschleicht, der bei rascher Verbreitung womöglich zu Systemversagen führen könnte, und angesichts der Tatsache, dass ihr neoliberales Weltwirtschaftsmodell anfälliger ist als jedes Bill-Gates-Produkt, ist die schnellstmögliche militärische Unterdrückung von Krisen und Konflikten das Hauptziel dieser Transformation. Hiermit wandelt sich das bisherige Stationierungskonzept der US-Streitkräfte erheblich: »Die strategische

Werteinteresse	Mission
Internationaler Friede und Sicherheit	Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung internationalen Rechts
Universell akzeptierte Normen und Werte	Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung fundamentaler Normen und Freiheiten; humanitäre Hilfe; Friedenserhaltung; friedensschaffende Maßnahmen

Quelle: Dumoulin u.a. 2004, S. 13

Funktion der Basen ändert sich damit fundamental. Sie besteht nicht mehr darin, das Gastland zu verteidigen, sondern die Standorte dienen als Sprungbrett für Militärinterventionen in Drittländern. [...] Die neuen Kasernen und die darin untergebrachten hochmobilen Kampfeinheiten sind der omnipräsente Ausdruck für die interventionistische Bush-Doktrin.«⁴⁹

Diese eher traditionelle Aufgabe des Militärs wird derzeit, wie von Barnett nachdrücklich gefordert, um einen zweiten Aspekt ergänzt, der sich direkt aus der Erkenntnis ableitet, dass künftig der dauerhaften »Stabilisierung« (Kontrolle) eine ebenso große Bedeutung zukommt, wie dem eigentlichen militärischen Sieg: »Der Leviathan (Flugzeuge, intelligente Bomben) wird Angst und Entsetzen verbreiten, wie er es in Afghanistan und im Irak getan hat. Darauf wird die Systemadministrationstruppe (Militärpolizei, humanitärer Hilfe etc.) folgen, die das tun wird, worin wir im Irak versagt haben.«⁵⁰ Dieser Vorschlag wurde nun vom Pentagon mit der Direktive 3000.05 vom 28. November 2005 offiziell übernommen, die auf eine enge zivil- militärische Verzahnung setzt und die bisherige Aufgabenhierarchie radikal verändert: »Stabilitätsoperationen sind ein Kernbestandteil der amerikanischen militärischen Aufgaben. [...] Ihnen sollte eine vergleichbare Priorität wie Kampfoperationen eingeräumt werden.«⁵¹ Kein Wunder, dass Barnett das Dokument begeistert als die »neue Pentagon-Systemadministrationsrichtlinie« bezeichnet.⁵²

Aber nicht nur im Verteidigungsministerium werden derzeit nahezu sämtliche Kapazitäten der neoliberalen Logik Barnettscher Prägung angepasst. So werden Amerikas Schlapphüte mit der Nationalen Geheimdienststrategie vom Oktober 2005 strikt darauf verpflichtet, zur Förderung der Demokratie – das beliebte Codewort für Neoliberalismus – beizutragen.⁵³ Im Rahmen einer grundlegenden Neuordnung der US-Entwicklungshilfe sollen Gelder künftig nur noch im Dienste dessen vergeben werden, was US-Außenministerin Condoleezza Rice in einer Grundsatzrede Anfang 2006 als »umgestaltende Diplomatie« (Transformational Diplomacy) bezeichnete. Zu deren Unterstützung wurde eigens ein Büro für Wiederaufbau und Stabilisierung eingerichtet, das laut Rice die Aufgabe hat, »einem gescheiterten Staat dabei zu helfen, verantwortungsvolle Souveränität auszuüben.«⁵⁴ Dazu gehört nach Selbstbeschreibung der von Befürwortern bereits treffend als »Kolonialbüro« titulierten Einrichtung, »Gesellschaften beim Übergang von Konflikten und Bürgerkriegen zu helfen, damit sie den nachhaltigen Weg hin zu Frieden, Demokratie und Marktwirtschaft einschlagen.«⁵⁵ Wer aber nicht im Sinne Washingtons verantwortlich handelt, der wird eben solange besetzt, bis er sich eines Besseren besinnt.

Dieselbe Umstrukturierung wie innerhalb der US-Armee lässt sich auch in der EU, respektive ihren Einzelstaaten beobachten. Die ESS benennt Ziele und Bedarf dieses Prozesses: »Damit wir unsere Streitkräfte zu flexibleren, mobilen Einsatzkräften umgestalten und sie in die Lage versetzen können, sich den neuen Bedrohungen zu stellen, müssen die Mittel für die Verteidigung aufgestockt

und effektiver genutzt werden.« (ESS, S. 12) Die Aufstellung der in kürzester Zeit einsetzbaren EU-Battlegroups ist die logische Konsequenz des Bestrebens, militärisch eine Ausbreitung globalisierungsbedingter Armutskonflikte so rasch wie möglich wortwörtlich zu bekämpfen: »Das Battlegroups-Konzept ist die konzeptionelle und strukturelle Umsetzung des ›Out of Area‹-Konzepts der EU. Es dient der Verbesserung der Handlungsfähigkeit der EU in Krisen, die – ohne ein militärisches Engagement – drohen, sich auszuweiten oder außer Kontrolle zu geraten.«⁵⁶

Ebenso analog zu den Abläufen in den USA werden derzeit auch Überlegungen angestellt, wie die europäischen Kontrollkapazitäten drastisch verbessert werden können. Hierfür schlägt Mary Kaldor vor, dass sich die »Streitkräfte dahingehend umorientieren müssen, dass sie zu gemischt militärischen und polizeilichen Einsätzen befähigt werden. Solche Einsätze, bei denen es um die Erzwingung von Normen geht, werden sich nicht ohne den Gebrauch von Gewaltmitteln abspielen.«⁵⁷ In einer für Javier Solana verfassten Studie des Human Security Doctrine, präzisiert Kaldor ihre Vorstellungen, wie diese westlichen Protektoratstruppen genau aussehen sollen. Sie plädiert dort für den Aufbau einer zivilmilitärischen Truppe aus 10.000 Soldaten und 5.000 Zivilisten (Verwaltern), die künftig unter der operativen Führung des Militärs die anvisierten EU-Protektorate organisieren soll. Damit geht eine groteske Verzerrung des Bildes der im Einsatz befindlichen Truppen einher: »Der Soldat wird dabei beispielsweise sowohl Krieger als auch Diplomat und Sozialarbeiter sein müssen. Dies macht Soldaten zu unschätzbaren Helfern im Kampf gegen Armut und Unterdrückung.«⁵⁸

Das genaue Gegenteil ist jedoch der Fall. Denn wer »Sicherheit« und »Staatlichkeit« herbeibomben will, um Länder anschließend so lange unter die Schirmherrschaft westlicher Protektorate zu stellen, bis sie neoliberalen Spielregeln gehorchen, perpetuiert damit lediglich den Teufelskreis aus Armut und Gewalt. Exakt dies ist aber die traurige Praxis, die sich hinter dem beschönigenden Begriff des »Stabilitätsexports« verbirgt.⁵⁹

8. Die NATO und das (neoliberale) Transatlantische Projekt

Das auf beiden Seiten des Atlantiks vorhandene Interesse, den »freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie«, sprich die westlich-kapitalistische Interessengemeinschaft, gegen Bedrohungen abzusichern, soll nach Vorstellung zahlreicher Sicherheitspolitiker die künftige Klammer für das westliche Bündnis und ihr ausführendes Organ, die NATO, darstellen. Schon lange bemüht man sich darum, die Allianz an die »neuen Herausforderungen anzupassen«, wie es so schön heißt: »Mit der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, den die NATO [...] Anfang der 90er Jahre vorgenommen hat, wurde der Nord-Süd-Konflikt, der zweifellos viel mit fehlender globaler Gerechtigkeit und wachsender globaler Ungleichheit der Lebenschancen zu tun hat, als ein ›globales Sicherheitsproblem‹ re-interpretiert.«⁶⁰ Durch die

Annahme der neuen NATO-Strategie auf dem Washingtoner Gipfel 1999 und den fast gleichzeitig begonnenen Angriffskrieg gegen Jugoslawien wurde die Transformation der NATO zu einem weltweit agierenden Kriegsbündnis der westlichen Demokratien weiter forciert.

Da Wohl und Wehe der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung vom Öl des Mittleren Ostens abhängt, spielt diese Region heute eine ähnlich zentrale Rolle wie früher Indien für das British Empire. Logischerweise ist man deshalb sehr darum bemüht, die dortigen Länder vorzugsweise informell über die Integration in das westliche Ordnungsmodell zu kontrollieren. Dabei ist man aber auch durchaus bereit, mit militärischer Gewalt nachzuhelfen. So forderte ein überaus einflussreicher Vorschlag, die NATO solle sich einem neuen »Transatlantischen Projekt« widmen, nämlich der »Transformation des Mittleren Ostens«. Das Projekt solle »auf eine neue Form der Demokratie hinauslaufen, auf ein neues Wirtschaftssystem, das den Menschen in der Region zu Arbeit und Würde verhilft.« Dies sei die einzige Möglichkeit, »die dem Terrorismus zugrunde liegenden Ursachen« zu bekämpfen, und beinhalte »zweifelloso auch eine militärische Komponente«, da die gesamte Region unter »einer Krise der Regierbarkeit leidet, die mit der Unfähigkeit seiner Staaten einhergeht, die Herausforderungen der Moderne und der Globalisierung zu bewältigen.«⁶¹ Auch in Europa gibt es zahlreiche Befürworter einer solchen Politik. Dies spiegelt sich in einem Manifest namhafter transatlantischer Sicherheitspolitiker unter dem Titel »Das nächste transatlantische Projekt: Demokratieförderung von Nordafrika bis Afghanistan« wider. Bemerkenswert an diesem Manifest ist insbesondere der Vorschlag, das NATO-Programm »Partnerschaft für den Frieden«, das seit je her auch die Funktion hat, die Kooperationsländer neoliberal zuzurichten, auf den Großraum des Mittleren Ostens auszudehnen.⁶²

Da sie auf den gleichen Bedarf zielen, werden auch die NATO-Truppen derzeit in bereits beschriebener Manier umstrukturiert. So wurde auf dem Prager Gipfel Ende 2002 die Aufstellung einer NATO Response Force

(NRF) zur weltweiten Durchführung von Präventivkriegen beschlossen. Die NRF wurde bereits am 15. Oktober 2003 für einsatzbereit erklärt. Von da an standen zunächst 9.000 Soldaten (inzwischen ist die Truppe auf auf 25.000 angewachsen) zur Verfügung, die in kürzester Zeit zum Einsatz gebracht werden können.⁶³ Die Ziele dieser Truppe liegen auf der Hand: »Die NRF ist der sichtbare Ausdruck der neuen Doktrin des Interventionismus der reichen westlichen Staaten gegen den Rest der Welt. Sie ist mit den Worten des NATO-Oberbefehlshabers James Jones, »die ultimative und permanente Koalition der Willigen.«⁶⁴ Konsequenterweise fordert dann auch der im Februar 2006 erschienene Quadrennial Defense Review Report (QDR) des Pentagon den »Aufbau von NATO-Stabilisierungs- und Wiederaufbaukapazitäten.«⁶⁵ Ungeachtet aller – sicherlich gravierender – innerimperialistischer Spannungen, dominiert also (derzeit noch) das gemeinsame Interesse an einer Ausbeutung des Südens. Es bestimmt sowohl Strategie- als auch konkrete Militärplanung auf beiden Seiten des Atlantiks.

9. Zwei Seiten einer Medaille: Globalisierung und Krieg

Mit der zuvor beschriebenen moralisch-sicherheitspolitischen Begründung westlicher Kriegspolitik werden Ursache und Wirkung auf perfide Art und Weise verdreht. Mit anderen Worten, die amerikanischen und europäischen Sicherheitsstrategen machen den Bock zum Gärtner, indem sie die Ausweitung und Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung zur Grundvoraussetzung für die Bekämpfung sowohl der Bedrohungsstrade als auch der Armut in der Dritten Welt erheben.

Mit dieser Fokussierung auf militärische »Lösungsansätze« wird gleichzeitig systematisch die Sicht auf die eigentliche Ursache so genannter Globalisierungskonflikte verstellt, die sozioökonomische Desintegration als Folge neoliberaler Politik. In diesem Kontext muss dem unmittelbaren Zusammenhang von Armut (Neoliberalismus) und Krieg (fehlgeschlagene Staaten) das Hauptaugenmerk gelten. Selbst neue Studien der Weltbank kommen zu dem Schluss, dass das Ausmaß von Armut den bei weitem einflussreichsten Risikofaktor für die Eskalation von Konflikten in der Dritten Welt darstellt.⁶⁶ Dennoch zeigen weder die USA noch Europa auch nur die leiseste Bereitschaft, die neoliberalen Spielregeln der Globalisierung – inklusive der Ausbeutung der Dritten Welt durch die Industriestaaten – zu ändern und verweigern damit bewusst einem Großteil der Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Leben. Deshalb verwundert es auch nicht weiter, dass zunehmend militärische Mittel zur Aufrechterhaltung und »Befriedung« (Kontrolle) benötigt werden, um die Folgen dieser Entscheidung in Form eskalierender Konflikte zu bekämpfen: »Die Mächte der kapitalistischen Ordnung versuchen die Unordnung, die in der Reprodukti-



NATO-Garten in Sofia, Foto von Tim Waters

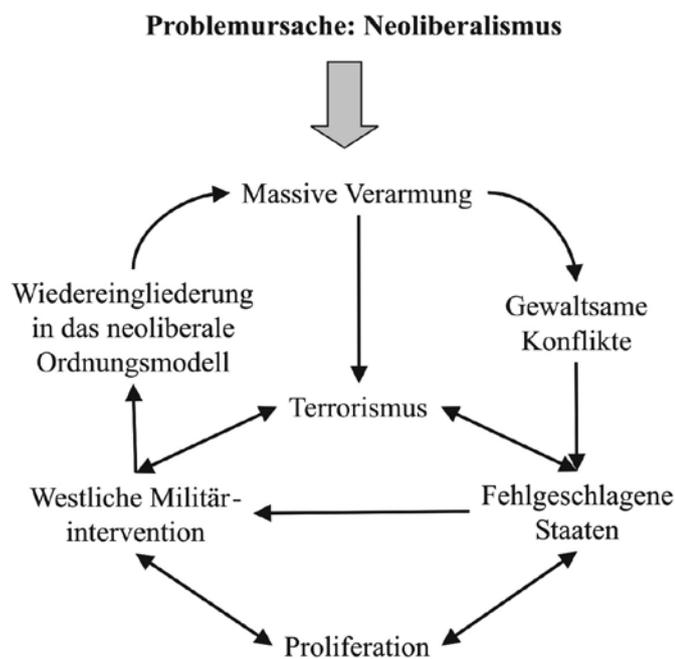


Schaubild II: Alternative Bedrohungsanalyse unter Berücksichtigung der Auswirkungen von Neoliberalismus und Armut

onsstruktur des globalen Systems vor allem durch die Ökonomie erzeugt und durch den Markt externalisiert wird, unter Einsatz politischer und militärischer Macht zu beseitigen.⁶⁷

De facto wird hiermit genau das Gegenteil dessen erreicht, was angeblich das Ziel sein soll. Denn die daraus resultierenden Armutskonflikte haben maßgeblichen Anteil am Scheitern von Staaten, was gleichzeitig Rückzugs- und Rekrutierungsgebiete für Terroristen schafft. Schließlich ist es »unbestreitbar, dass die Prediger von Hass und Fanatismus in Gesellschaften mit wachsender Verelendung, Ausgrenzung und Hoffnungslosigkeit einen fruchtbaren Nährboden finden – eine Einschätzung, die sogar der Bundesnachrichtendienst teilt.«⁶⁸ In diesem Zusammenhang ist die Überlegung, dass sich die von der neoliberalen Globalisierung objektiv Benachteiligten irgendwann einmal wehren werden, ebenso nahe liegend wie deren Ziel: die Systemadministratoren in Washington und Brüssel.

Noch weiter verschärft wird diese westliche Rekrutierungshilfe für terroristische Organisationen durch das offensichtliche Bestreben, militärisch ressourcenreiche Schlüsselregionen zu kontrollieren. Dies verstärkt nicht nur die Wahrnehmung vom ausbeuterischen, ausschließlich egoistischen Interessen folgenden Westen, sondern erhöht auch die Proliferationsproblematik. Denn es liegt auf der Hand, dass die permanenten westlichen Interventionsdrohungen viele Staaten dazu veranlassen, darüber nachzudenken, ob nicht Massenvernichtungsmittel die einzige Möglichkeit sind, solchen Angriffen vorzubeugen.

Deshalb ist es dringend notwendig, die dominierende sicherheitspolitische Analyse vom Kopf auf die Füße zu stellen (siehe Schaubild 2). Eine effektive Lösung globalisierungsbedingter Konflikte kann nur erreicht werden, wenn nicht militärisch Symptome bekämpft, sondern

an den Ursachen angesetzt wird: »Worauf es letztlich ankommt, erklärte der kanadische Ökonom Robert Wade sechs Monate vor dem 11. September 2001 im »Economist«: »Die Welt teilt sich zusehends in eine Zone des Friedens und eine Zone des Aufruhrs. So entsteht eine Menge von arbeitslosen und zornigen jungen Leuten, denen die neuen Informationstechnologien die Mittel verleihen, nicht nur die Stabilität der Gesellschaften zu bedrohen, in denen sie leben. Irgendwann werden sie auch die Stabilität der Staaten aus der Wohlstandszone erschüttern.« Früher oder später, so forderte Wade, müsse darum »die Verteilungsfrage auf die Weltagenda gesetzt« werden. Dieser Zeitpunkt ist nun gekommen.«⁶⁹ Selbst Ex-EU-Außenkommissar Chris van Patten räumt ein, »dass es eine Beziehung gibt zwischen globaler Ungerechtigkeit, dem Zusammenbruch von Ländern sowie Gewalt und Instabilität und Terror.«⁷⁰ Die Schlussfolgerung hieraus muss deshalb lauten, dass das Schließen der »Lücke« nicht durch militärische Interventionen, sondern nur durch die Abkehr vom neoliberalen Projekt und kapitalistischer Interessenpolitik erreicht werden kann. In diesem Sinne ist beispielsweise ein bedingungsloser Schuldenerlass ein sinnvoller erster Schritt und der wahre sicherheits- wie auch entwicklungspolitische Imperativ.

Anmerkungen

¹ Roberts, Susan/Secor, Anna/Sparke, Matthew: Neoliberal Geopolitics, in: Antipode, Vol. 35, No. 5 (2003), S. 886-897, S. 887.

² Vgl. Brand, Ulrich: Globalisierung als Projekt und Prozess, in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin (Februar 2004), S. 3-7.

³ Vgl. für aktuelle Zahlen Garnreiter, Franz: Die Enteignung des Südens, isw-Report 65 (April 2006); Siehe beispielsweise auch Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002; und Chang, Ha-Joon: Kicking Away the Ladder: The »Real« History of Free Trade, FPIF, Special Report, Dezember 2003.

⁴ In der aktuellen Version der Sicherheitsstrategie vom März 2006 finden sich ähnliche Sätze, beispielsweise auf Seite 27.

⁵ Duchrow, Ulrich: Der Gott der EU-Verfassung, in: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Heft 5/6/2004.

⁶ Serfati, Claude: Militarismus: der bewaffnete Arm der Globalisierung, in: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster 2004, 21-59, S. 39.

⁷ Pöcher, Harald: Globalisierung: Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, in: ÖMZ 2/2006, S. 181-186, S. 184f.

⁸ Köhler, Horst: Wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 11.2.2005.

⁹ Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft, Pressemitteilung, Berlin, 10.2.05, URL: http://www.bdi-online.de/Dokumente/Internationale-Maerkte/NMI-PM_13-05.pdf (eingesehen 3.10.05).

¹⁰ Thumann, Jürgen R.: Interrelation of Economic Development and Security, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 12.2.2005. Hervorhebung J.W.

¹¹ Serfati 2004, S. 24.

¹² Köhler 2005.

¹³ »Die neuen Kriege werden von einer schwer durchschaubaren Gemengelage aus persönlichem Machtstreben, ideologischen Überzeugungen, ethnisch kulturellen Gegensätzen sowie Habgier und Korruption am Schwelen gehalten.« Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek 2002, S. 16. Vgl. auch Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege: organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main 2000.

¹⁴ Münkler 2002, S. 135.

¹⁵ Beck, Ulrich: Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deut-

sche und internationale Politik 8/99, S. 984-990, S. 987.

¹⁶ McNamara, Robert S./Blight, James G.: *Wilson's Ghost: Reducing the Risk of Conflict, Killing, and Catastrophe in the 21st Century*, New York 2001, S. 153.

¹⁷ Barnett, Thomas: *The Pentagon's New Map*, New York 2004, S. 146.

¹⁸ Auch George W. Bush schreibt im Vorwort zur Nationalen Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2002, S. 4: »Dennoch können Armut, schwache Institutionen und Korruption schwache Staaten anfällig für Terrornetzwerke und Drogenkartelle machen.«

¹⁹ Barnett 2004, S. 8.

²⁰ Ebd., S. 168.

²¹ Barnett, Thomas: *Die neue Weltkarte des Pentagon*, Frankfurter Rundschau, 25.6.2003.

²² Roberts, Susan/Secor, Anna/Sparke, Matthew: *Neoliberal Geopolitics*, in: *Antipode*, Vol. 35, No. 5 (2003), S. 886-897 S. 893.

²³ Friedman, Thomas L.: *Globalisierung verstehen*, München 2000, S. 570f.

²⁴ Barnett 2003.

²⁵ Lieberman, Joseph I.: *Interrelation of Economic Development and Security*, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 12.2.2005.

²⁶ Vgl. Barnett 2004, S. 154.

²⁷ Laut Cebrowski basiert die Umstrukturierung des US-Militärs »primär auf der Arbeit meines Assistenten für strategische Zukunft, Dr. Tom Barnett.« Vgl. Cebrowski, Arthur, *Speech to the Heritage Foundation*, 13.5.2003, <http://www.defensedaily.com/reports/cebrowski.pdf> (eingesehen 7.3.05), S. 1.

²⁸ Ebd., S. 4.

²⁹ Barnett 2004, S. 176.

³⁰ Fitschen, Patrick: *Europas strategische Antwort auf die Nationale Sicherheitsstrategie der USA*, Konrad-Adenauer-Stiftung, 22.7.03, S. 3

³¹ Münkler 2003, S. 227.

³² Cameron, Fraser: *Europas neue Sicherheitsstrategie*, in: *Internationale Politik*, 1/2004, S. 39-50, S. 42.

³³ Cooper, Robert: *The Post-Modern State*, in: Leonard, Mark (ed.): *Re-Ordering the World*, London 2002, S. 11-20, S. 18.

³⁴ Ebd., S. 16.

³⁵ Zit. nach Roberts 2003, S. 893f.

³⁶ Kagan, Robert: *Power and Weakness*, in: *Policy Review*, June-July 2002.

³⁷ Fearon, James D./Laitin, David D.: *Neotrusteeship and the Problem of Weak States*, in: *International Security*, Vol. 28, No. 4 (Spring 2004), S. 5-43, S. 7.

³⁸ *Deutscher Bundestag*, Drucksache 15/3181, 15. Wahlperiode, 19.4.2004, S. 3.

³⁹ Mertes, Michael: *Transatlantische Anti-Terror-Politik*, in: *Die politische Meinung*, 2/2003, S. 5-9, S. 6.

⁴⁰ Boot, Max: *The Case for American Empire*, *The Weekly Standard*, 15.10.2001.

⁴¹ Boot zit. nach Daalder, Ivo H./Lindsay, James M.: *American Empire*, Not »If« but »What Kind«, *New York Times*, 10.5.2003.

⁴² Dumoulin, André, u. a.: *European Defence – A Proposal for a White Paper*, Report of an independent Task Force, Paris, May 2004, S. 13.

⁴³ Posener, Alan: *Empire Europa*, in: *IP* (Januar 2006), S. 60-67, S. 60, 67.

⁴⁴ Münkler, Herfried: *Das imperiale Europa*, in: *Die Welt*, 29.10.2004.

⁴⁵ Vgl. Münkler, Herfried: *Angriff als beste Verteidigung? Sicherheitsdoktrinen in der asymmetrischen Konstellation*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 3/2004, S. 22-37, insbes. S. 23.

⁴⁶ Menzel, Ulrich: *Comeback der drei Welten*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/2003, S. 1453-1462.

⁴⁷ Menzel, Ulrich: *Wenn die Staaten verschwinden*, *taz*, 30.8.2003.

⁴⁸ Kaldor 2000, S. 211.

⁴⁹ Piper, Gerhard: *US-Kasernen auf Wanderschaft*, in: *ami*, 7-8/2003, S. 47-56, S. 55f.

⁵⁰ Zit. nach Barone, Michael: *Thomas Barnett's Blueprint for Action*, *USNEWS*, 15.11.2005.

⁵¹ Department of Defense: *Military Support for Stability, Security, Transition, and Reconstruction (SSTR) Operations*, *DIRECTIVE NUMBER 3000.05*, November 28, 2005, S. 2.

⁵² Barnett, Thomas: *The new DOD SysAdmin directive*, URL: http://www.thomas_pmbarnett.com/weblog/archives2/002754.html (eingesehen 10.4.06).

⁵³ Vgl. *The National Intelligence Strategy of the United States of America*, October 2005.

⁵⁴ Rice, Condoleezza: *Transformational Diplomacy*, Washington, DC, January 18, 2006. Vgl. auch Weinstein, Michael: *Condoleezza Rice Completes Washington's Geostrategic Shift*, *PINR-Report*, February 2006.

⁵⁵ Department of State: *About S/CRS*, URL: <http://www.state.gov/s/crs/c12936.htm> (eingesehen 10.4.2006); Ignatius, David: *The colossus ponders a Colonial Office*, *Daily Star*, May 19, 2005.

⁵⁶ Kempin, Ronja: *Frankreich und die EU-Battlegroups*, *Stiftung Wissenschaft und Politik*, Diskussionspapier, Stand 17.5.2004.

⁵⁷ Kaldor 2000, S. 198.

⁵⁸ Pöcher 2006, S. 185.

⁵⁹ Vgl. bspws. Haydt, Claudia: *Effektiver Kolonialismus*, in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2006), S. 15-17.

⁶⁰ Mahnkopf, Birgit: *Neoliberale Globalisierung und Krieg*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2004, S. 47-57, S. 50.

⁶¹ Asmus, Ronald D./Pollack, Kenneth M.: *The New Transatlantic Project*, in: *Policy Review*, October-November 2002.

⁶² Vgl. *Das nächste transatlantische Projekt. Demokratieförderung von Nordafrika bis Afghanistan*, in: *Internationale Politik*, 4/2004, S. 84-88.

⁶³ *NATO inaugurates rapid-reaction military unit*, *International Herald Tribune*, 16.10.2003.

⁶⁴ Haydt, Claudia: *NATO Response Force – Die ultimative Koalition der Willigen*, in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 21.

⁶⁵ *QDR 2006*, February 6, 2006, S. 83; Vgl. auch Binnendijk, Hans/Kugler, Richard: *Needed – A NATO Stabilization and Reconstruction Force*, *Defense Horizons* No. 45 (September 2004); und Dobbins, James: *Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen*, in: *NATO Review* (Sommer 2005).

⁶⁶ *World Bank: Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy*, Oxford 2003. Vgl. hierzu ausführlich Haydt, Claudia/Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen: *Globalisierung und Krieg*, Hamburg 2003, S. 7-25.

⁶⁷ Mahnkopf 2004, S. 52.

⁶⁸ Schumann, Harald: *Die wahren Globalisierungsgegner*, in: *ApuZ*, B13-14/2003, S. 24-30, S. 24.

⁶⁹ Ebd., S. 30.

⁷⁰ Prestowitz, Clyde: *Schurkenstaat: Wohin steuert Amerika?*, Düsseldorf 2004, S. 291.

Gipfel der Repressionen

Andrea Anton

Die Geschichte der Gipfel-Treffen ist auch eine Geschichte der Repression. Spätestens seit der WTO-Tagung in Seattle, wo sich Tausende zum Protest einfanden, sind gewalttätige und überzogene Handlungen von Polizei und Militär bekannt. Nicht nur bei G8-Gipfeln, auch bei ähnlichen Großtreffen wie den EU-Gipfeln, WTO-Tagungen, NATO-Treffen usw. reagiert der Staat mit Schlagstöcken, Wasserwerfern, Gummigeschossen, Hunden, Tränengas und anderen Waffen. Der Staat zeigt seine Zähne. Daher muss sich jede Mobilisierung auch mit den möglichen Repressionen auseinandersetzen, die nicht nur im Nachhinein wie Verurteilungen durch Gerichte erfolgen, sondern auch schon vorab, beispielsweise durch Gefährdeanschriften und während der „heißen“ Tage selbst.

Interessanterweise kann mit dem Ansteigen des Protestes und der Kritik beobachtet werden, wie sich die G8-Gipfeltreffen in räumlich weit entlegene Gebiete entfernen. Gleichzeitig wollen die Staaten Stärke zeigen und beschwören den Kampf gegen den Terror bei der Repression von „bösen“ GlobalisierungskritikerInnen. Dabei wird die Dreifaltigkeit von Polizei, Geheimdienst und

Militär zum Einsatz gebracht. Unweigerlich werden die meisten Gipfeltreffen auch zum Gipfel der Repression, mit der die Bewegung umgehen muss und auch kann.

Aus der Innenstadt in entlegene Winkel

Wo noch bis 2001 die G8-Gipfel in großen, prestigeträchtigen, populären Städten stattfanden, hat sich nach Genua die Gruppe der Staatsmänner in entlegene Gebiete zurückgezogen. Im Juli 2001 kam es in Genua zu massiven gewalttätigen Übergriffen durch Polizei und Soldaten. Groß durch die Medien ging der Tod des Aktivisten Carlo Giuliani. Das Polizeikonzept umfasste erstmals eine rote Zone, in der Proteste nicht nur unerwünscht, sondern mit absoluter Härte zu verhindern waren. Doch nicht nur der Zaun wurde zum Objekt der Auseinandersetzung: auch in den Übernachtungs-orten, dem Indymediazentrum oder wahllos auf der Straße machten die staatlichen Repressionsorgane Jagd auf KritikerInnen des Gipfels. Selbst an den Grenzen sortierten Italiens Beamte viele Menschen bei der Einreise aus. Schengen war durch den politischen Willen



Foto: flickr, antiteilchen

der italienischen Regierung außer Kraft gesetzt und das sollte nicht das letzte Mal bleiben. Seither werden die Orte vom Gastgeberland nach Kriterien wie schlechte Erreichbarkeit für Privatpersonen, Abschirmmöglichkeiten und Handlungsspielräume der Sicherheitskräfte ausgewählt.

Ein Paradigmenwechsel hat sich vollzogen, wo vormalig die Staats- und Regierungschefs der stärksten Industrienationen sich zeigen wollten und öffentlich Sympathien einforderten, ziehen sie sich heute zurück in eine NO-GO-Area für Nicht-Auserwählte und zeigen sich der Öffentlichkeit nur durch nett aussehende Pressefotos.

Terror ist auch die globalisierungskritische Bewegung

Mehr und mehr sehen sich die G8-Staaten als Wächter über Gut und Böse. Was als so genanntes Weltwirtschaftstreffen anfang, hat sich zu einem Forum der „Good Governance“ entwickelt. Die Bedeutung des Terrorismus/der organisierten Kriminalität drückt sich in dem jährlich wiederkehrenden Agendapunkt aus und in den zahlreichen aktiven Expertengruppen. Die Terrorgefahr wird als Teil der staatlichen Legitimität gebraucht und in KritikerInnen des Treffens auch gefunden.

Argumentativ wird so ein im offiziellen Jargon genannter „erhöhter Sicherheitsbedarf“ mit der Terrorgefahr oder Gefahr der organisierten Kriminalität in Zusammenhang gebracht. Am 6. Dezember 2001 beschlossen die EU-Justizminister eine Rahmenerklärung, dass Inhaftierungen zulässig sein sollen, wenn Handlungen „vermuten lassen, dass sie auf die Zerstörung der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Strukturen eines Landes abzielen.“ Terrorismus beinhalte auch Aktivitäten, die in der Absicht erfolgen, „öffentliche Körperschaften oder eine internationale Organisation unangemessenem Zwang auszusetzen, damit sie bestimmte Handlungen unternehmen oder unterlassen.“¹ Auf die kommenden Proteste übertragen, reicht schon eine Straßenblockade aus, um mit dem Vorwurf der terroristischen Handlung verfolgt zu werden.

Aber auch, dass die Bush-Administration globalisierungskritische Proteste in Florida gegen die geplante gesamtamerikanische Freihandelszone Ende 2003 mit einem massiven Polizeiaufgebot als aktiven Terror verhindern wollte, ist eine Facette des staatlichen Handelns. Die Kosten für den damaligen Polizeieinsatz in Höhe von \$8.5 Mio. wurden aus dem Topf für den „Kampf gegen den Terror“ bezahlt.

Schon im Vorlauf für das Jahr 2007 trennen die deutschen Sicherheitsbehörden in Gute und Böse. Zwei Zäune von 12-13km Länge und 2,5m Höhe um den Austragungsort Heiligendamm sollen die Sicherheit vor terroristischen Anschlägen gewährleisten. Weiterhin verabschiedete kürzlich das mecklenburgische Parlament ein verändertes Polizeigesetz. Wortwörtlich heißt es: „Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die Polizei in erster Linie diejenigen neuen Befugnisse erhalten, auf die sie aufgrund aktueller Entwicklungen im Bereich der

organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus, aber auch im Hinblick auf die fortschreitende Entwicklung Europas zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit nicht länger verzichten kann.“ Konkret geht es um die „Schaffung zusätzlicher bzw. die Modifizierung bestehender präventiver Eingriffsbefugnisse für die Polizei“.² Ganz klar ist damit die Sicherung des G8-Gipfels gemeint.

Einsatz von Polizei, Geheimdiensten und Militär

Personell getragen werden soll die Durchsetzung der Repression nicht nur von Polizeikräften. Unterstützend werden die Geheimdienste und das Militär hinzugezogen. Zwar ist es in Deutschland noch nicht erlaubt, die drei Behörden offiziell zusammenarbeiten zu lassen, aber auf der Homepage der Polizei Mecklenburg-Vorpommern wird folgendes dazu gesagt: „Diese drei Organisationen sind grundsätzlich in verschiedenen sachlichen und örtlichen Zuständigkeitsbereichen tätig, werden aber auf Grund einer Vielzahl von Nahtstellen eng miteinander zusammen arbeiten.“ Dass dies keine neue Strategie ist, zeigt der Blick auf die vergangenen Gipfel wie beispielsweise in Genua oder St. Petersburg. So wurden 2001 20.000 Polizeikräfte und Carabinieri (eine eigenständige Einheit der italienischen Armee, die dem Innen- und dem Verteidigungsministerium untersteht) aufgestellt. Ein Carabinieri erschoss am 20. Juli Carlo Giuliani. In Russland trat schon Wochen vor Beginn des Gipfels der russische Geheimdienst, FSB, mit Hausbesuchen in Erscheinung. Politisch aktive Menschen sollten verunsichert werden und dem Druck ausgesetzt werden, bei Teilnahme an den Protesten ihre Lebensgrundlage zu verlieren. Gerade im postsozialistischen Staat Russland zeigt diese Taktik eine große Wirkung. Die als Schlägertrupp bekannte Spezialeinheit OMON hatte die Verhinderung der Proteste vor Ort vorgenommen. Schon das Entrollen eines Transparentes reichte 2006 für brutale Verhaftungen aus. Diese Einheiten rekrutieren sich ausschließlich aus männlichen Armeeingehörigen. Die Messlatte ist der mindestens zweijährige Dienst im russischen Militär. Nicht selten kommen die OMON-Angehörigen direkt aus Tschetschenien, die Einheiten sind mit militärischem Gerät ausgestattet.

Im eigentlichen Sinne ist es nicht verwunderlich, dass die Geheimdienste besonders in Vorbereitung des Gipfels aktiv werden. Treffen und Veranstaltungen werden überwacht, um Informationen über geplante Aktivitäten und Personen an exekutive Kräfte weiterzugeben. Wie oben schon erwähnt werden im Zuge dessen Befugnisse per Gesetz erweitert. Das veränderte Polizeigesetz von Mecklenburg-Vorpommern erlaubt ausdrücklich unter anderem die flächendeckende Videoüberwachung, die automatische KFZ-Kennzeichenlesung und die präventive Telefonüberwachung. Besonders die Abteilung für linkspolitische Aktivitäten des Verfassungsschutzes ist

² Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS, Drucksache 4/2116 des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

¹ Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2006, S. 1093).

schon seit 2005 auf den Plan gerufen und räumt die „zunehmende Bedeutung des G8-Gipfels in Heiligendamm für das linksextremistische Lager“ ein. Großflächig wird in Deutschland wie auch in anderen europäischen Staaten die politische Linke beobachtet, bewacht und ausspioniert. Dies wiederholt sich insbesondere im Vorfeld des G8-Gipfels jährlich und lässt die Datei „Straftäter Links“ wachsen. So kann gesagt werden, dass der Geheimdienst zusammen mit der Polizei den globalisierungskritischen Protest kriminalisieren will.

Gipfel der Repression

Im Juni 2003 gingen schweizerische Polizeikräfte sogar noch weiter. Während einer gewaltfreien Brückenblockade, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Autobahn Genf-Lausanne für Delegierte des G8-Gipfels zu versperren, schritten sie ein. Zwei AktivistInnen, Martin Shaw und Gesine Wenzel, seilten sich, durch ein Kletterseil miteinander verbunden, von beiden Seiten der Aubonne-Brücke ab. Sie agierten als Gegengewicht zueinander, das quer über die Strasse gespannte Seil verhinderte die Durchfahrt. Um den Autoverkehr weiterfahren zu lassen, schnitt ein Polizist das Seil durch. Martin Shaw stürzte in ein Flussbett und zog sich schwere Knochenbrüche zu, Gesine Wenzel konnte von GenossInnen am Seil festgehalten werden, aber erlitt wie auch Martin post-traumatische Störungen. Die anwesenden UnterstützerInnen wurden auf Befehl des Einsatzleiters hin festgenommen. Die polizeilichen Handlungen nahmen bewusst den Tod von zwei AktivistInnen in Kauf. Daraufhin gründete sich die Aubonne Support Gruppe, benannt nach dem Namen der Brücke. Sie soll hier beispielhaft für einen progressiven Umgang mit Repression stehen.

Verschiedene Zielsetzungen, die sich zum einen an die Bewegung richten und zum anderen an die übrige Bevölkerung sind von der Soligruppe formuliert und auf verschiedenen Ebenen versucht worden, umzusetzen. Besonders wichtig für die Perspektive des politischen Widerstandes ist die Arbeit für die Vernetzung gegen Repression. Dabei wird von der Soligruppe darauf geachtet, spektrenübergreifend zu kommunizieren. Daran schließt sich die Herstellung von Öffentlichkeit an. Je breiter und größer die Anti-Repressionsvernetzung ist, desto wirkungsmächtiger kann das Recht auf Protest verteidigt und vermittelt werden. Die Durchsetzung des Respekts von Grundrechten während politischer Proteste ist ein weiteres Anliegen der Soligruppe. Ganz klar sollte im Zusammenhang mit dem geführten und verlorenen Strafprozess gegen die Polizisten öffentlich gegen die Strafflosigkeit protestiert werden und für Gerechtigkeit, Entschädigung und Suspendierung der Verantwortlichen gekämpft werden. In Flyern, Broschüren, Internet, auf Veranstaltungen und Antirepressions-Tagen soll nicht nur informiert werden, die Öffentlichkeitsarbeit soll Menschen auch zur solidarischen Mitarbeit animieren.

Widerstand wird immer Repression bedeuten. Darum ist es wichtig, sich auch um den Umgang und möglichen Folgen Gedanken zu machen, am besten mit den Personen aus dem jeweiligen politischen Umfeld. Daneben sind für den Gipfel 2007 verschiedene Gruppen schon jetzt aktiv, um über mögliche Repressionen zu informieren und Gegenstrategien zu entwickeln. In diesem Sinne: Nicht Müsli und Quark - Solidarität macht stark!

www.rote-hilfe.de/ – <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/sanis/index.htm> – www.gipfelsoli.org – www.aubonnebridge.net



Genua 2001, Foto Wikipedia, Aris Ferrari

G8 und Migration

Der aktive Abbau der Menschenrechte und die militärische Kontrolle der Armut

Christoph Marischka

Die G8-Treffen verstehen sich selbst als Forum für Global Governance, als eine Art Weltregierung. Diese sei notwendig, da viele gegenwärtige „Gefahren und Herausforderungen“ von ihrer Art her nicht (mehr) regional oder national, sondern global wären und ebensolche Antworten benötigten. Als Beispiele werden hierfür immer wieder Umweltverschmutzung, Terrorismus aber auch internationale Migration genannt.

Bei Letzterer handelt es sich ganz klar um ein globales Phänomen und der Umgang mit ihr offenbart den Charakter von Global Governance. So sind Migrationen, wenn sie auch seit Menschengedenken stattfinden, nicht voraussetzungslos sondern in ihren gegenwärtigen Ausprägungen Ausdruck und Korrektiv globaler Ungleichheiten, die u.a. von den G8 durchgesetzt und aufrecht erhalten werden.

Insofern sind sie auch eine Gegenbewegung, einige sprechen von Migration als Aneignung, „als ‚Antwort‘ auf Enteignung und Ausbeutung“, einer „Sozialbewegung des globalen Südens, die mit aller Berechtigung nach besseren Einkommen und Perspektiven in den Metropolen des Nordens sucht, die ja großteils für die Verwüstungen und Verarmung in den Herkunftsländern der MigrantInnen verantwortlich sind. Ihre unkontrollierten, ‚illegalen‘ Netzwerke, ihre Bleiberechtskämpfe wie auch die Rücküberweisungen in die Herkunftsländer sind Ausdruck dieser Autonomien der Migration.“ (glocal group hanau)

Dadurch wird suggeriert, dass die Initiative auf der Seite der MigrantInnen liegt (was auch nicht falsch ist) und negiert, dass Migration durchaus produktiv für den Kapitalismus und die ihn protegierenden Staaten sein kann. Man denke dabei nur an die früheren offensichtlichen Gastarbeiterprogramme und den Einsatz der deutschen Industrie gegen eine Rückkehrpflicht der bereits angelernten ausländischen ArbeitnehmerInnen. Deshalb wird Migration im Folgenden zwar als durchaus berechtigte Handlung aber neutrales Phänomen kapitalistischer Entwicklung angesehen, welche durch die Regierungen jedoch als „Problem“ identifiziert wird, das „Lösungen“ durch die „internationale Gemeinschaft“ bedürfe.

Die Problematisierung erfolgt durch die Illegalisierung notwendig vorhandener und auch durchaus erwünschter Migrationen durch die Staaten, um dann im

Zuge vermeintlicher Lösungen ihre eigene Agenda vorzubringen. Diese besteht im Abbau von Grund- und Menschenrechten zugunsten polizeilich-militärischer Kontrolle, um die Ausbeutbarkeit von Arbeitskräften und Ressourcen zu erhöhen. Symptome dieser Agenda sind das Anwachsen von Lagern, die jeglichen Menschenrechtsstandards spotten, Segmente des Arbeitsmarktes, in denen Zustände herrschen, die an Sklaverei grenzen und eine allgemeine Absenkung von Löhnen und Lebensstandards, die zwar MigrantInnen besonders hart treffen, insgesamt aber gegen alle Menschen gerichtet ist. Migrationspolitik besteht also nicht in der Verteidigung einer „Festung Europa“ sondern in einer Zurichtung ihrer Bewohner als prekäre Anbieter ihrer Arbeitskraft.

Migration im Kapitalismus

Diejenigen Migrationen, die gerne als „Problem“ dargestellt werden, haben kurz gesagt zwei eng verwobene Ursachen: Armut und Gewaltkonflikte. Die Flucht aus Konfliktregionen stellt dabei eine Exit-Strategie dar, oft die einzige Alternative zum sicheren Untergang oder einer Beteiligung an den entstehenden Gewaltökonomien. Aus ökonomischer Sicht ist Migration in ihrer historischen Gesamtheit ein selbstregulierender Prozess. Der Anschluss vor-kapitalistischer Gesellschaften an den Weltmarkt, Privatisierungen und Effizienzsteigerungen insbesondere in der landwirtschaftlichen Produktion haben stets Arbeitskräfte freigesetzt. In Europa entstand mit der Industrialisierung Massenarmut und damit ein „Heer der Arbeitslosen“. Die Existenz der Menschen wird vom Verkauf ihrer Arbeitskraft auf kapitalistischen Märkten abhängig, sie ziehen vom Land in die Städte und von dort in die internationalen Boomregionen, die Metropolen, in denen sich der global produzierte gesellschaftliche Reichtum konzentriert.

Mit dem Wohlstand steigt aber zugleich die Nachfrage nach billiger Arbeitskraft für Infrastruktur und Produktionsprozesse, die sich räumlich nicht von der Realisierung ihres Mehrwerts trennen lassen (Landwirtschaft, Dienstleistungen). Vor allem aber entsteht eine neue Arbeitsteilung: Die gut verdienenden Ober- und Mittelschichten lagern zuvor nicht-bezahlte und deshalb auch keinen unmittelbaren Mehrwert liefernde, aber originär notwendige Tätigkeiten in die marktwirtschaftliche Sphäre aus: Alten- und Krankenpflege, Kindererziehung



Boot der Finanzpolizei im Hafen von Lampedusa

und -fürsorge, Haushalts-, Reinigungs- und Sex-Dienste sowie Gastronomie. Die nationalen Mittelschichten der Metropolen, also die mit der entsprechenden Staatsbürgerschaft, profitieren zunächst von migrantischer Arbeit, indem sie einen urbanen post-industriellen Lebensstil pflegen können. Dass sich trotz Sozialabbaus und Ökonomisierung der Pflege weiterhin weite Teile der nationalen Bevölkerung häusliche Dienste, Kinderbetreuung und Plätze in Altenheimen leisten können und gesundheitlich zumindest rudimentär abgesichert sind, ist v.a. migrantischer Arbeitskraft zu verdanken, weshalb es insbesondere in diesem Bereich zu neuen Rekrutierungs- und Legalisierungsprogrammen von staatlicher Seite kommt.

Partnerschaften, Freihandels- und Entwicklungshilfeabkommen, die mit afrikanischen Staaten geschlossen werden, um - nach Aussagen der Politiker - die Bedingungen in den Herkunftsstaaten zu verbessern und damit den „Migrationsdruck“ zu senken, werden einen gegenteiligen Effekt haben. Tatsächlich sind diese „Wirtschaftsförderungsprogramme“, mit ihrem Zwang zur Privatisierung von Grund und Boden sowie staatlicher Betriebe und zur Preisgabe regionaler Märkte für eine Verringerung der Emigration gänzlich ungeeignet. Dies ist den Politikern, welche sie fordern, auch weitgehend bewusst. Denn: Die stattfindende Migration ist nicht Ausdruck einer fehlenden kapitalistischen Entwicklung, sondern eben deren Ergebnis.¹ Der Druck auf

die Menschen zu migrieren wird zunehmen, wie auch innerstaatlich die Arbeitskraft flexibilisiert wird. Gleichzeitig denken sich die G8-Führer immer neue Schickanen aus, um die Bewegung von Menschen zum Anlass zu nehmen, ihnen ihre Rechte zu entziehen.

Problematisierung und Illegalisierung

Die Unterscheidung in legale und illegale Migration ist konstruiert und ein Instrument der Herrschenden.² Sie teilt die MigrantInnen auch nicht in erwünschte und unerwünschte, im Gegenteil sind legale wie illegale Migrationen von der Wirtschaft und damit auch weitgehend von der Politik erwünscht.

Per Gesetz, in vielen Fällen auch per Dekreten aus Ministerien, kann sich der rechtliche Status von Menschen – oft hunderttausenden gleichzeitig - ändern. Das bekannteste Beispiel hierfür mögen Legalisierungsprogramme sein. Die Regierung gibt allen, die sich seit einem Stichtag im Land befinden und die meist noch einen Arbeitsvertrag vorweisen müssen, Aufenthaltsrechte. Grundsätzlich läuft die Einwanderungsgesetzgebung aber auf das Gegenteil hinaus: Es werden Fristen

2 William Walters schlägt für dieses Politikfeld den Begriff Counter-Illegal Immigration vor. Damit will er einerseits die moralistische Konnotation des „Kampfes“ (gegen die illegale Migration) vermeiden, andererseits klarstellen, dass hier explizit die als Gegenmaßnahmen bezeichneten Politiken untersucht werden sollen und eben nicht die illegale Immigration selbst, die durch diese erst geformt wird. Darüber hinaus mache dieser Begriff in Analogie zu Counterinsurgency, Counterterrorism und Counterrevolution deutlich, dass es um mehr geht, als die Verhinderung unerlaubter Migrationen. (2005: On the political logic of anti-illegal immigration policy, working paper for the Politics of Scale Conference, York University, Canada 4. u. 5.2.2005)

1 Massey, Douglas 2003: Patterns and Processes of International Migration in the 21st Century, Paper prepared for Conference on African Migration in Comparative Perspective, Johannesburg, South Africa, 4-7 June, 2003

gesetzt, ab denen eine Ausreise auch erzwungen werden darf, flankiert wird das von Maßnahmen wie Residenzpflicht, Arbeitsverbot, Lagerunterbringung, Abschiebehaf und Abschiebungen unter Zwang. In Italien lässt sich das sehr gut nachweisen, weil es dort bis vor zwanzig Jahren kaum eine Immigrationsgesetzgebung gab, wer da war, war zunächst legal da, jedenfalls nicht illegal und mit verschiedenen Rechten ausgestattet. Bis heute brauchen Kinder bis 16 Jahren keine Aufenthaltsgenehmigung, d.h. Sie können auch nicht illegal werden. Wird dieses Alter bspw. um zwei Jahre heruntersetzt, so bedeutet das die „Illegalisierung“ von tausenden Kindern.

Häufig hören wir in den Strategien der EU, dass es notwendig wäre, im Kampf gegen die illegale Migration auch legale Möglichkeiten zur Immigration zu schaffen. Unter Letzteren werden kurzfristige, meist an einen Arbeitsvertrag gebundene Visa verstanden, die mit keinerlei Integrationsmaßnahmen, politischen oder sozialen Rechten verbunden sind. Nun kommt aber der überwiegende Teil derjenigen MigrantInnen, die später als illegal aufgegriffen werden, mit solchen Visa ins Land und bleibt über deren Ablauf hinaus. Selbst in den südlichen Mitgliedsstaaten der EU mit ihren relativ offenen Außengrenzen kommen nur etwa 30% illegal über die Land- und Seegrenzen, 70% sind so genannte Visa-Overstayers. Es herrscht in Politik wie in der Wissenschaft ein breiter Konsens darüber, dass die eben genannte Form der Arbeitsmigration für das Funktionieren der europäischen Volkswirtschaften notwendig ist. Etwas kleiner ist die Einigkeit darüber, dass auch die illegalisierten MigrantInnen eine „Bereicherung darstellen“, insbesondere im Landwirtschafts- und Dienstleistungssektor und bei Letzterem insbesondere bei den häuslichen Diensten.

So kamen in Österreich kürzlich verschiedene Spitzenpolitiker in die Presse, weil entdeckt wurde, dass sie illegale MigrantInnen für die Pflege ihrer Eltern beschäftigen. Wirtschaftsminister Bartenstein kommentierte, dass es in Österreich ohne diese illegalen Pflegekräfte zumindest kurzfristig nicht ginge. Wie will Österreich nun reagieren? Mit einem Moratorium, d.h. einem Beschluss, dass die Beschäftigung Illegaler in der Pflege für einen gewissen Zeitraum im Normalfall nicht verfolgt wird. Die Menschen aber, von deren Arbeitskraft die österreichische Oberschicht abhängig ist, bleiben illegal, von sozialen und politischen Rechten ausgeschlossen und an ihren Arbeitsplatz gebunden.

Die EU-Staaten befördern illegale Migration um ein Segment des Arbeitsmarktes zu schaffen, in dem Zustände herrschen, die an Sklaverei erinnern und den gesamten Arbeitsmarkt unter Druck zu setzen.

Das EU-Migrationsregime als Laboratorium der Entrechtung

Etwa 10% der Illegalisierten in den südeuropäischen Ländern sind über das Meer eingereist.³ Diese Migra-

tionen bestimmen gegenwärtig den Diskurs und sind geeignet, das Bild einer Festung Europa zu suggerieren, an dem die Herrschende Klasse der EU durchaus Interesse hat.⁴ Wir dürfen im Folgenden nicht vergessen, dass sie nur einen kleinen und spektakulär inszenierten Teil der Immigration ausmachen, an denen einerseits die Entrechtung zelebriert wird, durch die andererseits der Eindruck erweckt wird, ein nationales Innen, in dem Rechte und Wohlstand herrschen, würde gegen ein Außen verteidigt. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass die Militarisierung der Migrationspolitik und der EU-Innenpolitik eben nicht der Abschottung der Festung Europa dient, sondern der aktiven Entrechtung der MigrantInnen im Transit und darüber hinaus sowie auch der EU-Bürger.

Die militärische Aneignung des freien Meeres

Als eine der ersten militärischen Reaktionen auf die Terroranschläge 2001 in New York wurde die STANAVFORMED, die im Mittelmeer bereitstehenden NATO-Marinekräfte für die bereits am 26.10.2001 beginnende und bis heute kaum beachtete NATO-Mission Active Endeavour mobilisiert. Offizieller Auftrag ist der „Kampf gegen den Terror“ auf der Grundlage des Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrages. Faktisch geht es jedoch um die Kontrolle der zivilen Schifffahrt im Mittelmeer, Schwerpunkte sind das östliche Mittelmeer und, seit März 2003, die Straße von Gibraltar, geleitet wird der Einsatz vom NATO-Flotten-Hauptquartier in Neapel aus. Außer den NATO-Staaten beteiligen sich auch Russland, Israel und Tunesien. Alleine in den ersten 2 Monaten des Einsatzes wurden etwa 1.700 Handelsschiffe kontaktiert und das Meer mit mehr als 1.000 Flugstunden von Helikoptern überwacht. Er wurde am 16. März 2004 auf das gesamte Mittelmeer ausgedehnt und dauert bis heute an.⁵

Nach internationalem Seerecht ist das Meer frei, es kann niemandem gehören oder eben nur der gesamten Menschheit. Die Souveränität der Staaten reicht nur zwölf Seemeilen ins Meer hinaus, innerhalb von 24 Seemeilen dürfen die einzelnen Staaten die erforderliche Kontrolle ausüben, um Verstöße gegen ihre Zoll-, Gesundheits- und Einreisevorschriften zu verhindern, oder Verstöße, die bereits in ihrem Hoheitsgebiet oder Küstenmeer begangen wurden, ahnden.⁶ Insofern handelt es sich um eine militärischen Aneignung des freien Meeres (mare liberum) durch das Bündnis. Elias Bierdel, seinerzeit 1. Offizier des Schiffs Cap Anamur und Chef

⁴ Sie kommen damit einerseits Forderungen des nationalistischen Lagers nach, andererseits suggerieren sie damit der ansässigen Bevölkerung, dass sie Privilegien hätte, dass ihr Wohlstand verteidigt würde. Oder, wie der deutsche Kabarettist Gerhard Polt das ausdrückt: „Ein Paradies ist immer da, wo einer ist, der wo aufpasst, dass keiner reinkommt.“

⁵ Nach Angaben der US amerikanischen Botschafterin auf Malta, Molly Bordonaro, hat sich die illegale Migration im westlichen Mittelmeer um 50% reduziert, seit Active Endeavour dort aktiv ist. (<http://valletta.usembassy.gov/vanessa.html>)

⁶ United Nations Convention on the Law of the Sea, in Kraft getreten am 14. November 1994

³ Italienisches Innenministerium 2005: La stato della sicurezza in Italia 2005, Rapporto annuale 2005

der gleichnamigen Hilfsorganisation, beschreibt seine Erlebnisse vom Frühsommer 2004 folgendermaßen:

„Wir haben Flottenverbände verschiedener Nationen selber angetroffen, auch einen großen Flottenverband der deutschen Bundesmarine. Wir sind, sobald wir das erste Mal überhaupt auf die Höhe von Lampedusa kamen, von einem italienischen Militärflugzeug überflogen worden, mehrfach, und am nächsten Morgen kam die italienische Fregatte Danaide und hat uns gecheckt, also abgefragt [...] Wir wissen, dass niemand auf offener See einen anderen belästigen darf, eigentlich, nach dem Völkerrecht [...] Das Flugzeug hat das Schiff viele, viele Male überflogen in den nächsten Wochen, fast täglich kann man sagen und sicherlich fotografiert und dokumentiert.⁷

Am 20. Juni 2004 rettete das Schiff 37 MigrantInnen aus Seenot und wollte sie danach ins sizilianische Porto Empedocle bringen, erhielt aber keine Erlaubnis, in die italienischen Hoheitsgewässer einzufahren. 21 Tage nach der Rettung setzte der Kapitän einen Notruf ab und lief ein. Er wurde mit Teilen seiner Besatzung unter dem Vorwurf der „Begünstigung illegaler Einreise“ verhaftet, das Schiff für sieben Monate beschlagnahmt. Die Besatzung des zivilen Schiffes tat nichts anderes, als Militär, Küstenwache und Polizei auf täglicher Ebene durchführen und wurden dafür kriminalisiert. Die geretteten MigrantInnen wurden trotz massiven Protestes und Angeboten aus großen italienischen Gemeinden, sie als Ehrenbürger einzubürgern, bis auf eine Ausnahme demonstrativ abgeschoben.

Neben Active Endeavour gab es sechs Missionen zur Sicherung der maritimen Außengrenzen im EU-Rahmen.⁸ Generell geht es bei diesen Missionen darum, die Kooperation zwischen Zoll-, Polizei- und paramilitärischen Einheiten aus verschiedenen Mitgliedsstaaten zu üben und zu verbessern, um eine europäische Sicherheitspolitik auch auf der operativen Ebene zu ermöglichen. So musste eine gemeinsame Übung der EU-Flotten vor Gibraltar und den Kanaren aufgrund von Verständigungsschwierigkeiten abgebrochen werden.⁹ Nicht auszudenken, was dies für eine Blamage bei einem ernstem Einsatz wie UNIFIL wäre. Die Einsätze wurden von EUROPOL begleitet und ausgewertet, woraus Empfehlungen für die neue EU-Grenzschutzagentur FRONTEX (s.u.) entstanden.¹⁰

Aufrüstung paramilitärischer Einheiten

Gerade die südlichen EU-Mitgliedsstaaten verfügen nahezu ausnahmslos über besondere Polizeistrukturen wie die Republikanischen Garden in Portugal, die Guardia Civil in Spanien, Gendarmerie in Frankreich, Carabinieri und Guardia di Finanza in Italien. Sie unterstehen der Regierung oder einzelnen Ministerien und verfügen

⁷ Forschungsgesellschaft Flucht und Migration u.A. 2005: AusgeLAGERt - Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch an den Mittelmeergrenzen (FFM-Heft 10)

⁸ Rat der EU: Report on the implementation of programmes, ad hoc centres, pilot projects and joint operations

⁹ Dietrich, Helmut: Die Front in der Wüste, in: Konkret 12/2004

¹⁰ Generaldirektion für Justiz, Freiheit und Sicherheit der Europäischen Kommission: Pressemitteilung IP/03/1519

über eine Bewaffnung und Struktur, die denen des Militärs ähnelt sowie über Spezialeinheiten bspw. für Einsätze gegen Terroristen oder bei Entführungen. Neben der Aufstandsbekämpfung üben sie häufig eine Funktion als Militärpolizei aus und haben oft eine unrühmliche Geschichte bei der Besetzung ehemaliger Kolonien oder während des Faschismus gespielt. Im Allgemeinen werden sie unter dem Überbegriff „Gendarmerie“-Einheiten zusammengefasst, wegen ihrer Ähnlichkeit zum Militär und ihres Einsatzes im Ausland werden sie hier jedoch als Paramilitärs bezeichnet.

Sowohl für Auslandseinsätze als auch im „Kampf gegen die illegale Migration“ werden diese gerne eingesetzt. Ihre Aufrüstung lässt sich anhand Letzterem leichter legitimieren, da der Schutz der Außengrenzen gegen Immigration von weiten Teilen der Bevölkerung als notwendige Aufgabe erachtet wird.

Die Guardia Civil wuchs alleine zwischen 1990 und 2000 von 61.192 auf 70.143 Beamte an, ihr Budget stieg von 1.26 auf 1.83 Mrd. Euro. Beeindruckend ist jedoch vor allem die bessere Ausrüstung: verfügte sie noch 1985 über keinerlei Boote, waren es 1995 bereits 19 und im Jahre 2000 50, mit 728 Beamten, die auf See zum Einsatz kamen. Im gleichen Zeitraum verdreifachte sich auch die Zahl der Helikopter auf 36, mittlerweile steht ihr sogar ein Flugzeug zur Verfügung. Das Personal der italienischen Guardia di Finanza (die unter anderem auch 2001 in Genua zum Einsatz gegen Demonstranten kam) stieg zwischen 1989 und 2000 von 52.280 auf 66.938 Beamte, während sich das Budget nahezu verdreifachte: von 1.11 auf 3.21 Mrd. Euro. Dies ist vor allem durch eine Flugzeugflotte mit 14 Maschinen zu erklären, die in diesen Jahren angeschafft wurde. Dazu stieg die Zahl der Helikopter von 68 auf 96 und die der Boote von 330 auf 582.

Diese Boote haben tw. eine militärische Bewaffnung und erinnern auch äußerlich an Kriegsschiffe. Damit verfügen die Paramilitärs über alle drei Waffengattungen regulärer Armeen. Die hinzugekommene Luftunterstützung ist nicht zu unterschätzen.¹¹

Zivil-Militärische Überwachungstechnologie

Die Schiffe der Guardia di Finanza wurden für das Auffinden von Booten auf dem Mittelmeer zudem mit Wärmebildkameras und FLIR-Systemen (Forward Looking Infrared) ausgestattet, welche aus der militärischen Luftfahrt stammen und Navigation und Zielerfassung auch bei schlechten Sichtverhältnissen ermöglichen. Spanien entwickelt seit 2001 sein Integriertes System zur Außenüberwachung, SIVE. Es besteht aus meist auf Türmen angebrachten Hochleistungsradars, Video- und Wärmebildkameras mit einer Reichweite von 10 Kilometern. Da diese aus Kostengründen nicht die gesamte Küste abdecken, gibt es darüber hinaus mobile Einheiten, die auf LKWs angebracht werden können und Boote, die mit dem System ausgestattet sind. Alle so gesammelten

¹¹ Lutterbeck, Derek 2006: Policing Migration in the Mediterranean, in: Mediterranean Politics, Vol.11, no. 1



SIVE-Anlage auf Fuerteventura

Informationen werden über ein Netz an Funktürmen gesammelt und in ein zentrales Überwachungszentrum der Guardia Civil übermittelt. Entwickelt wurde das System von einer spanischen Firma Amper Sistemas, die Überwachungstechnologie wird allerdings von den Rüstungsunternehmen Raytheon, Thomson, Marconi und Elta geliefert.¹²

Das System wurde seit dem auch auf den Kanaren und in Griechenland installiert, auch die italienische Regierung gab an, einige Einheiten gekauft zu haben. Die Kosten werden jeweils anteilig von der EU übernommen. Abgesehen von den Einnahmen, die daraus für die Rüstungsindustrie entstehen, ändert sich auch das Bild der südeuropäischen Strände durch SIVE: Die Türme sind jeweils durch Stacheldraht umzäunt und werden von einer Unzahl Kameras überwacht. Tw. säumen sie die Küste in einem Abstand von zehn Kilometern. Die informationstechnische Infrastruktur soll in das verschlüsselte nationale Notfall-Funknetz Spaniens eingebunden werden und von Polizei- und Grenzbeamten auch für Abfragen der SIS-Datenbank (s.u.) zur Verfügung stehen.¹³

Das französische Unternehmen Spot Image nahm die Debatte um die Migration auf die Kanaren zum Anlass, mit der dortigen Universität ein Pilotprojekt zu starten, bei dem die Daten ihrer Fernerkundungssatelliten mit

12 Piper, Gerhard 2001: Spaniens elektronische Mauer, in: Bürgerrechte und Polizei, CILIP Heft 69. Marconi Electronic Systems fusionierte 1999 mit British Aerospace zu BAE Systems und stieg zum siebtgrößten Lieferanten des Pentagon auf, Thompson ist seit 2000 Teil der Thales-Gruppe, siehe dazu: Ohne Kontrolle, in: junge welt, 28.12.2006

13 Piper 2001

den Radarsystemen auf den Insel ebenfalls zum Aufspüren von Booten vernetzt werden. Somit wird auch diese potenziell militärische Technologie von der EU finanziert und weiterentwickelt.

SIS ist die Bezeichnung für das Schengen Informations-System, eine Datenbank in die alle Schengen-Staaten Personen einspeisen können, die gesucht werden, denen der Eintritt in die EU verboten ist, die als vermisst oder gefährlich gelten, die überwacht werden sollen, sowie Gegenstände, die als gestohlen gelten.¹⁴ Der enorme Datenbestand, auf den die nationalen Polizeien zugreifen können, speist sich bislang hauptsächlich aus Personen, denen durch deutsche oder italienische Behörden die Einreise verweigert wurde, sowie gestohlene Ausweisdokumente und Fahrzeuge.¹⁵ Das SIS wurde inzwischen zu SIS II weiterentwickelt und um das Visa Informations System ergänzt in den Schengen-Acquis übernommen, d.h. dass eine Teilnahme für alle neuen Mitgliedsstaaten verbindlich ist. SIS II soll ab 2007 neben Fingerabdrücken auch offene Felder für Hinweise zur Person enthalten. Darüber hinaus ist geplant, auch eine Kategorie für „violent troublemakers“ - Hooligans und politische AktivistInnen - einzuführen. Seit 2003 sind die Staaten außerdem aufgefordert, von „illegalen MigrantInnen“ und Asylbewerbern Fingerabdrücke in die EU-weite Datenbank EURODAC einzuspeisen. Hier wird deutlich, dass sich die gegen MigrantInnen gerichtete Vernetzung von Datenbanken und Entwicklung biometrischer Er-

14 Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985, Artikel 92-101

15 Statewatch 2005: SIS II: fait accompli? - Construction of EU's Big Brother database underway, Statewatch Analysis

fassung nicht von ausgreifenden Kontrolltechnologien gegenüber der ansässigen Bevölkerung trennen lässt.

Kooperation mit Drittstaaten

Diese Formen der Aufrüstung werden nicht nur in der EU selbst, sondern auch in den angrenzenden Nachbarstaaten wirksam. Der fatalste Effekt, den die Kooperationen mit Drittstaaten hinsichtlich der Migration jedoch haben, ist eine massive Abwertung der Menschenrechte in den internationalen Beziehungen. Im Gegenteil können sich nun autoritäre Regime der EU andienen, indem sie repressiv gegen ihre Bevölkerung vorgehen. Dies wird gegenwärtig am deutlichsten in Senegal, wo sich der Transport von MigrantInnen für die ansässigen Fischer als einträglicheres Geschäft erweist, als das Fischen in den von der EU angeeigneten Fischgründen vor ihren Küsten. Nun wird die senegalesische Regierung dazu genötigt, diese Dienstleistungen zu kriminalisieren und Menschen, die bereits die Kanaren erreicht hatten, zurückzunehmen. Viele von ihnen sind selbst Senegalesen und ihre Angehörigen protestieren seit Monaten gegen die Rückführungen, die von Spanien demonstrativ menschenverachtend gestaltet werden. Nachdem Ende Mai Senegalesen an die Sitze gefesselt in einem abgedunkelten Flugzeug in Dakar ankamen, musste Senegal gegenüber der EU eine „menschwürdige Behandlung“ anmahnen und mehrmals spanischen Abschiebeflügen die Landegenehmigung verweigern.¹⁶ Italien schloss 2002 mit Ägypten, in dem Mubarak seit 1981 im Ausnahmezustand regiert, ein Polizeiabkommen, entsandte Verbindungsbeamte an den Suezkanal und bezahlte Abschiebeflüge aus Ägypten. Seit dem sind vor allem die Anlandungen größerer Schiffe mit ImmigrantInnen aus Sri Lanka Geschichte und die Menschen auf die weitaus gefährlichere Reise durch die Sahara umgestiegen.¹⁷ Aber auch viele Ägypter wollen über Libyen nach Italien und werden so zum Opfer der Politik ihrer Regierung. Viel problematischer ist die Situation jedoch für sudanesischen TransitmigrantInnen, die der Willkür der ägyptischen Behörden ausgeliefert sind. Ende 2005 wurde beispielsweise ein Protestcamp sudanesischer AsylbewerberInnen vor dem Büro des UNHCR in Cairo mit dessen Einverständnis geräumt. Dabei kamen über 20 von ihnen - darunter Frauen und Kinder - ums Leben.¹⁸

Libyen, 2001 noch Schurkenstaat, konnte bis 2004 durch ein ähnliches Polizeiabkommen mit Italien die Aufhebung des Waffenembargos forcieren. Das Abkommen beinhaltete gegen die Rücknahme von MigrantInnen von Lampedusa die Finanzierung von Abschiebeflügen sowie u.a. die Lieferung von Polizeihunden, Leichensäcken, Nachtsichtgeräten, Funkgeräten, schuss-

sicheren Westen usw.,¹⁹ Material, das für die polizeiliche Kontrolle der Küste ebenso brauchbar ist, wie für die Ausrüstung von militärischen Spezialeinheiten (insbesondere nach einem Embargo). Um nachzuweisen, dass Libyen seinen Verpflichtungen nachkommt, muss es regelmäßig Menschen abschieben, am besten in der Wüste aussetzen, dann erfährt das auch die internationale Presse. Gegen die Lieferung von militärischem Material - darunter im Falle Tunesiens, Ägyptens, Marokkos und Mauretaniens auch Patrouillenboote - werden die Nachbarstaaten also unter Druck gesetzt, Menschenrechte zu verletzen.

Lagerkosmos

Selten ist die Lage so eindeutig wie im Falle Nouadibú, Mauretaniens. Für die Militärregierung des Putschisten Ely Ould Mohamed Vall hat die spanische Armee hier das erste Flüchtlingslager des Landes errichtet, um Abschiebungen von Spanien zu ermöglichen.²⁰ Lager entstanden in den letzten Jahren in allen an die EU grenzenden Staaten, meist indirekt oder direkt finanziert durch die EU oder einzelne Mitgliedsstaaten. So finanzierte Italien in Libyen, das ohnehin über vielfältige Lager und Gefängnisse für Flüchtlinge und MigrantInnen verfügt,²¹ den Aufbau dreier weiterer Lager.²² Trotz der öffentlichen Ablehnung der Pläne zunächst der britischen Regierung („A new vision for Refugees“) und später Schilys und Pisanus, diese Lager im großen Maßstab aufzubauen, wurde von den EU-Innen und Justizministern auf einem informellen Treffen in Scheveningen (30.9.-1.10.2004) ein Pilotprojekt für die „Verbesserung der Aufnahmekapazitäten“ in Algerien, Tunesien, Marokko, Mauretaniens und Libyen beschlossen.

Die EU stellt außerdem über ihre Programme AENEAS, MEDA und TACIS für je vier Jahre ein Budget von insgesamt 500 Mio. Euro zur Verfügung,²³ unter anderem um den Bau von Lagern und die Einrichtung „heimatnaher regionaler Schutzprogramme“²⁴ unter der Kontrolle des UNHCR in Tanzania sowie der Ukraine, Moldawien und Belarus zu finanzieren. In Polen und Ungarn wurde der Aufbau von Lagern unter kommissarischer Leitung von Verbindungsbeamten zwischen

19 Kommission der EG 2004: Report of the technical mission to Libya on illegal migration, 27.Nov.-6.Dec 2004, Annex I, unveröffentlicht, URL: www.statewatch.org/news/2005/may/eu-report-libya-illimm.pdf

20 german-foreign-policy.com 2006: Netzwerke der Flüchtlingsabwehr, 04.04.2006

21 Zur Situation von MigrantInnen in Libyen: Hamood, Sara 2006: African transit migration through Libya - the human cost, Forced Migration and Refugee Studies

22 Kommission der EG 2004, a.a.o., außerdem: Corte dei conti 2004: Programma controllo 2004 - Gestione delle risorse previste in connessione con il fenomeno dell'immigrazione, Bericht des italienischen Rechnungshofes, URL: http://www.corteconti.it/Ricerca-e-1/Gli-Atti-d/Controllo-/Documenti/Sezione-ce1/Anno-2005/Adunanza-c/allegati-d3/Relazione.doc_cvt.htm (20.09.2006)

23 Kommission der EG 2006: Thematisches Programm für die Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl, KOM(2006) 26 endgültig

24 Kommission der EG 2005c: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Parlament über regionale Schutzprogramme, KOM(2005) 388 engültig

16 Streck, Ralf 2006: Abschiebungen aus Spanien gestalten sich schwierig, in: Telepolis 07.06.2006

17 Cuttitta, Paolo 2004: Das diskrete Sterben, in: Frankfurter Rundschau 14.8.2004

18 Forced Migration and Refugee Studies (FMRS) 2006: A Tragedy of failures and false Expectations, Report on the Events Surrounding the Threemonth Sitin and Forced Removal of Sudanese Refugees in Cairo, September-December 2005



Lager bei Krotone

2001 und 2006 über das PHARE-Programm (dessen offizieller Zweck der wirtschaftliche Wiederaufbau ist) abgewickelt.²⁵

In Marokko hingegen wurde ein Großteil der Lager von den MigrantInnen selbst errichtet. Auch in Italien und Spanien gibt es Sammelunterkünfte, tw. selbstorganisiert, die sich kaum von staatlichen Lagern unterscheiden lassen. Der Ausschluss von politischen und sozialen Rechten führt zwangsläufig zur kollektiven menschenunwürdigen Unterbringung.

Militär gegen Armut

Das Lager auf Fuerteventura, der östlichsten Kanareninsel, von der die meisten „Illegalen“ aufs spanische Festland oder nach Afrika verbracht werden, liegt direkt gegenüber vom Flughafen nahe der Hauptstadt, inmitten eines Militärlagers. Die Insassen werden aus der Kantine der Soldaten versorgt. Der Zutritt ist natürlich verboten, ebenso wie das Fotografieren. Ähnliche Verbotsschilder befinden sich auch um eine ehemalige NATO-Kaserne auf Lampedusa, die gerade in ein weiteres Lager umgewandelt wird und die ehemalige Kaserne bei Crotona im italienischen Kalabrien, eines der größten Lager Italiens: „Militärgelände, Betreten und Fotografieren verboten, Schusswaffengebrauch“.

Entsprechend dem globalen ordnungspolitischen Anspruch der G8 dehnt sich das Aufgabenfeld des Militärs immer weiter in zivile Bereiche aus, wo es Polizeifunktionen übernimmt. Die Kontrolle der zivilen Schifffahrt wurde bereits genannt, zudem geht es aber auch um die Rettung, Versorgung und Kontrolle von Flüchtlingen und MigrantInnen. Ruft man sich ins Gedächtnis, dass diese als extrem ausbeutbare Arbeitskräfte durchaus erwünscht sind, geht es schlicht um die militärische Kontrolle und Eindämmung extremer Armut.

²⁵ Dietrich, Helmut 2004: Flüchtlingslager an den neuen Außen Grenzen - wie Europa expandiert, in: Friedrich/Pflüger: In welcher Verfassung ist Europa?

Nach den dramatischen Grenzübertritten bei Ceuta und Melilla wurde spanisches Militär an den Grenz zaun entsandt, bewaffnet mit Maschinenpistolen aber ohne Schießbefehl. Es ging hier nicht darum, die Grenzen noch besser zu schützen, die Guardia Civil hatte in den Tagen zuvor schon bewiesen, dass sie im Stande ist, Menschen beim Übertritt zu ermorden. Es ging darum, Soldaten und Öffentlichkeit an diese neue Rolle des Militärs zu gewöhnen.

FRONTEX und der Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts

Zuletzt soll hier noch auf die Aufgaben und Struktur der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX eingegangen werden, die von Kritikern und Protagonisten des EU-Grenzregimes als bedeutende Neuentwicklung gepriesen wird. Die Aufgaben von FRONTEX sind die Koordinierung der operativen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie deren Unterstützung in schwierigen Situationen und bei „gemeinsamen Rückführungsaktionen“, die Festlegung von Standards für die Ausbildung von Grenzschutzbeamten, die Durchführung von Risikoanalysen und die Begleitung relevanter Forschung.²⁶ Neben einer Beobachtung des Migrationsgeschehens besteht ihre Tätigkeit darin, auf Anfrage von einzelnen Mitgliedsstaaten Material und Personal zusammenzustellen. Die in Warschau ansässige Agentur selbst verfügt über keine Hubschrauber oder Ähnliches und lediglich sechzig Beamte. Sie muss deshalb bei den Staaten um die Bereitstellung von Schiffen, Hubschraubern, Flugzeugen, sonstiger Ausrüstung und Personal anfragen, all das wird über den FRONTEX-Etat abgerechnet, der 2006 bei 15.9 Mio Euro lag,²⁷ in den kommenden Jah-

²⁶ Rat der EU 2004 2004: Council Regulation of 26 October 2004 establishing a European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union

²⁷ Goldmann, Sven 2006: Unter Flüchtlingsstrom, in: Tagesspiegel

ren aber auf 40 Mio. jährlich anwachsen soll.²⁸ Anstatt des großen Wurfes wurde hier also eine weitere Agentur geschaffen, deren Aufgabe es ist, Polizeien und Militärs verschiedener Länder zu koordinieren und Daten zu sammeln. Hierzu wurden verschiedene Datenbanken eingerichtet, auf die alle Mitgliedsstaaten Zugriff haben. Zudem soll FRONTEX Zugriff auf die Datenbestände nationaler Geheimdienste haben und gemeinsam mit EUROPOL ein „Netz aus nationalen Experten zur Terrorismusprävention“ bilden.²⁹ In seinen öffentlichen Aussagen gibt sich der Geschäftsführer der Agentur, der finnische Grenzschützer Ilkka Laitinen, ebenfalls gerne geheimdienstlich, etwa gegenüber der Wiener Zeitung.³⁰ Genaue Angaben über die Anzahl der beteiligten Schiffe und was eigentlich ihr genauer Auftrag ist, verweigert er aber auch in seinen Berichten gegenüber dem Europäischen Parlament (EP), das immerhin über das Budget eine gewisse parlamentarische Kontrolle ausüben soll.³¹ Genau dies ist bezeichnend für die Entstehung des „Raums der Sicherheit der Freiheit und des Rechts“, wie die EU-Innenpolitik bezeichnet wird. Diese ging hervor aus der zunächst informellen „Gruppe gegenseitige Amtshilfe“, es folgte der TREVI-Ausschuss (Terrorisme, Radicalisme, Extremisme et Violence International, später K4-Ausschuss). Im Vorfeld von Schengen wurden weitere informelle Gremien durch den Rat der Innen- und Justizminister der EU bzw. der Schengen-Gruppe gebildet, u.a. die Ad Hoc-Gruppe Immigration und die Schengen-Gruppe; die Gruppe Koordinatoren Freizügigkeit; die Horizontale Informatikergruppe; TREVI '92 zur Erarbeitung von Ausgleichsmaßnahmen für den Wegfall der Binnengrenzen und GAM '92, eine Arbeitsgruppe der Zollverwaltungen aller Mitgliedsstaaten. Ähnlich wie bei Europol (dem „unkontrollierbaren, europäischen FBI“)³² ist bei ihnen eine ausreichende parlamentarische Kontrolle nicht gegeben.³³

Die EU-Innenpolitik als rechtsfreier Raum

Trotz all dieser Maßnahmen, die oberflächlich betrachtet der Abschottung dienen, ist Europa keine Festung und wenn, dann eine mit Dienstboteneingang. Es geht nicht darum, Menschen von der Einreise abzuhalten, sondern sie auf der Reise zuzurichten, das Grenzregime ist ein Laboratorium der Entrechtung. Wenn sich den MigrantInnen auf hoher See, manchmal auch noch in den Küstengewässern des afrikanischen Anrainers, ein europäisches Militär- oder Polizeiboot nähert, müssen

30.10.2006

28 Holzberger, Mark 2006: Europols kleine Schwester, in Bürgerrechte und Polizei, CILIP Heft 84

29 Ebd.

30 Tucek, Wolfgang 2006: Operation weit größer als bekannt, in: Wiener Zeitung online, 29.09.2006

31 Holzberger 2006, a.a.o.

32 Hayes, Ben 2002: The activities and development of Europol: towards an unaccountable FBI in Europe, statewatch press release, 27.2.2002

33 Kommission der EG 2002: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Die demokratische Kontrolle von Europol, KOM(2002) 92 endgültig

sich die Insassen in Lebensgefahr begeben, ihren Motor zerstören oder ein Leck ins Boot schlagen. Bereits zuvor haben sie ihre Papiere vernichtet und damit ihre Rechte als Staatsbürger aufgegeben. In den meisten Fällen werden sie dann gerettet, in einen europäischen Hafen gebracht, in ein Lager gesteckt und die meisten von ihnen landen dann tatsächlich irgendwann auf den informellen Arbeitsmärkten der EU. Dennoch müssen sie nicht gerettet werden, sie können inhaftiert, (in die Wüste) abgeschoben oder auch erschossen werden.

Martialische Namen wie FRONTEX sollen suggerieren, dass ein Innen gegen ein Außen verteidigt werde und damit verschleiern, dass sich die Militarisierung nach innen richtet, indem „... der Zugang zu sozialen Rechten und zu Aufenthaltsrechten flexibilisiert wird und wir in ein produktives System fluktuierender Rechte eintreten, das man mit Agamben ein niederschwelliges System des Ausnahmezustandes nennen könnte.“³⁴

Die EU-Innenpolitik hat als Ziel, einen neuen Raum zu schaffen, den sie in orwellischem Neusprech als Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts definiert. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um einen weitgehend rechtsfreien Raum der Überwachung und der Repression, gestaltet durch die Innen- und Justizminister der EU. Mit dem Verweis auf die Europäische Integration können nationale Parlamente und Gerichte übergangen und mit dem Verweis auf die nationale Sicherheit die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshof (EUGH) ausgeschlossen werden. Das heißt, dass der „Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“ einer sehr eingeschränkten Kontrolle der Parlamente und Gerichte unterliegt. Die Institutionen, die auf dieser Ebene tätig sind, etwa die Grenzschutzagentur FRONTEX oder EUROPOL verbinden dadurch auch wie selbstverständlich geheimdienstliche und polizeiliche Funktionen. Das EP hat innerhalb der „Dritten Säule“ der EU kaum Mitspracherecht und die Vernetzung der Sicherheitsbehörden geschieht oft bilateral, also formal gar nicht auf Ebene der EU. So war das Schengen-Abkommen beispielsweise zu Beginn komplett vom EU-Recht getrennt, ist nun zwar obligatorisch für neue Beitrittsstaaten, jedoch nur eingeschränkt gültig für das Vereinigte Königreich und Irland.

Zugleich vermischt sich innerhalb der EU die Innen- mit der Außenpolitik, die Außenpolitik der Einzelstaaten und die EU-Innenpolitik müssen zur Deckung gebracht werden, wodurch weitere rechtliche Grauzonen entstehen. Dies geschieht einerseits durch den Auf- und Ausbau paramilitärischer Einheiten wie der Guardia Civil, der Guardia di Finanza und der Bundespolizei, andererseits durch den Einsatz des Militärs zur Bewältigung sozialer Probleme und zur Aufrechterhaltung globaler Ungleichheiten, also den Einsatz des Militärs an den äußeren und inneren Grenzen, den Flughäfen und demnächst den französischen Banlieus. Das Objekt dieser Politik des Ausnahmezustands erkannten wir 2006 in den spektakulär inszenierten Bildern von den Kana-

34 Diefenbach, Katja 2006: Die Ankunft der Polizei – Anmerkungen über Ausnahmezustand und Prekarität, in: Fantômas, 09/2006

ren, den halb verdursteten MigrantInnen, aber auch den Abschiebelagern. Die „Illegalen“ können jederzeit von der Straße weg inhaftiert werden, in Deutschland für 18 Monate, in anderen Ländern nur für ein oder zwei. Der Schutz vor willkürlicher Inhaftierung, der Habeas-Corpus-Grundsatz, gilt als fundamentale Errungenschaft des Rechtsstaats und wurde nun für einen durchaus relevanten und wirtschaftlich notwendigen Teil der Bevölkerung aufgehoben. Bei Abschiebungen, in Abschiebehaft und in Gewahrsam kommen immer wieder Menschen ums Leben - ohne dass die Sicherheitskräfte dafür belangt werden. Die Bedingungen unter denen Abschiebungen durchgeführt werden - geknebelt und gefesselt, mit Medikamenten ruhig gestellt - sind die schleichende Einführung der Folter.

Diese Entrechtung der national gesehen „Anderen“ macht den Weg frei für Zwangsarbeit für Arbeitslose und weitere Einschränkungen der Grundrechte auch von EU-BürgerInnen. Die Empfänger von Arbeitslosengeld II in Deutschland beispielsweise werden Herrschafts- und Kontrollmechanismen unterworfen, die zuvor an MigrantInnen, unter ihnen insbesondere an Asylbewerbern erprobt und eingeführt wurden: Sie müssen mit Hausbesuchen rechnen, jederzeit für „Beratungsgespräche“ und Job-Angebote verfügbar sein.³⁵ Geradezu in den Schwarzmarkt gedrängt werden wirtschaftliche Aktivitäten und Einkommen überwacht. Der Verdacht des Missbrauchs der „Sozialkassen“ lastet generell über allen, die Hilfe in Anspruch nehmen, so wie es bei Asylbewerbern hinsichtlich des Asylrechts, des bloßen Rechts auf Gegenwart der Fall ist. Mittlerweile kursieren Vorschläge, Empfänger von Sozialhilfe mit Gutscheinen im wörtlichen Sinne abzuspeisen.

Am 18. Juli 2006 entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Notwendigkeit, die berufliche und familiäre Situation von Arbeitslosen zu überwachen, dem Recht, sich innerhalb der EU frei zu bewegen und der Aufenthaltsfreiheit überzuordnen sei. Damit greifen die Einschränkungen für vorübergehend oder dauerhaft nicht verwertbare Menschen vom Bereich der sozialen Rechte bereits in den der Grundrechte über.

Durch die Migrationspolitik entsteht ein Subproletariat, das durch Integrationsforderungen unter der Drohung der Abschiebung zugerichtet werden kann und auch den Weg öffnet für die rechtliche Prekarisierung der autochthonen Bevölkerung unter einem sich jenseits von Recht und parlamentarischer Kontrolle entwickelnden Sicherheitsapparat aus Militär, Geheimdiensten und Polizei.

„Globale Rechte aneignen“

Die Linke erkennt Zusammenhänge zwischen der internationalen Migrationspolitik und Phänomenen wie Krieg, Polizeigewalt, Prekarität und Ausbeutung. Bereits der Protest gegen den G8-Gipfel 2001 in Genua begann

³⁵ Für Beispiele aus der Schweiz, wo die Rayon-Gesetze auch gegen DemonstrantInnen und „randständige Szenen“ eingesetzt werden und der Fürsorgeentzug nun auch als Maßnahme der allgemeinen Sozialhilfe diskutiert werden siehe: Pittà, Salvatore (2006): Die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in: Widerspruch 51/06

mit einer Demonstration für die Rechte der MigrantInnen, der Ruf „Siamo tutti Clandestini“ („Wir sind alle illegal“) schallte durch Genuas Gassen, einen Tag bevor der Demonstrant Carlo Giuliani von Carabinieri - einer Teilstreitkraft der italienischen Armee für den Einsatz im Inland - erschossen und überfahren wurde. Auch dieses Jahr wurde zum Auftakt des G8-Gipfels in Heiligendamm am 4. Juni 2007 ein migrationspolitischer Aktionstag ausgerufen. Dafür, dass Migration offiziell nicht auf der Agenda der G8 steht, haben sich erstaunlich viele Organisationen darauf geeinigt, sie zum zentralen Thema der Gegenaktivitäten zu machen.

Die theoretischen Debatten beschleunigen sich im Zuge der Mobilisierung, Uneinigkeit besteht darüber, ob es eine Festung Europa gibt, ob sie gestürmt wird, es autonome Hintertüren oder Dienstboteneingänge gibt, ob die Migration (relativ) autonom ist, Autonomien aufweist, die MigrantInnen ein neues revolutionäres Subjekt sind oder nicht. Einigkeit besteht hingegen darin, dass es um Rechte geht. So mobilisiert das NoLager-Netzwerk mit den Forderungen „Für globale Bewegungsfreiheit“ und „Gleiche Rechte für Alle“ zum G8-Gipfel. Gerade die an sich migrationspolitische Gruppe NoLager Bremen plädiert jedoch für einen umfassenderen Ansatz: Das Motto „globale Rechte aneignen!“ könne als Kristallisationspunkt im „Gemischtwarenladen“ linker Forderungen dienen, da sich „...sämtliche aufgelisteten Themen mehr oder weniger bruchlos auf je konkrete (!!!) globale Rechte beziehen und außerdem - so denn gewollt - in entsprechende Richtungsforderungen übersetzen lassen, ganz gleich, ob es sich um das Recht auf Wasser, das Recht auf Grundeinkommen, das Recht auf Unversehrtheit, das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, das Recht auf medizinische Versorgung, das Recht auf globale Bewegungsfreiheit oder was auch immer handelt.“ Damit kristallisiert sich eine Gegenstrategie zur Agenda der G8 und somit wahrhaft eine „Globalisierung von Unten“, denn von den Nationalstaaten und ihren internationalen Verbänden wird gerade die gegenteilige Politik verfolgt. Die Durchsetzung globaler Rechte stellt eine Aneignung dar, die imstande sein könnte, Prekarität und Marginalisierung von Menschen ohne oder mit welcher Staatsbürgerschaft auch immer zu überwinden. Hierzu noch einmal NoLager Bremen: „...Rechte müssen erkämpft werden. Der Grad ihrer Verwirklichung unterliegt der Dynamik des sozialen und geschichtlichen Kontextes und somit konkreten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Ablesbar ist dies am einfachsten daran, dass viele Rechte das Papier nicht wert sind, auf dem sie festgehalten werden. In diesem Sinne möchten wir für ein politisches Verständnis in Sachen globaler Rechte werben: Globale Rechte sind nichts, was einfach einklagbar wäre (die Klage ist allenfalls ein Element der politischen Strategie, nämlich dann, wenn bestimmte Rechte bereits schriftlich fixiert sind). Globale Rechte sind vielmehr etwas, das es zu erkämpfen gilt. Sie werden mit anderen Worten Wirklichkeit, insoweit es gelingt, sich das dauerhaft (!) anzueignen, was einer/m zusteht.“

Von der Heide bis zum Strand - G8 und Militarisierung

Aktivistinnen der Berliner Koordinierung „G8 + Krieg“

Während der G8-Gipfel-Protesttage im Juni 2007 wird es einen Aktionsschwerpunkt zu Militarisierung und Krieg geben. Der Tag der Blockade des Flughafens Rostock-Laage ist bereits in den Aktionskalendern vermerkt: am Dienstag, den 5. Juni, einen Tag vor dem offiziellen Gipfelbeginn. Der Aktionstag richtet sich gegen die Vorbereitung auf globale Kriege, gegen Bombodrom und Militärflughafen als wichtige militärische Infrastruktur in der Region und nicht zuletzt gegen die Anreise der Regierungschefs für ihre verbrecherischen Verabredungen.

Weniger bekannt bisher und noch in der Ideen-Entwicklungsphase ist eine Aktion auf dem Bombodrom in der Kyritz-Neuruppiner Heide am Wochenende zuvor. Die Mobilisierung gegen Krieg und Militarisierung zum G8-Gipfel wird dabei als Dreischritt gedacht: „Von der Heide zum Strand – vom Bombodrom über Rostock-Laage nach Heiligendamm.“ Soviel steht fest: Es wird bereits am Freitag, dem 1. Juni, kurz vor Gipfelbeginn eine Aktion *auf* dem Bombodrom-Gelände geben. Die Begriffe „Probe-Besetzung“, „Wiederaneignung“ und „Vorläufige Besiedelung des Geländes“ kursieren und betonen, dass das Gelände den Menschen für viele Zwecke zusteht, aber nicht der Bundeswehr und ihren Verbündeten für Luftkriegsübungen.

Globalisierung und Krieg

Die Politik der G8 und Kriegsvorbereitungen hängen eng zusammen, das steht für alle KritikerInnen außer Frage. Der Gipfel ist eine symbolische Inszenierung ihres Weltregierungsanspruchs. Sie geben vor, vermeintlich neutrale globale Problemlösung zu betreiben. Damit wollen sie sich Zustimmung und Legitimität sichern. Die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse hinter den Problemen und deren Produktion gerade auch durch die G8 werden verdeckt.

Die G8 ist nicht *das* Machtzentrum, sondern kann eher als ein Knotenpunkt im Netzwerk globaler Herrschaftsverhältnisse verstanden werden. Herrschaft und Machtbeziehungen auf der Basis von Kapital und Arbeit, von Gender, von Rassismen etc. sind nicht auf einen kleinen Zirkel beschränkt. Vielfältige Formen des aktiven und passiven Mitmachens vieler Menschen und Organisationen sind nötig. Doch die G8-Treffen haben für die Regierungschefs und Präsidenten neben der symbolischen auch eine praktische Funktion: Widersprüche können bearbeitet und Handlungsanweisungen formuliert werden.

Die G8 ist eine der Institutionen globaler kapitalistischer und imperialistischer Politik, die Marktliberalisierung, verbesserte Investitionsbedingungen, Wachstum der Märkte und der Produktivität organisieren und vorantreiben. Dazu gehören die Schaffung von Marktzugang, Stabilität, Vertragssicherheit und rechtlicher Sicherheit zur Durchsetzung privatwirtschaftlicher Interessen. Die G8 als institutioneller Angelpunkt treibt weltweite Standards und deren Überwachung voran. Der Druck zur Anpassung an diese wird zunächst durch finanzielle Anreize, Kreditbindung und Entwicklungshilfe erzeugt. Wo dies nicht ausreicht, wird er zunehmend militärisch aufgebaut.

Dabei sind allein schon die so genannten Strukturanpassungsprogramme strukturelle Gewalt, indem sie Lebensbedingungen Marginalisierter zunehmend verschlechtern. Doch notfalls werden Strukturanpassungen und geostrategische Verfügungsmacht auch mit Wirtschaftsanktionen, Kriegsdrohungen und direkter militärischer Gewalt durchgesetzt. In derselben Logik werden neokoloniale Protektorate mit oder ohne direkte militärische Gewaltanwendung errichtet, wie in Bosnien, im Kosovo, in Afghanistan. Protektorate werden aber auch für zahlreiche Staaten in Afrika südlich der Sahara vorgeschlagen, die als Failed States eingestuft werden.

Der herrschende Diskurs des Global (Liberal) Governance verankert ein Denken, das die Gewalt in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen rechtfertigt: „Dass eine gute Gesellschaft auf den Grundpfeilern repräsentativ-demokratischer Staat, Marktwirtschaft und Wissenschaft ruht, dass sie industrialisiert, säkular und modern und ihre Mitglieder individualistisch, flexibel, rational und produktiv sein sollen – dies bildet eine der unausgesprochenen Grundannahmen des Diskurses.“ (Aram Ziai) Insofern ist das Gerede von Failed States ein Vehikel, um eine gewaltsame Einmischung zur Durchsetzung des vermeintlichen „Konsens der Menschheitsgemeinschaft“ zu legitimieren. Terrorismusbekämpfung ist ein anderes Schlagwort, das jede Form der Überwachung, Intervention und Gewaltanwendung rechtfertigt. Die G8 hat neben dem Counter Terrorism Committee (CTC) und der Counter Terrorism Action Group (CTAG) die Roma-/Lyon-Gruppe als wichtigstes Forum zur Kooperation in der Terrorismusbekämpfung aufgebaut. Deutschland übernimmt 2007 im Rahmen seiner G8-Präsidentschaft auch den Vorsitz dieses Forums. In der Erklärung des letzten

G8-Gipfels zur Terrorismusbekämpfung zeigt sich, wie eng die Herstellung von Investoren-Sicherheit mit dem „Krieg gegen den Terrorismus“ verknüpft wird: „Sie [die Terrorismusbekämpfung] wird die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und sozialen Unruhen verringern, zu einem Anstieg der Auslandsinvestitionen beitragen und eine verantwortungsvolle Regierungsführung sowie nachhaltige Entwicklung fördern“. „Peace support operations“ öffnen derzeit gemäß dem G8-Handlungsplan von 2004 vor allem afrikanische Staaten für westliche Militär- und Wirtschaftsinteressen. In neuen vorgelagerten militärischen Stützpunkten findet die Ausbildung von Spezialkräften statt. Diese übernehmen dann eigenständig militärisches Krisenmanagement und Aufstandsbekämpfung und sichern damit die Bedingungen für den Raubbau an Rohstoffen wie Öl, aber auch für die Entsorgung westlichen Giftmülls.

Hier setzen nicht nur antimilitaristische und antikapitalistische Kritik an. Auch die Kritik der patriarchalen Ausrichtung der globalen Herrschaftsordnung(en) ist zu leisten: Kriege zu führen, bedeutet nur einen kleinen weiteren Schritt in einer Normalität von Polarisierungen und Ungleichheit, welche die eigene Realität als überlegen begreift. Die dichotome, hierarchisierende Praxis patriarchaler Geschlechterrollen unterstützen Militarierungsprozesse und werden für und durch Kriege weiter verstärkt. Als männlich geltende Werte werden durch die Institution Militär gestärkt, Vergewaltigungen werden als Kriegsstrategie eingesetzt, Prostitution und AIDS-Verbreitung begleiten jede „Friedensmission“. Während Frauenrechte als paternalistischer Kriegsgrund erhalten müssen, stellt jede militärische Intervention einen Angriff auf die Rechte und die Sicherheit - gerade auch von Frauen - dar.

Militärische Infrastruktur und Kriegsvorbereitungen in Gifelnähe

In und um Rostock hat die Bundeswehr eine „Homebase“ für die neuen globalen Kriege. Die gewandelten militärischen Aufgaben mach(t)en eine gewandelte Bundeswehr notwendig. Zunächst sind in Rostock-Warnemünde die Korvetten der Bundesmarine stationiert, mit denen Hochseeinsätze wie am Horn von Afrika oder vor dem Libanon gefahren werden können. Die Umstrukturierung der Bundeswehr geschieht nach der Vorgabe, schnelle Eingreiftruppen mit dem nötigen technischen Know-how einsetzen und der NATO und den Krisenreaktionskräften der Europäischen Union zur Verfügung stellen zu können. Spezialeinheiten und Luftkrieg stehen im Vordergrund. Sie sollen eine Kriegsführung mit gesteigertem Vernichtungspotenzial und weniger eigenen Opfern ermöglichen. Praktisch bedeutet das, dass die Verbindung von Waffensystemen auf dem Boden und in der Luft geübt werden muss. Das wiederum erfordert die entsprechenden „intelligenten“ Waffensysteme (Eurofighter, Laserlenk Waffen) und ein Gelände wie den Bombenabwurfplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide.

Auf dem Militärflugplatz Rostock-Laage ist das Jagd-

geschwader 73 Steinhoff (in der Daimler-Benz Allee 2a) stationiert. Dort werden die ersten Erfahrungen mit dem Eurofighter, dem neuen milliardenschweren Rüstungsprojekt der Bundeswehr, im Praxistest gesammelt und auch alle Eurofighter-Piloten der Luftwaffe für diese Interventionskriege geschult. Der schon oft vor der Pleite stehende zivile Flughafen Rostock-Laage nutzt die gleiche Startbahn und hat mit dem militärischen Nachbarn einen zuverlässigen Partner an seiner Seite, so sieht Public-Private-Partnership aus. Ein weiteres Novum ist die Aufnahme der Polizeihubschrauberstaffel in das dortige Jagdgeschwader - ehrenhalber. So wird an der Basis die Trennung von Armee und Polizei aufgehoben, um dann, wie im Fall von Afghanistan, militärischen Angriff und polizeiliche Kontrolle ineinander fließen lassen zu können.

In direkter räumlicher Nähe will die Bundeswehr ein Gelände für Luftkriegsübungen einschließlich Atombombenabwurftraining und Abwürfe mit zielsuchenden Bomben einrichten. Das Bombodrom wäre der größte Bombenabwurfplatz Festland-Europas. Weltweit gibt es neben Nordamerika nur auf Sardinien ein annähernd großes Übungsgelände - Letzteres mit den entsprechenden Transportproblemen für die Waffensysteme am Boden übers Meer. „Das Gelände ist so weitläufig, dass es auch den Manöversoldaten Platz bieten könnte, die auf einem künftigen Truppenübungsplatz in der Wittstocker Heide üben sollen“, sagt der Stützpunkt-Kommandant Wolfgang Engel. Das Einsatzverfahren mit den Kampfflugzeug-Besatzungen soll unter „realistischen Bedingungen“ und im Verbund mit anderen Truppenteilen trainiert werden, so können die am Auftrag orientierten Ausgebildeten schnell, sicher und präzise am Einsatzort der Bundeswehr beginnen. Der aggressive, militärische Charakter der neuen deutschen Außenpolitik kommt in einem solchem NATO- und EU-weit bedeutenden militärischen Schulungszentrum genauso zum Ausdruck, wie in Projekten wie dem European Headquarter in Potsdam, der Verschiebung von Truppen auch bis südlich des Äquators oder dem Streben nach dem Veto-Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Regionalen und globalen Widerstand verbinden

Schon vor der Freigabe durch die Gerichte findet die widerrechtliche Aneignung des Bombodromgeländes durch die Bundeswehr statt: Üppig dimensionierte Häuser, Zielpunktmarkierungen für Bomberpiloten, Infrastruktur u.a. für Radarsteuerung und Messungen machen die Wunschvorstellung zur Tatsache. Ein Autobahnanschluß, zwei Tower für den Flugverkehr und die Umverlegung des Straußberger-Bataillons sind geplant. So wird der als strukturschwach bekannten Region von der Bundeswehr ein Aufschwung versprochen. Mitten in der seen- und waldreichen Landschaft wurde ein riesengroßes Areal (144 qkm) für Kriegsübungen besetzt. Doch Widerstand dagegen hat dort bereits Tradition. Seit über 15 Jahren verhindern Menschen aus der Region Kyritz-Neuruppin mit Protestwanderungen, Oster-

märschen, Kunstaktionen und juristischen Klagen die (Wieder-)Inbetriebnahme des ehemaligen sowjetischen Übungsgeländes. Die Sensibilität des Militärs für „unmännliche“ Symbole reizend, wird bewusst die Farbe Rosa als Protestmittel eingesetzt: Die Bundeswehr hatte ein ehemaliges Kommandogebäude empört abgerissen, nicht weil das funktionslose und leer stehende Gebäude über Nacht komplett angestrichen, sondern weil es *rosafarben* angestrichen worden war. Doch gemeinsamer Widerstand gegen die Inbetriebnahme des Bombenabwurfplatzes südlich von Rostock mit der globalisierungskritischen Bewegung gestaltet sich schwieriger als es auf den ersten Blick scheinen mag. Der regionale Protest fußt neben der antimilitaristischen Motivation auch auf dem Wunsch nach Sicherung von Ruhe, von Eigentumswerten und von Tourismusindustrie und unvergifteter Landwirtschaft. Viele sind skeptisch und tun sich schwer mit einer Öffnung für Globalisierungskritik – sowohl inhaltlich wie auch in Bezug auf die in ihrer Verschiedenheit als fremd erachteten AktivistInnen. Die globalisierungskritische und die radikale Linke hat sich die zentrale militärpolitische Bedeutung des Bombodroms noch nicht ganz klar gemacht und ist von Uneinigkeit in der Positionierung zu konkreter Kriegspolitik bestimmt und greift andere Anti-G8-Themen leichter auf.

Die Beziehungen, die den gemeinsamen Widerstand gegen Kriegspolitik und das Bombodrom auch auf lange Sicht ermöglichen, wachsen allmählich. Im Sommer gab es gegenseitige Besuche und gemeinsame Workshops auf

dem Campinski G8-Camp und dem Aktionscamp der Bombodrom-Kampagne „Bomben Nein – Wir gehen rein“. Als ein praktisches Signal wurden Wiesen und Wasser für die Unterbringung von auswärtigen AktivistInnen im Jahr 2007 auf weiteren Treffen in der Region zugesagt. Die DGB-Jugendbildungsstätten-MitarbeiterInnen in Flecken-Zechlin am Rande des militärisch verplanten Geländes brachten das Motto „Von der Heide zum Strand“ in Umlauf und führten Anfang Oktober in einer „Herbstakademie Globalisierung“ eine Veranstaltung zur Diskussion möglicher Aktionen gegen Bombodrom und G8 durch. Die Bürgerinitiative (BI) Freie Heide hat bisher beschlossen, Busse zu organisieren, um zur Flughafen-Blockade nach Rostock-Laage anzureisen. Nach derzeitigen Planungen treffen am 31.5. Karawanen und Euromärsche in der Kyritz- Ruppiner Heide ein und machen dort einen Zwischenstopp auf ihrem Weg nach Rostock. Deshalb wurde der ursprünglich für den 3.6. geplanten Aktionstag am und auf dem Bombodrom-Gelände auf den 1.6. vorgezogen.

Ein Ziel der Berliner Koordinierung gegen G8 + Krieg ist, antikapitalistischen und antipatriarchalen Positionen im Widerstand gegen Krieg einen Ausdruck zu geben und in neu gewachsenen Kooperationen Projekte der Militarisierung zu verhindern. Eine große Vielfalt an Aktionen wird nötig sein, um am 5.6. am Flughafen Rostock-Laage ein – nicht nur symbolisch gemeintes - Signal zum Auftakt der G8-Gipfeltage zu zeigen: Sie sollen gar nicht erst anreisen!



Peter Wahl G8: PR-Show oder Weltregierung?



Weltwirtschaftsgipfel und Globalisierung

VSA

Basistext G8. PR-Show oder Weltregierung?

Sind die G 8 zur informellen Weltregierung geworden? Oder handelt es sich nur um einen öffentlichkeitswirksamen Phototermin, bei dem ansonsten nicht viel rauskommt? In diesem Basistext geht es um die Funktionsweise und Wirkung der G8, ihre Geschichte, Zukunftsperspektiven und Alternativen.

Autor: Peter Wahl
Verlag: VSA-Verlag
96 Seiten
6,50 Euro, sFr 12,00
ISBN 3-89965-180-4

Einfach bestellen im Attac Webshop unter www.attac.de/material

Attac-Sonderzüge

fahren am 1./2. Juni zur Protestwoche nach Rostock/ Heiligendamm:

- von Salzburg über München und den Osten
- von Basel über Karlsruhe, Stuttgart durch die Mitte
- von Bonn aus durch Köln und das Ruhrgebiet.

Weitere Infos zu den Zügen und bald auch schon die Fahrkarten im Online-Verkauf unter www.attac.de/g8.



G8-Infoheft 2006

Das Attac G8-Infoheft bietet Analysen und Gegenentwürfe zu acht weltpolitisch brennenden Themen. Kontrastiert werden die Problembeschreibungen mit Texten über unsere Utopien und unsere Praxis: Globale Demokratie und Globale Soziale Rechte, Ziele, die implizit auch von den früheren Gipfelprotesten eingefordert wurden. Herausgegeben wurde es von der Attac Projektgruppe G8.

Herausgeber: Attac
52 Seiten
3 Euro



Wichtige Veranstaltungen zu G8

(Auswahl)

12. – 16.02.07 Seminar zum G 8-Gipfel: we are getting ready!,
Hattingen DGB-Jugend & Attac, www.jugendbildungszentrum.de
- 27.02.07 Bündnisveranstaltung zu „Globale Soziale Rechte“, Frankfurt
Infos unter www.g8-germany.info/deutsch/veran.htm
6. – 9.04.07 BuKo-Kongress, Leipzig
www.buko.info
- Mitte April Internationale Aktionskonferenz Rostock III (voraussichtlich)
Nähere Infos siehe bald unter www.heiligendamm2007.de
22. – 24.04.07 Alternativer Eco-Fin Mitveranstalter: Attac EU-AG,
www.unsereuropa.at/ecofin
4. – 6.05.07 McPlanet III, Berlin. Titel: Klima der Gerechtigkeit
www.mcplanet.com
11. – 13.05.07 Planungs- und Vernetzungsworkshop, Flecken Zechlin
DGB-Jugend & Attac, www.jugendbildungszentrum.de
16. – 20.05.07 Kreative Aktionswerkstatt „go.stop.act“,
Verden Bewegungsakademie & Attac, www.attac.de
- 2.06.07 Internationale Großdemo, Rostock, zur Einleitung der Protestwoche
www.attac.de/g8

Viele weitere Termine können in der Veranstaltungsdatenbank unter www.attac.de/g8 nachgeschlagen oder auch eingetragen werden.

Überblick Gipfelproteste



Freitag 1.Juni	Samstag 2.Juni	Sonntag 3.Juni	Montag 4.Juni	Dienstag 5.Juni	Mittwoch 6.Juni	Donnerstag 7. Juni	Freitag 8.Juni
Internationales Aktionscamp							
	Groß- demo	Aktionstag Landwirt- schaft	Aktionstag Migration	Aktionstag gegen Mili- tarsimus		Demos	Schlußkund- gebung?
Neubesiede- lung Bombo- drom				Blockade Flughafen Laage	Massenblockade der Zufahrten nach Heiligendamm		
		Inhaltlicher Auftakt / Opening Event	Veranstaltun- gen	Gegengipfel/Alternativgipfel			
Kulturelles Vorpro- gramm	Konzert am Platz der Ab- schlusskundgebung		Kultur beim / im Camp			Konzert mit Grönemeyer	
		Gottesdienst in Bad Doberan				Gebetskette, Andacht	
					G8-Gipfel		

Näheres zu den einzelnen Aktivitäten siehe www.attac.de/g8 ↘ Gipfelproteste 2007

Weitere Informationen: Attac Bundesbüro, Münchener Str. 48,

60329 Frankfurt am Main, Tel.: (069) 900 281-82, E-Mail: g8-proteste@attac.de